

IN ARMUT AUFWACHSEN WÄHREND KRISENZEITEN

Die Auswirkungen von Corona auf die Lebenssituation von armen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – mit einem Fokus auf junge Menschen mit Behinderungen



Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie

BERLIN



IMPRESSUM

Herausgeberin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin-Mitte
www.berlin.de/sen/bildung

Expertise für die Landeskommission zur Prävention
von Kinder- und Familienarmut erstellt durch das
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
60439 Frankfurt am Main

Autorinnen

Dr. Irina Volf
Lea Heinrich
Anita Kalustian

Fotos

Denis Kuvaev/shutterstock; FG Trade/istockphoto

Druck

Kern GmbH

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Landes Berlin.

Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur
Werbung für politische Parteien verwendet werden.



IN ARMUT AUFWACHSEN WÄHREND KRISENZEITEN

Die Auswirkungen von Corona auf die Lebenssituation von armen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – mit einem Fokus auf junge Menschen mit Behinderungen



HINTERGRUND DER EXPERTISE UND STELLUNGNAHME DER LANDES- KOMMISSION

Das Aufwachsen in Berlin ist seit März 2020 stark durch die Corona-Pandemie geprägt, die Kinder und Jugendliche in besonders hohem Maße belastet hat und auch noch weiterhin belastet. Dies ist anhand zahlreicher Studien belegt. Weiterhin weisen Studien daraufhin, dass sich soziale Ungleichheiten aufgrund der Pandemie verschärft haben. Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie insbesondere für die Lebenssituation armer Kinder und Jugendlicher näher zu beleuchten, hat die Geschäftsstelle der Landeskommision für Prävention von Kinder- und Familienarmut im Herbst 2021 das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e.V.) mit der Erstellung einer wissenschaftlichen Expertise beauftragt.

Diese besteht aus zwei Teilen: Zum einen wurde im Rahmen einer eingehenden Literaturanalyse die bestehende Studienlage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie entlang der vier Handlungsfelder der Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut, materielle Versorgung, Teilhabe, Bildung und Gesundheit systematisch aufbereitet. Zum anderen wurden qualitative Daten zu einer Zielgruppe erhoben, die in der bisherigen Forschung weitestgehend unberücksichtigt blieb: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.

Mit dieser qualitativen Erhebung will die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut gezielt Erkenntnisse zu Lebenslagen und Belastungen von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Berlin gewinnen sowie Befragte als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu Wort kommen zu lassen. Ein repräsentatives Abbild der Lebenssituation aller Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in Berlin oder eine Überprüfung der Unterstützungsstrukturen während der Pandemie standen dagegen nicht im Fokus. Beleuchtet werden sollte das komplexe Zusammenspiel von individueller Lebenssituation und strukturellen Gegebenheiten sowie daraus resultierende bestehende oder durch die Pandemie verschärfte Hürden. Die hier vorliegenden Ergebnisse sollen ein weiterer Baustein sein, um das bestehende Hilfesystem noch bedarfsrechter und krisenfester gestalten zu können.

In Hinblick auf die Zielsetzung hat die ressort- und ebenenübergreifende Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut auf Basis der Studienergebnisse folgende Stellungnahme formuliert:

Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen besser unterstützen und entlasten

Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut hat vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie die Lage von Berliner Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in den Blick genommen. Im Auftrag der gesamtstädtisch wirkenden Kommission hat das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. die Expertise „In Armut aufwachsen während Krisenzeiten“ erstellt. Darin wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenssituation von armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – mit einem Fokus auf junge Menschen mit Behinderungen – untersucht. Mit den vorliegenden Befunden aus einer Literaturanalyse zu den Auswirkungen der Pandemie auf armutsbelastete Familien und einer empirischen Untersuchung zu den

Auswirkungen auf Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen haben sich die Mitglieder der Landeskommission eingehend befasst und die folgende Stellungnahme formuliert.

Hintergrund

Das Land Berlin hat in den vergangenen Jahren eine gesamtstädtische Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut entwickelt und im August 2021 beschlossen. Grundlegend für die Auseinandersetzung mit Armutslagen und Folgen sind die im Rahmen der Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut definierten Handlungsfelder und Ziele.¹

Die vorliegende Expertise zeigt auf, wie sich die Pandemie in materieller, sozialer, kultureller und gesundheitlicher Hinsicht auf die besonders vulnerable Gruppe der Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ausgewirkt hat. Sie gibt exemplarische Einblicke in die Lebenslagen betroffener Familien während der Pandemie (März 2020 bis Februar 2022) und macht deutlich, welche bestehenden als auch zusätzlichen Herausforderungen sich für die bereits vielfach belasteten Familien ergeben haben. Daraus leiten sich Handlungsempfehlungen ab, die die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut artikulieren und deren Umsetzung sie begleiten will.

Befunde zur Lage von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen infolge der Corona-Pandemie

- Die Pandemie hat bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärft.
- Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führten bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihren Familien zur Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens. Die gesundheitliche Versorgung fiel schlechter aus als zuvor.
- Nur 30% befragter Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen fühlten sich zu Pandemiebeginn von ihrer Kita oder Schule unterstützt.²
- Aufgrund der Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie fand bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ein massiver Einbruch in der kulturellen Teilhabe, insbesondere im Bereich der Bildung statt.

¹ Vgl.: Berlin aktiv gegen Kinderarmut. Erster Bericht der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin 2021.

² Ergebnis aus einer bundesweiten Online-Befragung mit 1.767 Teilnehmenden (Kugelmeier und Schmolze-Krahn 2020).

Verschärfung struktureller Probleme infolge der Pandemie

- Das Informationsmanagement war aus Sicht der Betroffenen undurchsichtig, unklar und kaum zielgruppengerecht.
- Der Mangel an materiellen Ressourcen und unplanmäßige finanzielle Belastungen aufgrund von Sonderbedarfen haben armutsgefährdete Familien in der Pandemie zusätzlich belastet – in zum Teil existenzgefährdetem Ausmaß.
- Strukturelle Problemlagen, wie die bereichsspezifische Versäulung in der Verwaltung und im Sozialrecht, der Fachkräftemangel sowie fehlende zielgruppengerechte und zugängliche Informationen, führten dazu, dass Leistungen und Unterstützung weniger oder gar nicht in Anspruch genommen wurden.

Handlungsempfehlungen für ein verbessertes Unterstützungssystem

Viele der hier genannten Problemlagen waren für die in der Expertise befragten Expertinnen³ und Familien nicht neu, allerdings hat sich die herausfordernde Lage der Familien durch die Pandemie sowie die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung noch einmal deutlich verschärft. Familien von jungen Menschen mit Behinderungen waren bereits vor der Pandemie mit gesellschaftlichen Barrieren einerseits sowie einem hohen Ausmaß an Pflege-, Betreuungs- und administrativen Aufgaben andererseits konfrontiert. Um eine komplex fordernde Situation wie die einer Pandemie gut bewältigen zu können, benötigen sie deshalb umso mehr ein gut verzahntes Hilfesystem mit einer passgenauen Beratungs- und Informationsstruktur sowie ein familienbezogenes, flexibel agierendes und kontinuierlich arbeitendes Fallmanagement. **Wichtig ist, das zielgruppenspezifische Hilfe- und Beratungssystem im Land Berlin zukünftig so zu gestalten, dass es auch in Krisenzeiten kontinuierlich funktioniert.** Dazu gehört auch, dass bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Krisenbewältigung die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien von Beginn an Beachtung finden (Disability Mainstreaming). Familien von Kindern und Jugendlichen mit hohem Versorgungsbedarf benötigen Unterstützung vor allem dann, wenn Betreuungs-, Bildungs- und Therapieeinrichtungen nicht bzw. nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Mit der Berliner Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut will das Land Berlin integriertes und vernetztes Verwaltungshandeln ausbauen. In der Corona-Pandemie wurde besonders sichtbar, wie

herausfordernd es gerade für Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist, wenn Leistungen und Angebote in verschiedenen Ressorts versäult vorgehalten werden und darüber hinaus Unterschiede in den bezirklichen Unterstützungssystemen bestehen. Diese Herausforderungen können **durch ein kontinuierlich zur Verfügung stehendes Fallmanagement und „Hilfen aus einer Hand“** abgemildert werden. **Für dieses Ziel sind in erster Linie die Teilhabefachdienste in den Bezirken zu stärken**, um die Familien niedrigschwellig informieren und bei der Leistungsgewährung unterstützen zu können. Mit Blick auf die Umsetzung der dritten Stufe des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) können sich hier weitere Entwicklungen hinsichtlich Verfügbarkeit, Vereinheitlichung und Leistungsausbau ergeben. Die Arbeit der bezirklichen Teilhabefachdienste wird durch die Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatungsstellen (EUTB) und die Versorgungskoordination Kinder und Jugendliche sinnvoll ergänzt. Darüber hinaus ist mit der Umsetzung der zweiten Stufe des KJSG ab 01.01.2024 die Einführung von „Verfahrenslotsen“ bei den Jugendämtern vorgesehen. Auch die im Familienförderungsgesetz verankerten Berliner Familienservicebüros können aus Sicht der Landeskommission dazu beitragen, mehr Information, Beratung und Antragstellung unter einem Dach anzubieten. Ihr Leistungsspektrum soll deshalb kontinuierlich auch für diese Zielgruppe weiter qualifiziert und sensibilisiert werden.

Es braucht zudem **passende Formen moderner Kommunikationswege**, damit in einer akuten Pandemielage der Informationsfluss gesichert und zielgruppenspezifische Informationen optimal kanalisiert werden können. Ist die Informationslage unübersichtlich, erzeugt das zusätzlichen Stress und Zeitnot in Familien mit Kindern oder Jugendlichen mit Behinderungen. Die Sorge vor Erkrankung und der Umgang mit den Maßnahmen bedeutet eine starke zusätzliche Belastung für diese Familien, die ein ständiges Abwägen auf Grundlage der vorhandenen Informationen notwendig macht. Deshalb sind barrierefreie, gebündelte und zielgruppengerechte Informationen, die rechtzeitig und leicht auffindbar bereitgestellt werden, eine entscheidende Grundlage, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, finanzielle Engpässe abfedern zu können und Unsicherheiten abzubauen. Informationsplattformen wie das Berliner Familienportal und das Kinderversorgungsnetz bieten bereits zu zahlreichen familienrelevanten Themen Informationen. Zukünftig sollten **das mediale Angebot für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im Land Berlin weiter vernetzt** und entsprechende Bedarfe noch stärker berücksichtigt werden. Neben der wichtigen persönlichen Beratung vor Ort sind auch **digitale Angebote zur Beratung von Familien notwendig und sollten hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit für Familien bewertet und aufeinander abgestimmt werden**, um der Diversität von Familien entsprechen zu können. Damit

³ Für die Expertise wurden drei Expertinnen aus dem Bereich Selbsthilfe befragt.

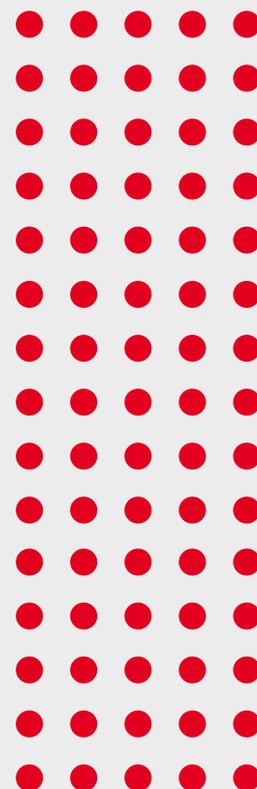
auch armutsgefährdete Familien von digitalen Angeboten profitieren können, sollte die notwendige technische Ausstattung und Handhabung solcher Angebote möglichst niedrigschwellig sein.

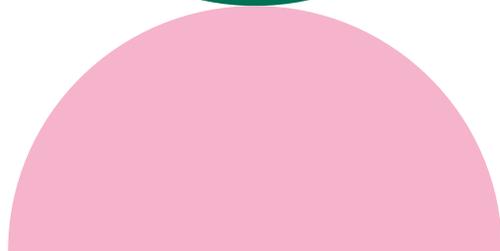
Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen stehen vor mannigfaltigen Hürden, wenn sie das **Familieneinkommen durch Erwerbsarbeit sichern** wollen. Der Aufwand sowohl an Betreuung, Pflege, Organisation und Mobilitätsanforderungen als auch die Überwindung struktureller Barrieren macht eine (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit nahezu unmöglich. Mobiles Arbeiten kann für manche Tätigkeiten eine (temporäre) Lösung sein, allerdings ist bei fehlender Betreuung, Förderung und therapeutischer Versorgung des Kindes die Gefahr einer Überlastung der Eltern hoch. Kommen dann noch Faktoren wie Alleinerziehen oder Migrationsgeschichte hinzu, mit denen häufig Benachteiligungen einhergehen, können sich die bereits bestehenden komplexen Problemlagen weiter potenzieren. Insbesondere für alleinerziehende Eltern von Kindern mit Behinderungen gestaltet es sich aufgrund wenig bedarfsgerechter Unterstützungsstrukturen oftmals schwer, kontinuierlich und einkommenssichernd erwerbstätig zu sein. Um Alleinerziehende passgenau zu unterstützen und bestehende Angebote besser zu vernetzen, gilt es, die Ziele des Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende im Blick zu behalten. Es gibt zahlreiche Stellschrauben, um die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf und damit auch die Erwerbsbeteiligung und -situation von Eltern von versorgungsintensiven Kindern substanziell zu verbessern: **Individuelle und passgenaue Beratung, gezielte Vermittlung und Möglichkeiten der flexiblen Arbeitsplatzorganisation** können maßgeblich dazu beitragen, den (Wieder-)Einstieg und eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung zu sichern. **Arbeitgebende sind dafür zu gewinnen, entsprechende Rahmenbedingungen mit einer höheren Flexibilität zu schaffen.** Auch eine eigene und auskömmliche finanzielle Absicherung von Kindern trägt maßgeblich dazu bei, existenzielle Sorgen zu mindern. Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut unterstützt daher das Engagement des Landes Berlins in dieser Legislaturperiode bundesweit eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Für Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen können bei der Wahrnehmung ihrer Rechte **Konflikte mit zuständigen Ämtern und der Fallbearbeitung** entstehen. Für eine Beratung stehen den Familien unabhängige Beratungsstellen (EUTB) zur Verfügung. Die zu etablierenden Verfahrenslotsen sollen auf Wunsch der Leistungsberechtigten junge Menschen und ihre Eltern und andere Erziehungsberechtigte als verbindliche Ansprechpartner durch das gesamte Verfahren – vom Antrag bis zum Abschluss der Leistungsgewährung – begleiten und diese unterstützen. Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut begrüßt

diese Entwicklungen und spricht sich für die notwendige Qualifizierung zur Erledigung dieser Aufgaben aus. Andere Bundesländer haben im Zuge der gesetzlichen Neuregelungen im Bereich der Eingliederungshilfe eine unabhängige Beschwerdestelle eingesetzt. Nach Aussage der befragten Eltern und Expertinnen wäre eine entsprechende Stelle auch für das Land Berlin wünschenswert. **Die Landeskommission regt an, die Notwendigkeit zur Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle zu prüfen.**

Die Expertise hat deutlich gemacht, dass es aus Sicht von Fachkräften und Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen Verbesserungsbedarf, vor allem in den Bereichen Information, Beratung, Leistungsgewährung und Beteiligung auf Verwaltungsseite, gibt. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen – insbesondere infolge der Corona-Pandemie – zu verbessern, ist es nach Auffassung der Mitglieder der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut wichtig, diese Bedarfe im Sinne einer Querschnittsaufgabe in allen Ressorts, Arbeitsbereichen und Ebenen mehr zu berücksichtigen und somit auch integriertes Planen und Handeln stärker zu verankern. ▶







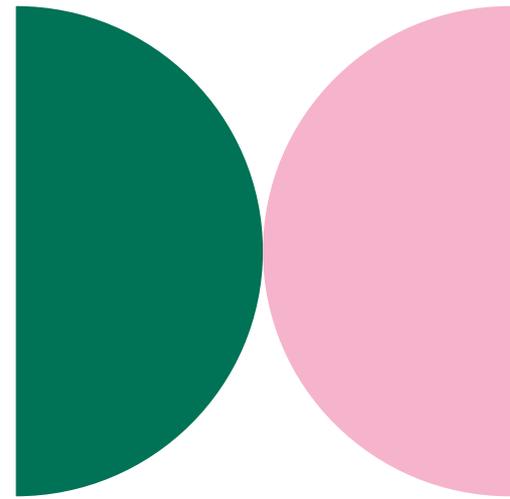
INHALT

Das Wichtigste in Kürze	12
1. Einleitung	16
1.1 Armutsverständnis, Lebenslagenansatz und besonders vulnerable Kinder und Jugendliche	17
1.2 Die Corona-Pandemie als eine gesamtgesellschaftliche Krise	19
1.3 Forschungsfragen und methodisches Vorgehen	20
2. Systematische Literaturanalyse von Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche und ihre Familien	22
2.1 Materielle Versorgung	23
2.2 Teilhabe	27
2.3 Bildung	31
2.4 Gesund aufwachsen	38
3. Empirische Untersuchung von Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung	44
3.1 Bestehende Probleme, die durch die Pandemie verschärft wurden	46
3.1.1 Strukturelle Problemlagen im Unterstützungssystem	47

3.1.2 Multiple Benachteiligung bei armutsbetroffenen Familien sowie bei Familien mit Migrationshintergrund	52
3.2 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf betroffene Familien	53
3.2.1 Materielle Versorgung	54
3.2.2 Teilhabe	56
3.2.3 Bildung	58
3.2.4 Gesundheit	60
3.3 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Fachstellen	61
3.4 Wünsche, Erwartungen und Forderungen der Befragten an die Politik	62
3.4.1 Anlaufstellen und Strukturen im Unterstützungssystem	62
3.4.2 Politische Interessenvertretung und Beteiligung	64
4. Fazit	68
Abbildungsverzeichnis	72
Literatur	73
Anhang	82

Das Wichtigste in Kürze

In der vorliegenden Expertise werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in Deutschland untersucht. Dabei wird die Lebenssituation einer besonders vulnerablen Gruppe näher beleuchtet: Kinder und Jugendliche mit Behinderung. In einem ersten Schritt erfolgt eine systematische Literaturanalyse von 65 Studien und Stellungnahmen, die im Zeitraum zwischen März 2020 und Dezember 2021 veröffentlicht wurden. In Anlehnung an den Lebenslagenansatz der Armutsforschung werden die Wechselwirkungen zwischen familiärer Armut als eine prägende Lebensbedingung und deren Folgen auf die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in materieller, sozialer, kultureller und gesundheitlicher Hinsicht analysiert. Dabei wird geprüft und aufgezeigt, inwiefern aktuelle Forschungserkenntnisse die Situation in Berlin im Besonderen abbilden sowie differenziert mit Blick auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vorliegen.



Während familiäre Einkommensarmut in diesen Studien lediglich selten als ein Indikator für eine differenzierte Bewertung der Pandemieauswirkungen auf Kinder und Jugendliche zugrunde gelegt wird, liegen aktuell keine fundierten Erkenntnisse in Bezug auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vor. Daher wurden in einem zweiten Schritt Leitfadenterviews mit drei Expertinnen aus dem Bereich Selbsthilfe und vier Müttern von Kindern und/oder Jugendlichen mit Behinderungen aus Berlin geführt. Somit wird mit der vorliegenden Expertise angestrebt, sich diesem Forschungsfeld anzunähern und die Pandemieauswirkungen auf diese besonders vulnerable Subgruppe der Armutsbetroffenen mithilfe einer qualitativen empirischen Untersuchung exemplarisch zu beleuchten. Nachfolgend werden die zentralen Befunde der beiden Schwerpunkte der Expertise zusammengefasst.

Negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen lassen sich anhand einzelner Indikatoren in materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Lagen feststellen. Im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen aus finanziell besser gestellten Familien weisen die Studien auf eine stärkere Belastung der Kinder und Jugendlichen hin, die in einkommensarmen Familien aufwachsen.

Die Erkenntnisse verdeutlichen abermals, dass sich negative Auswirkungen der Pandemie besonders bei den Personengruppen entfalten, bei denen bereits vor der Pandemie strukturelle Benachteiligungen und multiple

Belastungen vorhanden waren. Es sind vor allem Alleinerziehende, Familien mit einem niedrigen Bildungsniveau und Familien, die auf staatliche Mindestsicherung angewiesen sind.

Im Bereich der „**materiellen Lage**“ lassen sich die negativen Auswirkungen insbesondere vor dem Hintergrund von drei Faktoren erklären: beengte Wohnräume, schlechte digitale Ausstattung, eingeschränkte Mobilität. (1) Aufgrund der beengten Wohnräume, häufig ohne eigenes Kinderzimmer und ohne Zugang zu einer privaten Terrasse oder einem Garten, kamen armutsbetroffene Kinder und Jugendlichen seltener mit den Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie zurecht als ihre besser gestellten Altersgenossen. (2) Da Kinder im Grundsicherungsbezug vor der Pandemie schlechter mit Endgeräten und Internetanschlüssen ausgestattet waren als junge Menschen in Familien ohne Mindestsicherung, waren sie bei der Umsetzung des Distanzunterrichts deutlich häufiger eingeschränkt. (3) Deutlich eingeschränkte Mobilität von Familien im Grundsicherungsbezug wirkte sich bei der Krisenbewältigung insofern negativ aus, dass sie durch die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs häufiger der Gefahr einer Ansteckung mit dem Virus ausgesetzt waren. Zudem waren sie durch Pandemie bedingte Erfordernisse, wie z. B. Einkaufen von Vorräten für eine mindestens zehn Tage lange Quarantäne, deutlich stärker belastet als finanziell besser gestellten Personengruppen. Die COVID-19-Sterblichkeit war in sozial stark benachteiligten Regionen im Dezember 2020/Januar 2021 tatsächlich um rund 50 % bis 70 %

höher als in Regionen mit geringerer sozialer Benachteiligung (RKI 2021).

Im Bereich der „**sozialen Lage**“ waren für junge Menschen insbesondere die Einschränkungen in der Freizeitgestaltung und Pflege der sozialen Kontakte belastend. Bei Kindern im Vorschul und Grundschulalter verstärkten sich die Gefühle der Einsamkeit. Bei Jugendlichen wurden die Einschränkungen der sozialen Teilhabe durch die Zunahme der Nutzung digitaler Medien kompensiert. Da die Möglichkeiten der armutsbetroffenen jungen Menschen hinsichtlich der Freizeitgestaltung (z. B. Vereinsmitgliedschaften, teure Hobbies, Urlaube und Reisen) bereits vor der Pandemie stark eingeschränkt waren, gelten diese Auswirkungen eher für junge Menschen, die in Mittelschicht-Familien aufwachsen. Da jungen Menschen aus armen Familien häufig die technische Ausstattung für eine digitale Teilhabe fehlte, verzeichneten pädagogische Fachkräfte bei Schulschließungen einen Rückgang der Kontakte insbesondere zu sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig wurde eine Zunahme an Unterstützungsbedarfen armer junger Menschen festgestellt: Diese wendeten sich deutlich häufiger an sozialpädagogisches, medizinisches oder religiöses Fachpersonal als junge Menschen aus Familien ohne finanzielle Belastungen.

Im Bereich der „**kulturellen Lage**“ gab es deutlich Einbrüche an wichtigen Bildungsübergängen. Bei Kindern im Übergang von der Kita in die Grundschule nahmen Sprachförderbedarfe zu; diese zeigten sich dabei überproportional häufiger bei Kindern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status oder mit Migrationshintergrund. Während der bundesweiten Lockdowns lernten die Kinder und Jugendliche aus armen und nicht armen Familien im Durchschnitt zwar etwa gleich viele Stunden am Tag. Eltern mit niedrigem sozioökonomischem Status konnten aber ihre Kinder nur sehr selten dabei unterstützen. Die Möglichkeiten zur Berufsorientierung und die Chancen auf Berufsausbildung und -einstieg wurden für junge Menschen durch die Pandemie negativ beeinflusst. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft machten, stieg erheblich an und zwar überproportional bei jungen Menschen mit Eltern ohne Hochschulabschluss sowie bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Des Weiteren befürchteten überproportional häufig Alleinerziehende, dass für ihre Kinder langfristige Nachteile im Bildungsbereich infolge ausgefallener institutioneller Förderung entstehen würden.

Im Bereich der „**gesundheitlichen Lage**“ lassen sich negative Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche vor allem in drei Bereichen verzeichnen: Bewegungsmangel, Ernährungsverschlechterung und psychische Belastung. (1) Sportliche Aktivitäten sowie Bewegungsaktivitäten im Alltag waren beim ersten Lockdown bei Kindern und

Jugendlichen mit Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau eingeschränkter als bei Kindern und Jugendlichen mit Eltern mit höheren Bildungsniveaus. (2) Das Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen verschlechterte sich in der Pandemie insofern, dass der Verzehr von Konserven, Süßwaren und Fertiggerichten insgesamt stieg, während der Verzehr von Obst und Gemüse sowie Fisch und Fleisch abnahm. Von dieser Entwicklung waren dabei Haushalte mit pandemiebedingten Einkommensverlusten häufiger betroffen als Haushalte mit stabiler finanzieller Sicherheit. (3) Während sich die Prävalenz für psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Pandemie beinahe verdoppelte, häuften sich die Auffälligkeiten vor allem bei Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Jugendliche aus nicht-akademischen Elternhäusern und/oder aus Familien mit Migrationshintergrund hatten ein höheres Risiko für eine psychische Erkrankung als Jugendliche aus akademischen Elternhäusern bzw. aus Familien ohne Migrationshintergrund. Zudem bewerteten Eltern mit niedriger Bildung die Krisenbewältigung ihrer Kinder seltener als „gut“, und Eltern mit nicht ausreichendem Einkommen gaben siebenmal häufiger an, dass ihr Kind sehr schlecht mit der Situation zurechtkam.

Zu den Auswirkungen der Pandemie auf **Kinder und Jugendliche mit Behinderung** liegen nur vereinzelt Erkenntnisse vor, die mit Vorsicht interpretiert werden sollten. Zum einen stellt diese Personengruppe eine Risikogruppe für das COVID-19-Virus dar und bedarf daher einer besonderen Aufmerksamkeit hinsichtlich des Gesundheitsschutzes. Zum anderen wirkten sich die politischen Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie, wie z. B. Schulschließungen und Impfpriorisierung der Bevölkerung, je nach Art und Grad der Behinderung junger Menschen vermutlich sehr unterschiedlich auf sie und ihre Familien aus. Mit der Schließung von Förderschulen und Behindertenwerkstätten fielen nicht nur das schulische Lernen, sondern auch weitere institutionell angebundene sozialtherapeutische Angebote, wie Sprachförderung oder Ergotherapie, weg. Ihre Eltern fühlten sich dadurch häufig überfordert und mit der Herausforderung, ihre behinderten Kinder gleichzeitig zu betreuen, zu pflegen und sonderpädagogisch zu fördern, allein gelassen.

Sieben Interviews mit Fokus auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen lassen zwar keine repräsentativen Aussagen zu Pandemieauswirkungen auf diese besonders vulnerable Gruppe zu. Dennoch bringen die Befragten viele Aspekte ans Licht, die von einer besonders herausfordernden Situation der betroffenen Familien sprechen, die die Pandemieauswirkungen in verschiedenen Lebenslagendimensionen verdeutlichen und aus denen sich Forderungen an die Politik ableiten lassen.

Zusammenfassend lässt sich die prekäre Lage der betroffenen Familien allgemein wie folgt beschreiben:

Die Betreuungs- und Pflegeaufgaben sowie Aufgaben, die mit der Antragstellung für Behindertenhilfen verbunden sind, stellen für viele pflegende Angehörige von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einen Vollzeitjob dar. Ihre Pflegetätigkeiten werden finanziell nicht entlohnt, eine Erwerbsbeteiligung auf erstem Arbeitsmarkt ist kaum möglich. In der Folge entsteht für viele betroffene Familien eine Abhängigkeit von Sozialbezügen und ein dauerhafter Verbleib in finanzieller Armut.

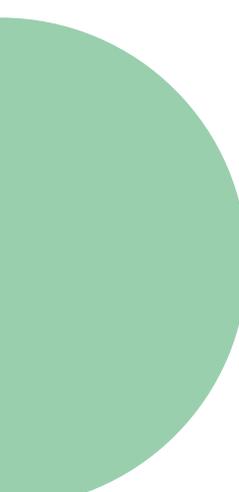
Vor diesem Hintergrund weisen die Befragten in ihren Ausführungen zum einen ausdrücklich auf einige Probleme hin, die bereits vor dem Pandemieausbruch bestanden und durch die Pandemie eher an Bedeutung zunahm. Informationsdefizit zu bestehenden Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten, Zugangshürden zum Hilfesystem sowie Fachkräftemangel waren und sind einige strukturelle Barrieren, die aus Sicht der Befragten die gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen erschweren. Im Verlauf der Pandemie wurde zudem deutlich, dass es in der Regel nur gut vernetzten Familien gelang, ihnen zustehende Hilfen in Anspruch zu nehmen und die für sich und ihre Kinder benötigte Unterstützung zu organisieren. Aufgrund der komplexen und unübersichtlichen Angebots- und Informationslandschaft waren und sind Unterstützungsangebote der Selbsthilfe und der Beratungsstellen für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen insgesamt und für betroffene Familien mit Migrationshintergrund und arme Familien im Besonderen existenziell wichtig. Während der Pandemie verdeutlichte sich die Lotsenfunktion der Beratungsstellen.

Zum anderen machten die Befragten die negativen Pandemieauswirkungen auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen an vielen Indikatoren fest und schlussfolgern: Die bereits vor der Pandemie begrenzten Möglichkeiten für inklusive und behindertengerechte Formate der sozialen und kulturellen Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen waren durch die Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie noch mehr eingeschränkt. Die Schließungen der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen stellte die betroffenen Familien vor unüberwindbare Herausforderungen. Die Teilnahme am Distanzunterricht war für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen aufgrund ihrer sonderpädagogischen Bedarfe kaum möglich. Wie gut die Anbindung an die Schule während der Pandemie funktionierte, hing maßgeblich vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab. Die gesundheitliche Versorgung fiel insgesamt schlechter aus. Die Familien berichteten von hoher psychischer Belastung und einer Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens, wie z. B. Bewegungsmangel.

Schließlich leiteten die Befragten aus ihren Erfahrungen Wünsche an die Politik ab und forderten, dass (armutsbetroffene) Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen politisch und gesamtgesellschaftlich sowohl

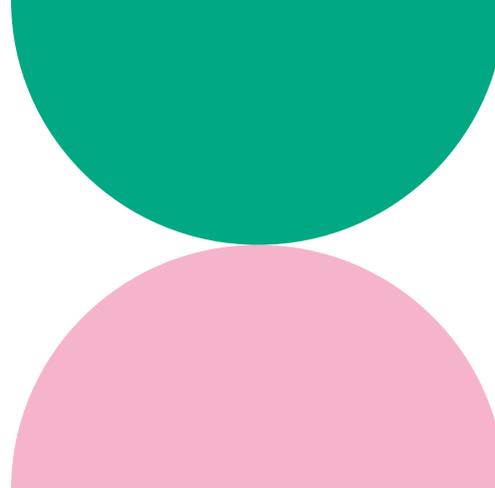
bei negativen gesamtgesellschaftlichen Ereignissen (wie z. B. Pandemie) als auch positiven Entwicklungen (wie z. B. Digitalisierung) stets im Blick gehalten werden. Ihre Bedarfe und Bedürfnisse unterscheiden sich von denen der Gesamtbevölkerungen und benötigen einen sensiblen Umgang. Die Expertise aus den Vereinen der Selbsthilfe sollte als Interessenvertretung gezielt und systematisch in politische Prozesse einbezogen werden. Auch die Stimmen der Betroffenen selbst sollten bei diesen Prozessen Gehör finden, da ihre Erfahrungen aus der Nutzerperspektive für die Ausgestaltung des Hilfesystems sehr wichtig sind. Aufgrund des komplexen Aufbaus und der Versäulung der Zuständigkeiten im Hilfesystem wünschten sich die Familien eine konstante Ansprechperson in Form einer Fallmanagerin oder eines Fallmanagers, die ihre besonderen Lebenslagen und Bedarfe kennt, ihre Fragestellungen bündelt und umfassend unterstützt. Die Befragten wiesen abschließend auf teilweise schwer lösbare Konflikte mit Ämtern hin, die bei der Wahrnehmung ihrer Ansprüche entstehen. Beispielfhaft schilderten sie Situationen, wann sie ihre Ansprüche auf einem Klageweg durchsetzen oder wann aus Sorge vor Retributionen auf ihnen zustehende Hilfen verzichten. Sie forderten eine unabhängige Beschwerdestelle, um die Rechte der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die ihrer Familien zu schützen. ▶





1. Einleitung

Armutsbetroffene junge Menschen sind auch in Zeiten ohne große gesamtgesellschaftliche Krisen wie einer Pandemie besonders vulnerabel: Sie haben oft weniger soziale Ressourcen, mehr gesundheitliche Probleme, sie leben in beengten Wohnverhältnissen, haben weniger Rückzugs- und Erholungsmöglichkeiten sowie weniger Bildungsressourcen, auf die sie zurückgreifen können (Volf et al. 2019). Gleichzeitig finden ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche wenig Eingang in den gesellschaftspolitischen Diskurs und werden so auch in politischen Entscheidungen wenig berücksichtigt (Andresen et al. 2020). Nicht nur die Stimmen armutsbetroffener junger Menschen werden dabei überhört. Auch die Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen, die in dieser Expertise beleuchtet werden, finden selten Eingang in den öffentlichen Diskurs.



Behinderungen als Einschränkungen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ergeben sich gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention erst aus der Wechselwirkung zwischen der individuellen Beeinträchtigung und den gesellschaftlichen Barrieren (Müller & Gaupp 2021). Durch die Corona-Pandemie haben sich auch hier Änderungen in allen Lebensbereichen ergeben, die potenziell neue Barrieren für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aufgebaut oder den Zugang zu wichtigen Ressourcen verringert haben. Als Beispiele seien hier die Schließungen von Förderschulen, Befolgen der Abstandsregelungen und veränderte Wegführungen im öffentlichen Raum genannt (Müller & Gaupp 2021). Für sprach- und hörbehinderte Kinder und Jugendliche ist zudem die Kommunikation durch das Tragen von Masken erschwert, weil das „Absehen“ – also das Einbeziehen von Mimik und Sprechbewegungen, welches für das Sprachverständnis notwendig ist – nicht möglich ist (ebd.).

Welche spezifischen Folgen die Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien und insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit Behinderungen hat, ist in bisherigen Studien nur vereinzelt dargestellt worden. Diese Erkenntnislücke möchte die Berliner Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut schließen, um angemessene Strategien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut im Kontext neuer Forschungsergebnisse aufgrund der Corona-Pandemie entwickeln zu können. Bevor die Forschungsfragen und methodisches Vorgehen der vorliegenden Studie konkretisiert werden,

werden zunächst die zentralen Konzepte, Begriffe und Zielgruppen der Studie definiert sowie die Entwicklung der Corona-Pandemie als gesamtgesellschaftliche Krise kurz zusammengefasst.

1.1 Armutsverständnis, Lebenslagenansatz und besonders vulnerable Kinder und Jugendliche

Armutsbetroffenheit kann je nach Ansatz unterschiedlich verstanden werden. Da Armut kein direkt messbares Phänomen darstellt, gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, Armut zu operationalisieren und zu beschreiben. Dabei können jedoch folgende grundlegende Ansätze zur Armutsmessung unterschieden werden (Holz & Richter-Kornweitz 2020, Laubstein & Sthamer 2020, Andreß 2008):

- **Ressourcenorientierte, indirekte Armutsindikatoren:** Das Einkommen bzw. die finanziellen Ressourcen, über die das Individuum verfügt, werden als zentrale Indikatoren für Armut betrachtet. Weit verbreitet sind hierbei die Messung der relativen Einkommensarmut oder der Bezug von Mindestsicherungsleistungen. Als arm gilt demnach beispielweise eine Person im SGB II-Bezug. Da die materiellen Ressourcen jedoch keinen unmittel-

baren Rückschluss auf die tatsächlichen Lebensverhältnisse zulassen, wird von indirekten Armutsindikatoren gesprochen.

- **Mehrdimensionale, direkte Armutsindikatoren:** Der tatsächlich verfügbare Lebensstandard wird als Indikator für Armut betrachtet. Hierbei geht es darum, welche Bedürfnisse mit den vorhandenen Ressourcen befriedigt werden können. Können Teile des allgemein akzeptierten Lebensstandards nicht erfüllt werden, wird dies als Deprivation bezeichnet. Kann sich eine mehrköpfige Familie beispielsweise aus finanziellen Gründen keine Waschmaschine, kein Internet und Auto leisten, liegt materielle Deprivation vor. Andersherum steht einer Studentin zwar nicht viel Geld zur Verfügung, jedoch fühlt sie sich aufgrund des Zugangs zu Bildung und kultureller Teilhabe möglicherweise nicht arm.

Um sowohl materielle als auch immaterielle Faktoren bei der Beurteilung der Armutsbetroffenen zu berücksichtigen, etablierte sich in der Armutforschung ein sogenannter Lebenslagenansatz. Es handelt sich um ein mehrdimensionales Konzept, der den Anspruch verfolgt, Armut als Unterversorgung und Benachteiligung in einem umfassenderen als dem rein ökonomischen Sinne zu begreifen und soziale Ungleichheiten differenziert zu erfassen (Glatzer und Hübner 1990; Nahsen 1975, 1992; Weisser 1956). Somit wird nicht nur die finanzielle Situation der Kindesfamilie, sondern auch die Auswirkungen der familiären Einkommensarmut als eine Lebensbedingung auf die Lebenslagen des Kindes in materieller, sozialer, kultureller und gesundheitlicher Hinsicht in den Blick genommen. Diese werden nachfolgend kurz zusammengefasst.

Im Fokus der Dimension „materielle Lage“ stehen insbesondere die Grundversorgung (Kleidung, Schuhe, Essen, Wohnung) und die materielle Teilhabe der Kinder und Jugendlichen (Wohnungsausstattung, digitale Ausstattung, Mobilität, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten). In der Dimension „soziale Lage“ stehen vor allem soziale Ressourcen (Familie, Freundeskreis, Partnerschaft), Sozialverhalten und soziale Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Bei der Dimension „kulturelle Lage“ werden Zugänge zu und Wege der formalen Bildung, Inanspruchnahme der Möglichkeiten der non-formalen und informellen Bildung (Schüleraustauschen, Teilnahme an außerunterrichtlichen Bildungsaktivitäten), kulturelle Teilhabe und Medienkonsum untersucht. In der Dimension „gesundheitliche Lage“ werden schließlich physische Gesundheit (Krankheiten, Wohlbefinden), psychisches Wohlbefinden (traumatische Erlebnisse, psychosomatische Symptome) und das Gesundheitsverhalten (Ernährung, Sport, Suchtmittelkonsum) analysiert.

In diesen vier Lebenslagendimensionen spiegeln sich die in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Kinder-

rechte wider. Der Artikel 27 erkennt z. B. das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an. Im Artikel 31 werden die Rechte des Kindes auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben anerkannt. Im Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention stehen die Rechte jedes Kindes auf Bildung sowie dessen Verwirklichung auf Grundlage der Chancengleichheit im Mittelpunkt. Der Artikel 24 erkennt das Recht jedes Kindes auf eine Gesundheitsversorgung und einen Zugang zu präventiven Maßnahmen an. In der Praxis lassen sich jedoch gravierende Unterschiede zwischen der Realisierung dieser Rechte bei armen und nicht armen Kindern und Jugendlichen feststellen. Die Erkenntnisse dazu liegen mittlerweile aus zahlreichen Studien vor (Holz & Skoluda 2003, Laubstein et al. 2012, Tophoven et al. 2015, Laubsteine et al. 2016, Volf et al. 2019, Volf 2020).

Vulnerable Kinder und Jugendliche

Bereits vor der Corona-Pandemie lebten viele Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland in prekären Lebenslagen. Insgesamt lebten 1.871.880 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Jahr 2019 im SGB II-Bezug; dies entspricht einem Anteil von 13,8%. Besonders hoch sind die SGB II-Quoten von Kindern und Jugendlichen im Bundesvergleich in den beiden Stadtstaaten Bremen mit 32% und Berlin mit 27%. In Berlin zeigt sich jedoch seit 2014 (Quote von 31,8%), eine positive Entwicklung (Bertelsmann Stiftung 2020).

Wird das Konzept der relativen Armut zur Bestimmung der Armutsrisikoquoten herangezogen, so waren im Jahr 2019 15,9% der deutschen Bevölkerung von relativer Einkommensarmut betroffen. Bei Kindern liegt diese Quote noch höher, sodass ca. jedes fünfte Kind unter 18 Jahren von Armut betroffen ist (Lietzmann & Wenzig 2020). Armut ist sozial ungleich verteilt: Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Familien mit mehr als drei Kindern sind von Armut deutlich häufiger betroffen als andere Personengruppen. In Berlin ist der Anteil dieser Personengruppen im Bundesvergleich verhältnismäßig hoch: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 35% (Bund: 14%), der Anteil der Alleinerziehenden an Familien insgesamt bei 28% (Bund: 19%). Lediglich der Anteil der Familien, die in Berlin mit drei Kindern oder mehr zusammenleben, fällt im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet, in dem dies auf 16% der Familien zutrifft, mit insgesamt 13% geringer aus (Statistisches Bundesamt 2018, BiB 2019, BPB 2020, Statistisches Bundesamt 2020, BMFSFJ 2021).

Eine besonders vulnerable Gruppe junger Menschen, die häufig Benachteiligungen in verschiedenen Lebenslagen ausgesetzt sind, stellen Kinder und Jugendliche mit Behin-

derungen dar. Dabei wird im Rahmen der vorliegenden Expertise – mit Verweis auf die internationale Klassifikation von Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (kurz: ICF) – folgendes Verständnis von Menschen mit Behinderung bzw. Beeinträchtigung genutzt (BMAS 2021): Menschen mit Beeinträchtigungen haben Schädigungen von Körperstrukturen oder -funktionen (inklusive psychische Funktionsstörungen), die die Leistungsfähigkeit bei Aktivitäten dauerhaft beeinträchtigt. Die Beeinträchtigungen von Menschen mit Behinderungen stehen in Wechselwirkung mit Barrieren in ihrer räumlichen und gesellschaftlichen Umwelt. Erst diese Wechselwirkung führt dazu, dass sie nicht gleichberechtigt (zu Menschen ohne Beeinträchtigungen) an einzelnen Lebensbereichen teilhaben können.

Eine Behinderung ist demnach keine Eigenschaft, sondern das Ergebnis einer Wechselbeziehung, durch welche eine Person in bestimmten Kontextbedingungen behindert wird (BMAS 2021). Im Jahr 2019 waren entsprechend dieser Definition bundesweit 1,87% der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren beeinträchtigt (Statistisches Bundesamt 2021). In Berlin lebten im Jahr 2019 insgesamt 9,4% der Bevölkerung mit einer anerkannten Schwerbehinderung (Grad der Behinderung von 50 oder höher; Statistik Berlin-Brandenburg 2019). Davon sind 8.476, also etwa 2,5%, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Im dritten Teilhabebericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wird unter anderem aufgezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bundesweit in einzelnen Lebensbereichen keine gleichberechtigte Teilhabe erfahren. Unterschiede in der Teilhabe werden im Folgenden anhand von festen Sozialkontakten, von Bildungsabschlüssen und von finanziellen Mitteln dargestellt. Ein Beispiel für diese frühe Ungleichheit ist, dass, obwohl sich das Bedürfnis nach sozialer Nähe kaum unterscheidet, wesentliche Unterschiede in der Anzahl sozialer Beziehungen zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung gefunden wurden (BMAS 2021: 95). Verwiesen wird dabei u. a. auf die Ergebnisse der KiGGS-Studie¹. In der Studie wurden Eltern von 3- bis 17-Jährigen gefragt, ob ihre Kinder mindestens einen guten Freund oder eine gute Freundin haben. Die Ergebnisse der Auswertung zeigen, dass bereits im Kindergartenalter deutliche Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Behinderungen bestehen. Der Anteil der Kinder mit Behinderungen, die im Kindergarten mindestens eine gute Freundin oder einen guten Freund haben, liegt bei 64% und bei Kindern ohne Behinderung bei 84%. Den

¹ Die KiGGS-Studie wird seit 2003 regelmäßig als Bestandteil des Gesundheitsmonitorings vom Robert Koch-Institut (RKI) durchgeführt. Die Studie beinhaltet gesundheitsbezogene Daten von Kindern und Jugendlichen aus bundesweit repräsentativen Querschnittserhebungen. Die KiGGS-Basiserhebung (2003–2006) umfasst Untersuchungen und Elternbefragungen von 17.641 Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren sowie ab dem Alter von 11 Jahren die schriftliche Befragung der Teilnehmenden selbst. KiGGS-Welle 2 (2014–2017) erfolgte analog zur Basiserhebung als kombinierter Befragungs- und Untersuchungssurvey mit insgesamt 15.023 Teilnehmenden.

größten Unterschied gibt es bei den 7- bis 10-Jährigen mit Behinderungen (67%) und ohne Behinderungen (90%). Insgesamt gibt es in allen betrachteten Altersgruppen deutliche Unterschiede (ebd.).

Deutliche Unterschiede zeigen sich darüber hinaus in Bezug auf die Schulabschlüsse von Menschen mit und ohne Behinderungen: Im Jahr 2017 hatten unter den 20- bis 64-Jährigen mit Behinderungen 8% (noch) keinen Abschluss (Menschen ohne Behinderungen: 4,1%) und 38,3% einen Hauptschulabschluss (Menschen ohne Behinderungen: 22,7%) (ebd.: 122). Diese Ergebnisse stellen dabei nur zwei exemplarische Beispiele für die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen dar.

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen leben häufiger mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen als Kinder und Jugendliche ohne Behinderungen (17% vs. 11%) (BMAS 2021: 89). In der Folge ist davon auszugehen, dass auch ein Mangel an Ressourcen dazu beiträgt, dass sie Einschränkungen erleben und ihr Potential nicht entfalten können. In der Altersgruppe der 11- bis 13-Jährigen ist die Differenz zwischen Kindern mit und ohne Behinderungen, die mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammenleben, besonders hoch: In dieser Gruppe leben 27% der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen und nur 13% der Vergleichsgruppenkinder (ohne Behinderungen) in einer Ein-Eltern-Familie (BMAS 2021: 89). Der Teilhabebericht des Paritätischen (2021) belegt zudem, dass im Zeitraum von 2000 bis 2018 die Armutsquote bei Menschen mit Behinderungen bundesweit von 12,1% auf 19,6% (Menschen ohne Behinderung 13,2%) gestiegen ist. 2018 war somit jeder fünfte Mensch ab 18 Jahren mit Behinderungen von Einkommensarmut betroffen (ebd.: 13f.).

1.2 Die Corona-Pandemie als eine gesamtgesellschaftliche Krise

Im Januar 2020 wurde erstmals über Fälle einer neuen Infektionskrankheit berichtet. Zu dieser Zeit war noch nicht absehbar, welche weltweiten Veränderungen der Coronavirus-Typ SARS-CoV-2 verursachen würde. Am 11. März 2020 stufte die WHO den Ausbruch nach den ersten Todesopfern als Pandemie ein. Das Virus breitete sich auch in Deutschland rasant aus, sodass umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eingeleitet wurden, die zu weitreichenden Einschränkungen des privaten, sozialen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens führten. Die Maßnahmen umfassten unter anderem Kontaktbeschränkungen im privaten und öffentlichen

Raum, Schließungen von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Geschäften, Reisebeschränkungen und die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im öffentlichen Raum. Am 22. März 2020 trat der erste bundesweite Lockdown in Kraft. Die Bundesregierung ergriff gleichzeitig Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzufangen (Sören & Ivanov 2021).

In besonderem Maße betroffen von der Pandemie waren Geringverdienerinnen und Geringverdiener, Personen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Migrantinnen und Migranten. Da diese Personen überproportional häufig in Berufen arbeiten, die von Schließungen betroffen waren, waren sie entsprechend häufiger von Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit betroffen (Brücker et al. 2021). Vor diesem Hintergrund war eine Zunahme von Kinderarmut bei Familien, die bisher im Niedrigeinkommensbereich leicht oberhalb der Armutsgrenze lagen, zu erwarten (Laubstein & Sthamer 2021). Zusätzliche Belastungen für Familien mit Kindern entstanden durch Schließungen der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Empirischen Studien verweisen darauf, dass insbesondere vulnerable Gruppen am stärksten unter den Auswirkungen der Pandemie leiden. So zeigt die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), dass eine (temporäre) Arbeitszeitreduktion vor allem die Haushalte betraf, die ihr Einkommen ohnehin als geringer bewerteten (Bünning et al. 2020). Bei ihnen sind auch die Sorgen um einen Arbeitsplatzverlust besonders gestiegen. Zudem wird von einer deutlichen Zunahme finanzieller Sorgen bei Familien, vor allem bei Müttern, berichtet. Andere Studien nehmen die Rückstände bei Schülerinnen und Schülern in den Blick und zeigen auf, dass aufgrund der Pandemie deutliche Defizite im Bereich der deutschen Sprachkompetenz bestehen (Bantel et al. 2021). Auch der Zugang zu Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten war während der Pandemie beschränkt, sodass sich die Frage stellt, wie sich das Freizeitverhalten der Jugendlichen verändert hat und welche Auswirkungen die Veränderungen auf die (psychische) Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien haben. Die Gesundheit von vulnerablen Gruppen ist dabei nicht nur von den Auswirkungen der Pandemie, sondern auch dem Virus selbst in besonderer Weise bedroht, weil diese ein höheres Risiko zur Ansteckung haben. So zeigt eine Untersuchung des Robert Koch-Instituts, dass die COVID-19-Sterblichkeit im Dezember 2020/Januar 2021 in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 % bis 70 % höher war als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung² (RKI 2021).

² Für die Analyse sozialer Unterschiede wurden die Meldedaten mit dem „German Index of Socioeconomic Deprivation“ (GISD) mit 401 Landkreise und kreisfreien Städte verknüpft. Der GISD misst das Ausmaß sozioökonomischer Deprivation der Bevölkerungen in verschiedenen Regionen Deutschlands und ist ein mehrdimensionaler Index aus regionalen Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommensindikatoren (Kroll et al. 2017).

Während eine Vielzahl von Studien die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Allgemeinen untersucht, ist das systematische empirische Wissen um die spezifischen Problemlagen von armen jungen Menschen begrenzt.³ Armutsforscherinnen und Armutsforscher bemängelten die weitgehende „Unsichtbarkeit“ von armen Kindern und Jugendlichen in den politischen und medialen Diskursen sowie in der Forschung (Holz & RichterKornweitz 2020, Klundt & Müller 2020).

Eine weitere besonders vulnerable Gruppe stellen in der Pandemie Kinder und Jugendliche mit Behinderung dar. Sie zählten vielfach zur Risikogruppe für das COVID-19-Virus, gleichzeitig sind sie in erhöhtem Maße auf das medizinische und sozialtherapeutische System angewiesen, das in der Pandemie ebenfalls Einschränkungen ausgesetzt war (z. B. Bešić & Holzinger 2020, Calahorano et al. 2021). Beispielsweise waren Werkstätten für behinderte Personen in Berlin 2020 noch über den Lockdown hinaus bis in den Mai geschlossen (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin 2020). Familien mit Kindern mit Behinderung waren durch Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen spezifischen Herausforderungen ausgesetzt: Die Familien mussten Pflege, sonderpädagogische Bedarfe und Distanzunterricht gleichzeitig regeln (z. B. Müller & Gaupp 2021, Goldan et al. 2020). Untersuchungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf Personen, die sowohl armutsbetroffen sind, als auch selbst eine Behinderung/in ihrer Familie ein Kind mit Behinderung haben, fehlen weitgehend.

1.3 Forschungsfragen und methodisches Vorgehen

Das Land Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, eine umfassende, gesamtstädtische Strategie gegen Kinder- und Familienarmut umzusetzen. Sie verfolgt in ihrer Strategieentwicklung einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Dimensionen der Lebenslage von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien vor dem Hintergrund von Kinderarmut in den Blick nimmt. Die gesamtstädtische Strategie der Landeskommission umfasst vier Handlungsfelder – Teilhabe, Bildung, Gesundheit und materielle Grundversorgung – denen 15 strategische Ziele zugeordnet werden. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien sollen bei der weiteren Strategieentwicklung der Landeskommission systematisch berücksichtigt werden. Daher verfolgt die vorliegende Expertise zwei Ziele:

³ Darauf machen bereits Laubstein & Sthamer (2020) in ihrem Bericht zu den Armutslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Berlin aufmerksam.

1. Systematische Literaturrecherche zu Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien mittels einer Literaturrecherche.

Die Ergebnisse dieser Analyse werden nach den Handlungsfeldern materielle Grundversorgung, Teilhabe, Bildung und Gesundheit gegliedert. Die zentrale Fragestellung dabei lautet: Welche Auswirkungen und Folgen hat die COVID-19-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien und wie werden ihre aktuelle Lebensqualität und zukünftigen Lebenschancen beeinflusst? Dieser Teil der Expertise basiert auf 65 Veröffentlichungen, die den Forschungsstand Dezember 2021 abbilden.⁴ Die Veröffentlichungen wurden differenziert nach empirischen Studien und Sekundäranalysen sowie nach thematischen Schwerpunkten der Berliner Handlungsfelder systematisiert (siehe Anhang).⁵

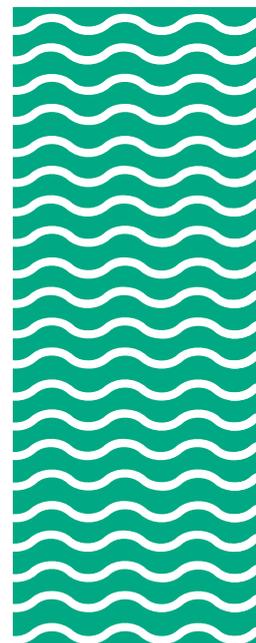
2. Empirische Untersuchung der Pandemie-Auswirkungen auf die Lebenssituation von armutsbetroffenen Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in Berlin.

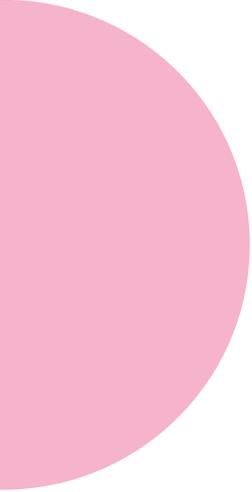
Da die Situation und die Herausforderungen von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen während der Corona-Pandemie weitestgehend unerforscht bleiben, strebt die vorliegende Expertise an, die Lebenssituation und Herausforderungen der betroffenen Familien in Berlin zu beleuchten. Dafür wurden drei Interviews mit Expertinnen aus dem Selbsthilfesystem sowie vier Mütter von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen interviewt.⁶ Die zentrale Fragestellung lautete: Welche Auswirkungen und Folgen hat die COVID-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und deren Familien und wie können die Familien adäquat unterstützt werden? ▶

⁴ Armut wird selten in die Analysen von Studien zu den Pandemieauswirkungen mit einbezogen. Häufig verhindert schon die Auswahl der Methodik oder die Stichprobenziehung, dass Armut überhaupt untersucht werden kann, da nicht genug Personen mit diesen Merkmalen Teil der Stichprobe sind (Laubstein & Sthamer 2020). Studien in denen sozioökonomische Merkmale erfasst wurden, durch die es möglich wird, Teilbereiche der Lebenslage von Kindern und ihren Familien zu untersuchen und soziale Ungleichheiten zu identifizieren wurden daher in dieser Expertise ebenfalls berücksichtigt.

⁵ Für das Auffinden der Studien erfolgte im November 2021 eine intensive Recherche in den wichtigsten sozialwissenschaftlichen Datenbanken (PeDocs, FIS, WISO, PsyArXiv). Außerdem wurden Studien und themenrelevante Veröffentlichungen nach dem Schneeballsystem nach weiteren Hinweisen auf empirische Studien zum Thema Auswirkungen der Corona-Pandemie auf von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien hin untersucht.

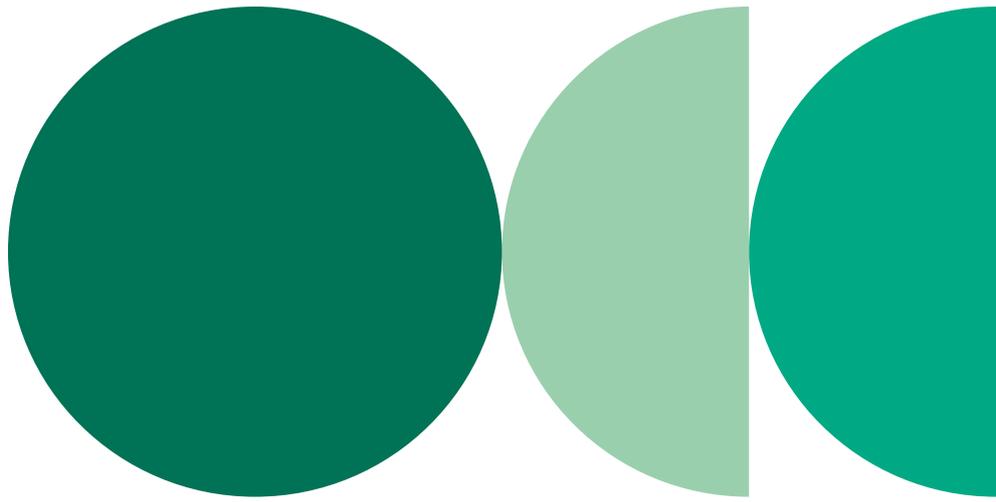
⁶ Für die Expertinnen waren die Auswahlkriterien „Arbeitsort Berlin“ und „direkter Kontakt mit der Zielgruppe“. Für die Auswahl der Familien wurden die Kriterien „Wohnort Berlin“, „Armutsbetroffenheit im Sinne eines SGB II-Bezuges“ sowie „mindestens ein Kind mit Behinderung in der Familie“ festgelegt. Die Interviews fanden zwischen dem 22. November 2021 und dem 23. Februar 2022 per Videokonferenz (Zoom) oder telefonisch statt und dauerten zwischen einer und anderthalb Stunden. Die Interviews wurden auf Tonband aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Die interviewten Expertinnen drücken ihre persönliche Meinung aus; ihre Aussagen werden nicht anonymisiert. Die Aussagen der Familien werden für den Bericht anonymisiert.





2. Systematische Literaturanalyse von Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche und ihre Familien

Entsprechend dem Forschungsauftrag wird das Kapitel 2 nach vier Handlungsfeldern, die im Rahmen der Gesamtstrategie der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut identifiziert wurden - materielle Versorgung, Teilhabe, Bildung und Gesund aufwachsen - untergliedert. Jedes der vier Handlungsfelder beinhaltet unterschiedliche Zielsetzungen, die in der vorliegenden Expertise zunächst zwar kurz dargestellt, anschließend jedoch zwecks der besseren Lesbarkeit in jeweils zwei bis drei Themenbereiche gruppiert werden. Für jeden Themenbereich werden die Forschungserkenntnisse zunächst bezogen auf armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Allgemeinen dargestellt und anschließend - falls zu diesen Aspekten relevante Erkenntnisse vorliegen - Informationen zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im Besonderen dargestellt. Bei entsprechender Datenlage wird darüber hinaus explizit Bezug auf die Situation



in Berlin genommen; grundsätzlich ist allerdings von einer Übertragbarkeit der allgemeinen Befunde auf die Situation im Land Berlin auszugehen.

2.1 Materielle Versorgung

Im Handlungsfeld Materielle Versorgung werden die Themenbereiche (1) Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitsmarktsituation und -integration, (2) bedarfsgerechter Wohnraum für Familien sowie (3) teilhabesichernde finanzielle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern während der Pandemie in den Blick genommen.

Handlungsziele im Feld ‚Materielle Versorgung‘: Armutsgefährdete ...

- ... Eltern erhalten Unterstützung zur Integration in Arbeit.**
- ... Familien erhalten Unterstützung für bedarfsgerechten Wohnraum.**
- ... Kinder und Jugendliche erhalten teilhabesichernde finanzielle Leistungen.**

Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Arbeitszeitreduzierung und Arbeitszufriedenheit bei Eltern im Allgemeinen, kinderlosen Paaren und Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ausgewirkt?

Die Corona-Pandemie und die in der Folge getroffenen politischen Entscheidungen hatten einen großen Einfluss auf den beruflichen Alltag von Eltern. So arbeiteten laut einer WZB-Studie⁷ viele Menschen beim ersten bundesweiten Lockdown weniger Stunden als sonst. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Infolge der Pandemie herrschte beispielsweise eine veränderte Marktsituation, Eltern mussten beispielsweise den Distanzunterricht und/oder die Kinderbetreuung übernehmen, sodass es zu einer

⁷ Die Umfrage wurde über Zeitungen, Radiosender, soziale Netzwerke und Emailverteiler beworben. Knapp 8.000 Personen füllten die Umfrage innerhalb der ersten zwei Wochen (d. h. 23. März – 5. April 2020) vollständig aus und beantworteten Fragen zu ihrer aktuellen Situation sowie rückblickend zu der Zeit vor Beginn der Pandemie (Bünning et al. 2020: 2).

Reduzierung von Arbeitszeiten kam (Bünning et al. 2020: 2). So arbeiteten Eltern im Untersuchungszeitraum im Vergleich zu kinderlosen Personen im Durchschnitt mit 16 Prozentpunkten mehr deutlich häufiger mit einem reduzierten Stundenumfang (Bünning et al. 2020: 2).

Eine Sonderauswertung der Daten mit Fokus auf Berlin ergab, dass erwerbstätige Eltern in Berlin eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit⁸ hatten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren als erwerbstätige Eltern im Bundesdurchschnitt (Hübgen et al. 2021: 48). Dieser Unterschied war vor allem zwischen März 2020 mit neun Prozentpunkten und im Juni 2020 mit elf Prozentpunkten mehr als im Bundesdurchschnitt stark ausgeprägt (Hübgen et al. 2021: 48). Dies könne teilweise dadurch erklärt werden, dass bei Müttern in Berlin der Erwerbsumfang im Durchschnitt höher war als bei Müttern bundesweit, sodass grundsätzlich ein höheres Potential zur Verringerung der Arbeitszeit bestand (ebd.).

Auch in Bezug auf die allgemeine Arbeitszufriedenheit ließen sich Unterschiede zwischen Eltern und kinderlosen Paaren feststellen. Die Arbeitszufriedenheit hat seit Beginn der Pandemie insgesamt abgenommen. Im vorpandemischen Vergleich waren Paare mit Kindern im Vergleich zu Kinderlosen noch leicht überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Arbeitssituation (Bünning et al. 2020: 24). In der Pandemie ging sie bei Paaren mit Kindern aber um sieben Prozentpunkte stärker zurück als bei Paaren ohne Kinder (ebd.). Neben dem Vergleich Eltern – kinderlose Paare hatte auch das Haushaltseinkommen einen Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit während der Pandemie. Personen, die mit ihrem Haushaltseinkommen nur schwer zurechtkamen, waren um 14 Prozentpunkte unzufriedener mit ihrer als Personen, die von ihrem Einkommen gut leben konnten. Diese Differenz bestand zwar bereits vor der Pandemie, hat sich seit Pandemiebeginn aber weiter verschärft (ebd.: 26).

Erwerbssituation der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen

Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen standen neben Distanzunterricht und Betreuung vor der Aufgabe, ihre Verpflichtungen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Einklang mit Pflegeaufgaben zu bringen. Im Frühjahr 2020 machten sich 34% der Eltern mit Kindern mit Behinderungen Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation. Zentrale Gründe dafür waren Lohninbuße durch Kurzarbeit und die Verringerung der Stundenzahl zugunsten der Kinderbetreuung. Einige der Eltern berichteten in den offenen Fragen,⁹ dass sie ihren Beruf wegen der zusätzlichen Pflege- und Betreuungsaufgaben in der Corona-Krise aufgeben mussten (Kugelmeier & Schmolze-

Krahn 2020: 4). Im Laufe der Pandemie nahm der Anteil der Eltern mit Kindern mit Behinderungen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, ab und lag im Sommer 2021 bei 26% (Calahorrano et al. 2021: 25). Neben den negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation von Menschen mit Schwerbehinderung weist der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft jedoch auch auf Chancen der Beschäftigung im Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen hin, die sich mit der beschleunigten Digitalisierung in Folge der Pandemie erhöhen könnten (BMAS 2021: 312).

Wem stand in der Pandemie bedarfsgerechter Wohnraum und Mobilität zur Verfügung und wie beeinflusste diese Situation die Krisenbewältigung der Familien?

Durch die unterschiedlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie wie Ausgangssperren, Schließungen von Schulen und Kitas, Spielplätzen und Freizeittätten sowie Kontaktbeschränkungen im privaten und öffentlichen Raum war das Leben außerhalb des eigenen Haushaltes zeitweise auf ein absolutes Minimum beschränkt. Dadurch verbrachten Familien deutlich mehr Zeit als üblich in den eigenen Wohnräumen.

Die Wohnsituation von Familien während der Corona-Pandemie wirkte sich auf ihr Wohlbefinden und ihre Bewegungsmöglichkeiten aus (z. B. COPSY-Studie, Langmeyer-Tornier et al. 2020, Bähr et al. 2020). Kinder und Jugendliche, die auf beengtem Raum (< 20 qm Wohnfläche pro Person) lebten, waren durch die Pandemie besonders belastet (Ravens-Sieberer et al. 2020, 2021). Auch ein eigenes Kinderzimmer, war nach der Einschätzung von Eltern für die Krisenbewältigung der Kinder und Jugendlichen wichtig. Grundschulkindern mit eigenem Kinderzimmer kamen besser mit der pandemischen Situation zurecht als Grundschulkindern ohne eigenes Zimmer (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 22). Sie konnten beispielsweise in Ruhe lernen und am Distanzunterricht teilnehmen, ohne gestört zu werden. Analog kamen Kinder mit Zugang zu einer privaten Terrasse oder einem eigenen Garten mit 70% häufiger gut oder sehr gut mit der Corona-Situation zurecht, als Kinder ohne diese Zugänge (59%) (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 22). Durch die Möglichkeit der Gartennutzung konnten die fehlenden Bewegungsmöglichkeiten durch die Schließung von Bildungs- und Sportstätten ein Stück weit kompensiert werden. Dabei ist insbesondere in Großstädten die Wohnsituation vieler Familien beengt; ein Garten oder eine Terrasse stehen in der Regel nicht zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der Familien mit zwei Kindern in Großstädten leben in einer Wohnung, die kleiner als 100 Quadratmeter ist und jede vierte Familie in Wohnungen mit weniger als 80 Quadratmetern (Bujard et al. 2021: 69). Ca. 67% der Familien mit Kindern unter 18 Jahren leben in einer Wohnsituation mit Gartennutzung (ebd.). Alleinerziehende leben besonders häufig in Wohnsituationen ohne Gartennutzung: Mehr als zwei Drittel der

⁸ Die Wahrscheinlichkeiten sind Ergebnisse aus logistischen Regressionen der Daten.

⁹ Der OnlineFragebogen umfasste 21 geschlossene Fragen und acht offene Fragen.

Paarfamilien (71,1%) aber nur knapp die Hälfte (49,4%) der Alleinerziehenden verfügen über Gartenzugang (ebd.). Für Berlin kann anhand des Mikrozensus von 2018 konstatiert werden, dass insgesamt jede zehnte Wohnung ein Einfamilienhaus ist. In Berlin wohnen rund 90% der Einwohnerinnen und Einwohner in Mehrfamilienhäusern, bei denen deutlich seltener eine Gartennutzung gegeben ist als in anderen Wohnformen (Feilbach 2019).

Der harte Lockdown mit Schließung öffentlich und frei zugänglicher Erholungsflächen wie Spielplätzen und Parks dauerte zwar nicht lange. Dennoch zeigt eine Analyse deutscher Großstädte, dass Zugangsmöglichkeiten zu Sport-, Freizeit- und Naherholungsflächen in Berlin ungleich verteilt sind. In sozial privilegierten Stadtteilen sind die Zugangsmöglichkeiten ungleich größer als in sozial benachteiligten Stadtteilen (Helbig & Salomo 2021). So ist davon auszugehen, dass insbesondere armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen Ausweichmöglichkeiten auf öffentlich zugängliche Flächen in geringerem Maße zur Verfügung stehen. Armutsgefährdete Kinder,

Jugendliche und ihre Familien haben insgesamt geringere Chancen über einen bedarfsgerechten Wohnraum zu verfügen (siehe Abbildung 1). Haushalte in der Grundsicherung verfügen meist über eine schlechtere Ressourcenausstattung in ihrem Wohnumfeld und haben nur etwa zwei Drittel der Wohnfläche zur Verfügung, als Personen, die nicht im Sozialsicherungsbezug leben. In immerhin 40% der Grundsicherungshaushalte mit Kindern müssen sich diese ein (oder mehrere) Zimmer miteinander teilen. Bei Haushalten außerhalb der Grundsicherung trifft dies nur in knapp 3% der Fälle zu (Bähr et al. 2020: 7).

Neben dem Wohnraum zeigten sich auch deutliche Differenzen in der Mobilität von armutsbetroffenen und nicht armutsbetroffenen Familien. Familien in Grundsicherung besitzen fast doppelt so selten ein Auto als Familien ohne einen Grundsicherungsbezug (49% vs. 94%). Der Besitz eines Autos und damit die Möglichkeit zu mehr Mobilität war in der Krise ein unterstützender Faktor in der Krisenbewältigung. Familien mit Auto konnten dieses für den täglichen Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen nutzen und

Abbildung 1: Wohnsituation und PKW-Besitz von Personen mit und ohne Grundsicherung (in Prozent sofern nicht anders angegeben)

	Gesamtbevölkerung		Haushalt mit Kind(ern) unter 15 Jahren		Älter als 60 Jahre	
	Kein Grundsicherungsbezug	Grundsicherungsbezug	Kein Grundsicherungsbezug	Grundsicherungsbezug	Kein Grundsicherungsbezug	Grundsicherungsbezug
Größe der Wohnung¹ (in m²)	65,3	44,9***	59,5	4,0***	73,0	48,3***
Ausreichend Zimmer²	97	85***	89	59***	100	99**
Garten/Balkon/Terrasse	92	76***	95	87**	95	79**
Qualität der Wohngegend³ (in Skalenpunkten)	4,1	3,8***	4,2	3,8***	4,1	3,9*
Auto im Haushalt	86	36***	94	49***	83	27***

1 - Die äquivalenzgewichtete Größe der Wohnung in Quadratmetern (nach Meyer-Ehler) berücksichtigt, dass der zusätzliche Wohnbedarf unterproportional zur Haushaltsgröße ausfällt.
 2 - Formulierung im Fragebogen: Haben Sie eine Wohnung, die mindestens so viele Zimmer hat, wie dort Personen wohnen?
 3 - Formulierung im Fragebogen: Und wie würden Sie Ihre Wohngegend insgesamt beurteilen? Ist es eine...; Antwortmöglichkeiten: 1=sehr schlechte Wohngegend, 5= sehr gute Wohngegend;
 Anmerkungen: p <.001=***; p <.01=**; p <.05=*; Quelle: Bähr et al. 2020, S.7, IAB, unter Verwendung der PASS-Erhebung 2018 (hochgerechnet), nur Personen im Alter ab 15 Jahren

waren nicht auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen (ebd.: 7). Die Angewiesenheit auf öffentliche Verkehrsmittel aber auch beengte Wohnverhältnisse und weniger finanzielle Mittel sind nicht nur Faktoren in der Krisenbewältigung, sondern können die Gefahr der Ansteckung erhöhen. Dies zeigte die Untersuchung des Robert Koch-Instituts: Die COVID-19-Sterblichkeit lag im Dezember 2020/Januar 2021 in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozentpunkte höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung (RKI 2021).

Welche Auswirkungen hatten die Maßnahmen zum Eindämmung der Pandemie auf die finanzielle Lage der Familien?

Ein konstruktiver Umgang der Familien mit Kindern und Jugendlichen mit der Krise hängt neben Unterstützungsressourcen im sozialen Umfeld maßgeblich von der finanziellen Situation der Familien ab. Wichtig ist dabei, ob und inwiefern Familien bei der Bewältigung von pandemiebedingten finanziellen Einbußen beispielsweise bei Arbeitsverlust oder Kürzungen sozialstaatliche Unterstützung erhalten haben. Hierzu zeigte eine repräsentative Online-Umfrage der Eltern, dass mehr als die Hälfte (53%) der Familien keine Veränderungen des Haushaltseinkommens in der Pandemie erlebten; bei 28% der Befragten nahm das Haushaltseinkommen leicht und bei 18% sogar deutlich ab (BMSFSJ 2020: 9.). Von bedeutsamen Einkommensverlusten während der Pandemie waren Alleinerziehende deutlich häufiger betroffen als Paarfamilien (24% vs. 18%) (ebd.: 10). Infolge dieser Einbußen waren 17% der befragten Alleinerziehenden und 10% der Paarfamilien erstmalig auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen (ebd.). Dass insbesondere Alleinerziehende die größten Geldsorgen hatten, untermauern auch die Ergebnisse der KiCo-Studie. Bei 30% der Alleinerziehenden nahmen die Geldsorgen seit der Corona-Pandemie zu (Andresen et al. 2020a: 21). Dabei haben sich 31% der Eltern insgesamt und 39% der Alleinerziehenden im Besonderen mehr finanzielle Unterstützung gewünscht (BMSFSJ 2020: 9). Diese Befunde decken sich mit den Tendenzen der vorpandemischen Zeit und bestätigen, dass sich negative Auswirkungen besonders dort entfaltet haben, wo bereits vor der Pandemie strukturelle Benachteiligungen und multiple Belastungen bestanden (Andresen et al. 2020a: 21).

Um die finanziellen Belastungen der Bevölkerung insgesamt und die der Familien mit Kindern und Jugendlichen im Besonderen aufzufangen, wurden in Deutschland unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, wie z. B. die Einführung des Kurzarbeitergeldes, steuerliche Erleichterungen, vereinfachte Beantragung von Harz IV und die Einführung des Kindergeldbonus. Regina Frey (2021) verweist auf die geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit und schlussfolgert, dass viele der Maßnahmen Männern eher nutzten als Frauen. Beispielsweise waren geringfügig

Beschäftigte, die zu 60% Frauen sind, von finanziellen Einbußen in der Pandemie stark betroffen, fielen aber nicht in die Kurzarbeitergeld-Regelungen und konnten so auf diese Hilfe nicht zurückgreifen. Zudem konnten Frauen die Homeoffice-Option nicht im selben Umfang nutzen wie Männer. Wenn sie im Homeoffice arbeiten würden, dann meist unter schlechteren Bedingungen unter anderem, weil sie sich häufiger um die Kinderbetreuung kümmern als Männer (ebd.: 12, siehe auch DGB Frauen 2021, Hans-Böckler-Stiftung 2021, Wagner 2019).

Eine Maßnahme, die auf positive Resonanz traf und Familien direkt zugutekam, war der Kinderbonus. Durch den Kinderbonus erhielten Haushalte einmalig einen Betrag von 300 Euro je Kind, welcher in zwei Raten im September und Oktober 2020 gemeinsam mit dem Kindergeld ausgezahlt wurde (Behringer et al. 2021: 12). Da der Kinderbonus mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet wurde ohne auf die Grundsicherung angerechnet zu werden, profitierten insbesondere Familien mit geringen und mittleren Einkommen von dieser Maßnahme (ebd.: 12).

Auswirkungen der Corona-Pandemie im Handlungsfeld „Materielle Versorgung“

- Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 reduzierten Paare mit Kindern um 16 Prozentpunkte häufiger ihren Stundenumfang und waren um sieben Prozentpunkte mit ihrer **Arbeitssituation** weniger zufrieden als Paare ohne Kinder. Die Unzufriedenheit verschärfte sich insbesondere bei Menschen, die mit ihrem Einkommen nur schwer zurechtkamen (Bünning et al. 2020).
- **Alleinerziehende** waren zu Pandemiebeginn stärker von Einkommensverlusten betroffen als Paare mit Kindern¹⁰ (24% vs. 18%) (BMSFSJ 2020: 10). Fast ein Drittel der Alleinerziehenden machte sich seit der Pandemie verstärkt Geldsorgen (Andresen et al. 2020a: 21). Diese Erkenntnisse verdeutlichen abermals, dass sich negative Auswirkungen der Pandemie besonders bei den Personengruppen entfalten, bei denen bereits vor der Pandemie strukturelle Benachteiligungen und multiple Belastungen vorhanden waren.
- **Familien mit Kindern mit Behinderungen** waren von der Pandemie ebenfalls hart betroffen: Im Frühjahr 2020 war jede dritte Familie (Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020: 20) und im Sommer 2021 jede vierte Familie (Calahorrano et al. 2021: 25) um ihre finanzielle Situation besorgt. Zentrale Gründe dafür waren Lohnneinbuße durch Kurzarbeit, die Verringerung

¹⁰ Studien zu dem Unterschied in den Einkommensverlusten zwischen Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden in Deutschland im späteren Pandemieverlauf liegen Stand April 2022 nicht vor. Eine Expertise im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verweist allerdings auf die deutlich höhere Armutsquote bei Alleinerziehenden, trotz hoher Erwerbstätigkeit auch bei SGBII-Bezug und auf die weiterhin starke Betroffenheit der Arbeitssituationen Alleinerziehender durch die Corona-Pandemie (Lenz, 2021).

der Stundenzahl und in einigen Fällen das Beenden des Arbeitsverhältnisses zugunsten der Kinderbetreuung bzw. der Übernahme von zusätzlichen Pflegeaufgaben.

- Kinder und Jugendliche in **beengten Wohnräumen** (<20 qm Wohnfläche pro Person) und ohne Zugang zu einer privaten Terrasse oder einem eigenen Garten kamen seltener mit den Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie zurecht als ihre besser gestellten Altersgenossen (59% vs. 70%). Des Weiteren kamen Grundschulkindern mit eigenem **Kinderzimmer** besser mit der Situation zurecht als Grundschulkindern ohne eigenes Zimmer; Sie konnten in Ruhe lernen und ggf. an Videokonferenzen teilnehmen, ohne durch z. B. Geschwister gestört zu werden (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 22). Armutsbetroffene Familien hatten allerdings bereits im vorpandemischen Zeitraum geringere Chancen auf einen bedarfsgerechten Wohnraum: Grundsicherungshaushalte mit Kindern müssen sich deutlich häufiger ein (oder mehrere) Zimmer miteinander teilen als Haushalte mit Kindern ohne Grundsicherung (40% vs. 11%) (Bähr et al. 2020: 7); Alleinerziehende verfügen seltener über die Möglichkeiten einer Gartennutzung als Paarfamilien (49,4% vs. 71,1%) (Bujard et al. 2021: 69).
- Die **Mobilität** armutsbetroffener Familien war bereits vor dem Ausbruch der Pandemie deutlich eingeschränkter als bei finanziell besser gestellten Familien. So besitzen die Familien mit Kindern im Grundsicherungsbezug fast doppelt so selten ein Auto als Familien ohne Grundsicherungsbezug (49% vs. 94%). Dies wirkte bei der Krisenbewältigung auf armutsbetroffene Familien insofern negativ aus, dass sie durch die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs häufiger der Gefahr einer Ansteckung mit dem Virus ausgesetzt wurden und durch die Pandemie bedingten Erfordernissen, wie z. B. Einkäufen von Vorräten für eine mindestens zehn Tage lange Quarantäne, deutlich stärker belastet waren als finanziell besser gestellten Personengruppen. Die **COVID-19-Sterblichkeit** in sozial stark benachteiligten Regionen war im Dezember 2020/Januar 2021 tatsächlich um rund 50% bis 70% höher als in Regionen mit geringerer sozialer Benachteiligung (RKI 2021).

2.2 Teilhabe

Im Handlungsfeld Teilhabe werden die Themenbereiche (1) Sport, Kultur und Freizeitangebote sowie Ferienerlebnisse und (2) soziale Beziehung und Bindungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern während der Pandemie in den Blick genommen.

Handlungsziele im Feld ‚Teilhabe‘ Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche ...

- ... haben die Möglichkeit, an Sport, Kultur und Freizeitangeboten teilzuhaben.
- ... erhalten Unterstützung, soziale Bindungen einzugehen und soziale Beziehungen zu pflegen.
- ... haben die Möglichkeit, an Ferienerlebnissen teilzuhaben.

In welchem Umfang konnten (armutsbetroffene) Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie an Sport, Kultur und Freizeitangeboten teilhaben?

Die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen nimmt eine bedeutende Rolle in ihrer Sozialisation, dem Erwerb von Kompetenzen und Wissen, ihrer Selbsterprobung sowie für die Ausbildung sozialer Kompetenzen ein (Züchner & Arnoldt 2011; Lohaus/Wild 2021). Somit ist zentral, ob und in welchem Umfang Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, an Sport, Kultur und Freizeitangeboten teilzuhaben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Einschränkungen der Corona-Pandemie auf die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen hatten.¹¹

Bereits vor der Pandemie zeigten sich Unterschiede in der Freizeitnutzung von Kindern und Jugendlichen differenziert nach sozialer Schicht und Migrationshintergrund: Kinder aus niedrigeren Sozialschichten sind in ihrer Freizeitnutzung wenig institutionell gebunden (Aktivitäten auf Spielplätzen, Sport auf Bolzplätzen, Jugendzentren etc.). Kinder aus höheren Sozialschichten hingegen gehen eher musisch-kulturellen und vereinsgebundenen Freizeitaktivitäten nach (Züchner & Arnoldt 2011: 271). Unterschiede zwischen den Sozialschichten zeigen sich auch in der Funktion von Freizeitaktivitäten: Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status nutzen ihre Freizeit eher zur Erholung und als Ausgleich zur Schule (Züchner & Arnoldt 2011: 271). Jugendliche aus Familien mit höherem sozioökonomischem Status hingegen nutzen häufiger bildungs- und kulturorientierte Freizeitangebote, wodurch sich ihre Chancen beim Erwerb von kulturellem Kapital verbessern (ebd.).

Analog zu vorpandemischen Differenzen unterscheidet sich die Freizeitnutzung von Kindern und Jugendlichen auch während der Pandemie nach sozialem Status der Eltern, wie z. B. die Studie „Kindsein in Zeiten von Corona“

¹¹ Die Anzahl der Studien zu außerschulischen Bildungsstellen, wie z. B. Sportvereinen oder Kulturstätten, fällt im Vergleich zu Studien der schulischen Bildungsstellen geringer aus (Gaupp et al. 2021: 9). Dabei ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben, um ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen zu können. Sie sollten daher nicht lediglich als Schülerinnen und Schüler, sondern ganzheitlich als junge Menschen mit altersspezifischen Bedürfnissen und Bedarfen betrachtet werden.

des DJI zeigt (Langmeyer-Tornier et al. 2020)¹². Eltern mit mittlerer Bildung gaben häufiger als Eltern mit höherer Bildung an, dass bei ihren Kindern der Konsum von Videospiele und das Surfen im Netz zugenommen habe (Videospiele: 56 % vs. 47%; Surfen im Internet: 43 % vs. 38%). Zugleich berichteten sie doppelt so häufig, dass ihre Kinder nun seltener „herumhängen“ (12 % vs. 6 %). Die Kinder von Eltern mit höherer Bildung lesen hingegen seit der Pandemie häufiger (45 % vs. 32 %) und hören zudem mehr Radio (58 % vs. 47 %) (ebd.: 14).

Neben dem Sozialstatus der Eltern spielte auch das Alter der Kinder eine Rolle in der Freizeitgestaltung während der Pandemie. Kinder im Kindergartenalter verbrachten die Zeit häufiger mit traditionellen Medien wie Fernsehen (68 %), Radio, Hörspiele oder Geschichten anhören (61 %) sowie Bücher anschauen oder vorgelesen bekommen (43 %). Deutlich zugenommen haben auch kreative Tätigkeiten wie Basteln und Malen (64 %) aber auch drinnen Spielen (61 %). Dies legt nahe, dass viele Eltern versuchten, den Kindern vergleichbare Angebote wie in Kindertageseinrichtungen zu bieten, um fehlende Anregungen zu kompensieren (ebd.). Die Beschäftigung mit digitalen Medien spielte bei den Kindergartenkindern eine geringe Rolle: Lediglich 14 % der Eltern gaben an, dass die Internetnutzung ihrer Kinder zugenommen habe und nur ein knappes Drittel der Kinder beschäftige sich häufiger mit Spielen am Computer oder Smartphone. Immerhin 30 % der Kinder hatten in der Pandemie aber weniger Möglichkeiten, im Freien zu spielen (ebd.: 15).

Ein anderes Bild zeichnet sich bei Schulkindern ab. Kinder und Jugendliche der Grundschule und insbesondere der Sekundarstufe I beschäftigten sich in der Pandemie häufiger mit digitalen Medien. 66 % der Grundschul Kinder und 75 % der Heranwachsenden nutzten häufiger den Fernseher, Streamingdienste oder YouTube. Zudem spielten 53 % der Grundschul Kinder und 68 % der Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler häufiger am Computer, Tablet oder Smartphone. Knapp die Hälfte beider Gruppen hört mehr Musik, Radio oder Hörspiele (GS: 54 %; Sek I: 49 %) (ebd.: 18). Während der Medienkonsum bei den älteren Schulkindern in der Pandemie stärker zugenommen hat, zeigte sich bei der Beschäftigung mit traditionellen Medien ein umgekehrtes Bild. 46 % der Grundschul Kinder und 37 % der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I verbringen seit Beginn der Pandemie mehr Zeit mit Büchern. Mit kreativen Aktivitäten wie Malen beschäftigten sich 52 % der Grundschul Kinder und nur 35 % der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe häufiger seit der Pandemie

¹² Dafür wurden bundesweit 8.127 Eltern mit Kindern im Alter zwischen drei und 15 Jahren befragt. Da es sich bei der Studie um eine Online-Befragung handelt, ist ein starkes Bildungsbias vorhanden (Langmeyer-Tornier et al. 2020). Familien mit niedrigen bzw. keinen Bildungsabschlüssen wurden durch diese Befragung nicht erreicht (nur 19 % mit Realschulabschluss oder niedriger). Daher lassen sich keine Aussagen bezogen auf Kinder und Jugendliche machen, die in der Regel aufgrund ihrer sozialer Herkunft deutlich stärker von Benachteiligung und gesamtgesellschaftlichen Krisen betroffen werden als Kinder und Jugendliche aus höheren sozialen Schichten (ebd.). Aufgrund dieses Bias wurden die Analysen getrennt nach mittlerem und hohem Bildungsgrad durchgeführt.

(Langmeyer-Tornier et al. 2020: 18). Da diese Erkenntnisse nach Bildungsgrad der Eltern nicht gesondert analysiert wurden, lassen sich hierzu keine Unterschiede nach sozioökonomischem Status differenzieren.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bringen die Einschränkungen der Pandemie spezifische Herausforderungen in ihrem Freizeitverhalten mit. So zeigt die Jugend-Corona Studie II¹³, dass die Pandemie junge Menschen in ihrer Freizeitnutzung deutlich eingeschränkt hat. Für 81 % der jungen Menschen hat sich die Freizeitgestaltung in der Pandemie deutlich verändert. Mit 70 % gab ein Großteil der jungen Menschen an, dass sie ein erhebliches Defizit in der Möglichkeit erleben ihren Hobbys nachzugehen (Andresen et al. 2020c: 9). Eine Studie der TUI-Stiftung¹⁴ verdeutlicht die Bedeutung von Freizeit und Ferienerlebnissen: Für 42 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stellten die Einschränkungen der sozialen Kontakte die größte Belastung in der Pandemie dar, gefolgt von den Einschränkungen in der Freizeitgestaltung mit 40 %. An dritter Stelle folgten mit 32 % die Einschränkungen in der Mobilität wie beispielsweise der Verzicht auf Reisen und Urlaub (TUI-Stiftung 2020: 15). Hinzukommt, dass die Ablösung vom Elternhaus, die einen wichtigen Entwicklungsschritt für Jugendliche darstellt, durch die Pandemie nur eingeschränkt stattfinden konnte (Bernuber & Gaupp 2021: 18). Für die Ablösung und Vervollständigung hilfreiche Erfahrungen wie Schulfahrten, Auslandsaufenthalte, Praktika oder auch das freiwillige soziale Jahr blieben jungen Menschen verwehrt (ebd.).

Den Verzicht auf kostenintensive Freizeitgestaltungen wie Reisen und Urlaube erlebten Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen Familien bereits vor der Corona-Pandemie. Unterschiedliche Studien verweisen darauf, dass Ausflüge und Urlaube für diese Personengruppe nur selten möglich sind (AWOISS-Studien 2003, 2006, 2012; Tophoven et al. 2015). Auf Grundlage des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung – PASS“¹⁵ konnte quantifiziert werden, dass über drei Viertel der Familien im SGB II-Leistungsbezug sich keine einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten können (Tophoven et al. 2015). Mit Blick auf diesen vorpandemischen Befund wird deutlich, dass die Reiseeinschränkungen vor allem für Kinder und Jugendliche aus finanziell besser gestellten Familien eine Veränderung bedeuteten. Die Auswirkungen der Einschränkungen in der Freizeitgestaltung auf die Situation bei armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen können nicht abschließend beurteilt werden, da ihre Möglich-

¹³ An der Studie nahmen 7.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren teil.

¹⁴ Europaweite Befragung von jungen Menschen zwischen 16 und 26 Jahren.

¹⁵ Das Panel „Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung“ ist eine Längsschnittbefragung von jährlich etwa 10.000 Haushalten und ihren Mitgliedern ab 15 Jahren in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der SGB II-Leistungsempfänger. Die Daten des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzierten Panels stellen eine wichtige Grundlage für die Beantwortung von Fragestellungen in der Arbeitsmarkt und Armutsforschung sowie für die Evaluation sozialpolitischer Maßnahmen dar (IAB-Forum: 2017).

keiten auf Erholung und Regeneration sowie auf neue Erfahrungs- und Erlebnisräume bereits vor dem Beginn der Pandemie sehr gering waren.

Situation der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen

Es gibt kaum Studien, die sich ausdrücklich mit dem Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen beschäftigen. Müller & Gaupp (2020) nähern sich in zwei Interviews mit Jugendlichen mit Behinderungen der Frage nach den Pandemieauswirkungen für diese Personengruppe an. Die von ihnen befragten Jugendlichen geben dabei – wie andere Jugendliche auch – an, mehr Zeit online zu verbringen, um beispielsweise Kontakt mit ihren Freundinnen und Freunden zu halten. Die Jugendlichen in den beiden Fallbeispielen nennen kaum explizite Einschränkungen während der Pandemie im Zusammenhang mit ihrer Behinderung. Allerdings sind die Jugendlichen bei Müller und Gaupp (2020) nicht schwerbehindert oder explizit armutsbetroffen. Der Teilhabebericht der Bundesregierung (BMAS 2021) macht darauf aufmerksam, dass sich nicht alle Menschen gleichermaßen am digitalen Leben beteiligen bzw. sich schnell auf digitale Formen der Kommunikation umstellen können. Videokonferenzen, Distanzunterricht, oder Onlineeinkäufe etwa seien für viele blinde und sehbehinderte Menschen nicht nutzbar (ebd.). Dies verdeutlicht, dass die Fallbeispiele nicht stellvertretend für Jugendliche mit Behinderungen insgesamt stehen können. Die individuelle Lebenssituation sowie die Art und Ausprägung der Behinderung haben große Auswirkungen auf das Erleben der Pandemiesituation und die daraus resultierenden Einschränkungen (ebd.). Weitere Forschung in diesem Bereich ist dringend notwendig (ebd.).¹⁶

Wie viel Kontakt zu ihren Peers und zu pädagogischem Personal konnten Kinder und Jugendliche in der Pandemie aufrechterhalten?

Der Aufbau und das Aufrechterhalten von sozialen Beziehungen wurden durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stark reduziert. Sich mit Freunden oder weiteren Bezugspersonen außerhalb des eigenen Haushalts zu treffen, war während der Lockdowns nur begrenzt möglich. Quantitative und qualitative Analysen zeigen, dass Kinder und Jugendliche viel weniger Zeit mit Freundinnen und Freunden sowie Gleichaltrigen verbracht haben (Andresen et al. 2020c; Langmeyer-Tornier et al. 2020). So gab die Hälfte der Jugendlichen in der Befragung von Andresen et al. (2020c) an, sich viel seltener mit Freundinnen und Freunden zu treffen als vor der Pandemie; knapp ein Drittel trifft sich etwas seltener.

¹⁶ Das BMAS hat eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit Herausforderungen von Familien befasst, in denen Kinder mit Behinderungen aufwachsen. Mit einer Veröffentlichung der Ergebnisse ist im Frühjahr 2022 zu rechnen (Stand Februar 2022). Mehr Informationen zur Studie finden sich unter: <https://www.infogmbh.de/bmasstudie/>.

Insgesamt haben über 80 % ihre Kontakte, sowohl im privaten als auch im institutionellen Rahmen, maßgeblich eingeschränkt. Aufgrund dieser Einschränkungen waren Jugendliche nur mäßig zufrieden mit ihren Kontakten zu Freundinnen und Freunden: Auf einer Skala von 0 (total unzufrieden) bis 10 (total zufrieden) lag der Zufriedenheitswert mit dem Kontakt zu Freundinnen und Freunden bei einem Mittelwert von 4,95¹⁷ (Andresen et al. 2020b: 9). Der Kontakt von Kindern und Jugendlichen verschob sich von ihren Peers zu familiären Kontakten. Insgesamt waren Kinder und Jugendliche jedoch viel häufiger allein (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 21). In einer Befragung von Eltern schätzten 27 % ihre Kinder als einsam ein (ebd.: 21). Bei dieser Einschätzung spielten sowohl das Alter als auch vorhandene Geschwister eine wesentliche Rolle. Am häufigsten schätzten Eltern von Kindergarten und Grundschulkindern ihre Kinder als einsam ein (30 % bzw. 27 %), gefolgt von Eltern von Sekundarschülerinnen und Sekundarschülern (20 %) (ebd.). Gründe für die geringere Einsamkeit bei älteren Kindern könnten die größere Autonomie der Jugendlichen und ihre vielfältigeren Möglichkeiten der Kontaktaufnahme über digitale Medien sein. Zudem schätzten Eltern mit mehreren Kindern diese weniger häufig als einsam ein, als Eltern mit Einzelkindern (33 % vs. 24 %). Kinder mit mindestens einem Geschwisterteil hatten demnach die Möglichkeit die fehlenden Spiel und Gesprächspartner zu kompensieren (ebd.). Die Einschätzungen der Eltern differenzieren auch nach Bildungsniveau. Eltern mit mittlerer Bildung schätzten ihre Kinder etwas häufiger als einsam ein, als Eltern mit höherer Bildung (30 % vs. 26 %) (ebd.).

Kinder und Jugendliche hatten also aufgrund der Pandemie vermehrt Sorgen und Ängste sowie Einsamkeitsgefühle. Gleichzeitig war der Personenkreis, an den sie sich bei Problemen wenden konnten, in der Pandemie begrenzter¹⁸. Etwa 73 % der jungen Menschen suchten sich aufgrund von situativen Belastungen während der Pandemie Rat und Unterstützung. Lediglich 27 % gaben an, keine schwierigen Situationen erlebt zu haben (Berngruber & Gaupp 2021: 22). Unterstützung und Rat suchten insbesondere junge Menschen in Berufsausbildung oder Studium (78 %) sowie Schülerinnen und Schüler (76 %). Junge Erwachsene, die bereits vor Corona erwerbstätig waren, gaben im Vergleich seltener an Rat gesucht zu haben (67 %). Ein Unterschied zeigte sich auch differenziert nach finanzieller Sicherheit: Junge Menschen mit mindestens einem Deprivationsmerkmal¹⁹ gaben zu 82 % an sich Unterstützung in schwierigen Situationen während der Pandemie geholt zu haben. Bei denjenigen ohne

¹⁷ Leider liegen für den vorpandemischen Zeitraum keine Zufriedenheitswerte für dieses Item vor.

¹⁸ Der Frage, an wen sich Kinder und Jugendliche während der Pandemie gewendet haben, wurde anhand eines Addons des DJI-Surveys AID:A („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“) nachgegangen. Hier wurden 867 junge Menschen zwischen 12 und 32 Jahren zu ihrer Lebenssituation während Corona befragt.

¹⁹ Als Deprivationsmerkmal gilt hier, ob im Haushalt monatlich ein fester Betrag gespart werden kann, ob abgenutzte Möbel ersetzt oder unerwartet anfallende Ausgaben bezahlt werden können (Berngruber & Gaupp 2021: 21).

finanzielle Belastung waren es hingegen 71% (ebd.: 22). Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die noch nicht selbstständig sind oder in deprivierten Verhältnissen leben durch die Pandemie einer erhöhten Belastung ausgesetzt waren und einen erhöhten Unterstützungsbedarf hatten.

Unterstützung in der Pandemie suchten sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene primär bei ihren Eltern (12 bis 16-Jährige: 85%, 27 bis 32-Jährige: 60%) (ebd.). Armutsbetroffene junge Menschen wendeten sich dabei deutlich häufiger an sozialpädagogisches, medizinisches oder religiöses Fachpersonal, als junge Menschen aus Familien ohne finanzielle Belastungen (24% zu 15%). Eine Begründung könnte in dem erhöhten Beratungsbedarf von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen liegen (Berngruber & Gaupp 2021: 24). Ein weiterer Grund könnte sein, dass Eltern aus armutsbetroffenen Familien weniger Ressourcen zur Verfügung standen, um ihre Kinder zu unterstützen. Daher war es gerade für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche wichtig, während der Pandemie Kontakt zu Bezugspersonen aus Bildungs- und Sozialeinrichtungen halten zu können.

Insgesamt war der Kontakt von Kindern und Jugendlichen zu pädagogischem Personal während der Pandemie eingeschränkt. Die Kontakthäufigkeit unterschied sich dabei nach Alter der Kinder: Kindergartenkinder hatten mehrheitlich (63%) nur selten oder manchmal Kontakt zu ihren Erzieherinnen und Erziehern; nur rund jedes zehnte Kind (11%) hatte häufig bis sehr häufig Kontakt. Jedes vierte Kind (26%) hatte sogar gar keinen Kontakt zu Erzieherinnen oder Erziehern, obwohl es vor der Corona-Krise eine Kindertageseinrichtung besucht hat (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 6). Im Grundschulalter hatten die Kinder hingegen häufiger Kontakt mit den Lehrkräften. Der Anteil der Kinder ohne Kontakt lag bei unter 8%; knapp 30% der Grundschul Kinder hatten häufigen oder sehr häufigen Kontakt. Im der Sekundarstufe hatten lediglich 3% der Kinder und Jugendlichen gar keinen Kontakt zu ihren Lehrkräften (ebd.). Die Unterschiede können durch die Schulpflicht und somit einen zwingend erforderlichen Kontakt zu Lehrkräften erklärt werden, der im Bereich der frühen Bildung entfällt. Dieses Muster bestätigte sich auch in einer Befragung von Lehrpersonal²⁰: Während der ersten Welle der Pandemie gaben die Mitarbeitenden an Schulen mit 39% an, dass für sie nur ein relativ kleiner Anteil der Schülerinnen und Schüler (5 bis 10%) digital nicht erreichbar war. Für weitere 32% waren 15 bis 20% der Schülerinnen und Schüler digital nicht erreichbar. Für die restlichen 27% der Mitarbeitenden an Schulen waren hingegen alle Schülerinnen und Schüler erreichbar (Huber et al. 2020: 53). Neben dem Alter war auch die Schulart entschei-

²⁰ Dieser Trend konnte in weiteren Studien weitgehend bestätigt werden. In einer breitangelegten Studie dem „SchulBarometer“ in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu COVID-19 wurden 7.100 Eltern, Schülerinnen und Schüler, sowie schulische Mitarbeitende befragt.

dend für die Kontakthäufigkeit zwischen Fachpersonal und Kindern: Im Durchschnitt hatten die Lehrkräfte von Gymnasien in Thüringen bei einer Online-Befragung mit 4,37 Kontakten pro Woche am häufigsten Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern, gefolgt Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen mit durchschnittlich 4,12 Kontakten pro Woche (Dreer & Kracke 2021). Weniger durchschnittliche Kontakte pro Woche zu ihren Schülerinnen und Schülern hatten Lehrkräfte der Grundschule (2,61) sowie der Förderschule (2,67).

Kontakte zu pädagogischem Personal konnten also, insbesondere zu Beginn der Pandemie, nur in geringem Maße aufrechterhalten werden. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (weiterhin IAB) verweist darauf, dass sich der Kontakt von Schülerinnen und Schülern im Herbst 2020 im Vergleich zum Frühjahr 2020 verbessert hat. Der Anteil derjenigen, die im Distanzunterricht täglich Kontakt zu ihrer Schule hatte, stieg laut Analyse von 59% im Frühjahr auf 75% im Herbst (Anger et al. 2021: 3). Ein ähnliches Ergebnis geht auch aus den Kita-Corona-Studien hervor. Demnach haben mit Andauern der Pandemie mehr Kitas damit begonnen, digitale Formate einzusetzen, um Kontakt mit Eltern oder Kindern aufrechtzuerhalten (33% statt 10%) (KiTa-Corona-Studien 2021a: 4). Es wird deutlich, dass seit Beginn der Pandemie sowohl in Schulen als auch in Kindertageseinrichtungen Maßnahmen ergriffen wurden, um sich an die neue Situation anzupassen.

Interviews mit Lehrkräften zu den Gründen für die Nichterreichbarkeit von Kindern verweisen allerdings auf die ungleiche Betroffenheit von Kontaktverlusten differenziert nach sozialer Schicht. Die Lehrkräfte sahen mögliche Gründe für die Nichterreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen in fehlenden Ressourcen, wie beispielsweise fehlender technischer Ausstattung oder fehlender Unterstützung durch die Eltern (Huber et al. 2020: 64f.). Dabei verwiesen die Lehrkräfte explizit auf eine Häufung der Probleme bei Kindern und Jugendlichen aus bereits benachteiligten Personengruppen wie beispielsweise bei Armutsbetroffenheit, Migrationshintergrund, Förderbedarf oder Fluchterfahrungen (ebd.).

Situation der Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Schülerinnen und Schüler der Förderschulen gehören zu der Gruppe, die am wenigsten Kontakt zu ihren Lehrkräften hatte. Eine Befragung von Menschen mit Behinderungen, die nicht nach Alter unterteilt ist, zeigte, dass diese sich durch die Pandemie zunehmend beeinträchtigt oder ausgegrenzt fühlten. Grund dafür waren eingeschränkte Freizeitaktivitäten, wegfallende soziale Kontakte sowie Besuchsbeschränkungen, insbesondere für in Einrichtungen lebende Menschen (DVfR 2021: 38).

Auswirkungen der Corona-Pandemie im Handlungsfeld ‚Teilhabe‘:

- Die **Einschränkungen in der Freizeitgestaltung** waren für junge Menschen gravierend. 70% der befragten jungen Menschen zwischen 15 und 30 Jahren konnten ihren Hobbys nicht entsprechend ihrem Bedarf nachgehen (Andresen et al. 2020c: 9). Mit 40% benannten die jungen Menschen Einschränkung in der Freizeitgestaltung als zweitgrößte Belastung in der Pandemie (Platz eins mit 42% Einschränkung der Sozialkontakte, Platz zwei mit 32% Einschränkung der Mobilität, wie z. B. den Verzicht auf Reisen) (TUI-Stiftung 2020:15). Die Auswirkungen für **armutsbetroffene junge Menschen** lassen sich abschließend nicht beurteilen: Bereits vor der Pandemie waren ihre Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, beispielsweise in Bezug auf Urlaube und Reisen, eingeschränkt (AWOISS-Studien 2003,2006, 2012; Tophoven et al. 2015).
- Die **Veränderungen im Freizeitverhalten** unterschieden sich in der Pandemie nach Alter der Kinder und Bildungsniveau der Eltern. Die Beschäftigung mit **digitalen Medien** hat vor allem für Kinder und Jugendliche aus niedrigeren sozioökonomischen Schichten zugenommen (mittlere vs. höhere Bildung der Eltern: Surfen im Netz 43% vs. 38%, Videospiele 56% vs. 47%) (Langmeyer-Tornier et al. 2020). Dementgegen beschäftigen sich Kinder und Jugendliche von Eltern mit hoher Bildung eher vermehrt mit traditionellen Medien wie Büchern. Bei Kindergartenkindern spielten digitale Medien (Internet 14%) in der Pandemie nur eine geringe Rolle. Bei Grundschulkindern (66%) und Sekundarschülerinnen und schülern (75%) dagegen hat die Beschäftigung mit digitalen Medien in der Pandemie stark zugenommen (ebd.).
- **Soziale Kontakte** waren in der Pandemie stark beeinträchtigt und zeitweise auf den engsten Familienkreis beschränkt. 80% der Kinder und Jugendlichen haben ihre Kontakte in der Pandemie stark eingeschränkt (Andresen et al. 2020b:9). Die wichtigen Kontakte zu Peers sind eingebrochen und knapp jedes fünfte Kind im Kindergarten und der Grundschule fühlte sich, laut Aussagen der Eltern, **einsam**. Die Einschätzungen der Eltern differenzierten dabei nach Bildungsniveau. Eltern mit mittlerer Bildung schätzten ihre Kinder etwas häufiger als einsam ein, als Eltern mit höherer Bildung (30% vs. 26%) (Langmeyer-Tornier et al. 2020:21).
- Die Pandemie wurde von jungen Menschen als belastend erlebt: 73% suchten sich aufgrund pandemischer Belastungssituationen Rat oder Unterstützung (Berngruber & Gaupp 2021: 22). **Unterstützungsbedarf** bestand vor allem bei Personen aus finanziell benachteiligten Haushalten: Junge

Menschen mit mindestens einem materiellfinanziellen Deprivationsmerkmal suchten sich mit 82% etwa zehn Prozentpunkte häufiger Unterstützung, als junge Menschen ohne finanzielle Sorgen (71%) (ebd.). **Armutsbetroffene junge Menschen** wendeten sich dabei deutlich häufiger an sozialpädagogisches, medizinisches oder religiöses Fachpersonal, als junge Menschen aus Familien ohne finanzielle Belastungen (24% zu 15%) (Berngruber & Gaupp 2021: 24). Gleichzeitig ging der **Kontakt zu pädagogischem Personal** in der Pandemie deutlich zurück. Dabei zeigten sich Unterschiede der Kontaktaufnahme je nach Schulform und Alter der Kinder. Lehrkräfte an Gymnasien hatten deutlich häufiger Kontakt mit ihren Schülerinnen und Schülern pro Woche (M = 4,37) als Fachkräfte an Grundschulen (M = 2,61) oder Förderschulen (M = 2,67) (Dreer & Kracke 2021). Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Personengruppen wie Armutsbetroffene, Migrationshintergrund, Förderbedarf oder Fluchterfahrungen waren laut Aussagen von Lehrkräfte am stärksten von Kontaktverlusten betroffen (Huber et al., 2020 64f.). Die Lehrkräfte sehen explizite Zugangshürden in beispielsweise **fehlender technischer Ausstattung** bei armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen (ebd.).

- Zu den Auswirkungen der Pandemie auf soziale Kontakte und das Freizeitverhalten bei **Kindern und Jugendlichen mit Behinderung** liegen nur vereinzelt Erkenntnisse aus Fallbeispielen vor, die mit Vorsicht interpretiert werden sollten (z. B. Müller & Gaupp 2020). Je nach Art und Grad der Behinderung waren die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung vermutlich sehr unterschiedlich. Körperlich beeinträchtigte Jugendliche berichten beispielsweise, dass auch bei ihnen der Medienkonsum zugenommen hat (Müller & Gaupp 2020). Gleichzeitig können sich beispielsweise blinde Kinder und Jugendliche nicht gleichermaßen **am digitalen Leben beteiligen** wie Kinder und Jugendliche ohne ähnliche Beeinträchtigung (BMAS 2021). Kinder und Jugendliche mit Behinderung berichten, sich durch die Pandemie **ausgegrenzt** zu fühlen, insbesondere durch die Einschränkungen der Sozialkontakte und der Freizeitmöglichkeiten (DVfR 2021 :38).

2.3 Bildung

Im Handlungsfeld Bildung werden die Themenbereiche (1) frühkindliche Bildung, (2) Kompetenzerwerb in der Schule, Übergänge und Abschlüsse sowie (3) Ausbildung sowie Studium für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern während der Pandemie in den Blick genommen.

Handlungsziele im Feld ‚Bildung‘: Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche ...

- ... erhalten Unterstützung beim Erwerb von Sprachkompetenzen.
- ... haben die Möglichkeit, an frühkindlicher Bildung teilzuhaben.
- ... haben gleichwertige Chancen auf den für sie bestmöglichen Schulabschluss.
- ... erhalten Unterstützung für gelingende Bildungsübergänge.
- ... haben die Möglichkeit, eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren.

Inwiefern konnte die Förderung in der frühkindlichen Bildung in der Pandemie aufrechterhalten werden und welche Auswirkungen zeigen sich im Hinblick auf Sprachkompetenzen?

Während die Auswirkungen der Pandemie auf Schulkinder in der Forschung einen großen Stellenwert einnehmen, fallen Untersuchungen im Bereich der frühkindlichen Bildung seltener aus. Insbesondere zu Beginn der Pandemie standen eher die Fragen nach Bedingungen zur Wiedereröffnung von Kindertageseinrichtungen sowie nach der Rolle der Kinder bei der Ausbreitung der Pandemie im Vordergrund (Baumann 2020; Blum & Dobrotic 2021; Loss et al. 2021). Erst im Zuge des anhaltenden Lockdowns gewannen Fragen zu frühkindlichen Bildungsangeboten und Kindertagespflege, zu sozialen und psychischen Auswirkungen auf Kinder und Eltern sowie rund um die Umsetzbarkeit von pädagogischen Angeboten an Bedeutung (Schmidt-Hertha & Lindemann 2021; Buschle & Meyer 2020). Vor dem Hintergrund der Bedeutung frühkindlicher Betreuung für die Entwicklung von Kindern sind die Auswirkungen der Kita-Schließungen auf sprachliche, motorische oder soziale Kompetenzen der Kinder sowie den Übergang in die Schule von großer Bedeutung.

Im Zuge der Corona-KiTa-Studien²¹ wurden Einrichtungsleitungen und pädagogische Fachkräfte unter anderem dazu befragt, inwiefern sie in der Pandemie ihrer Kernaufgabe der Förderung der Kinder nachkommen konnten (Corona-KiTa-Studie 2021b: 14). Als wichtig bewerteten die Fachkräfte vorrangig die Förderung der sprachlichen, sozioemotionalen und motorischen Kompetenzen. Ergänzende Förderbereiche, wie die frühe MINT-Bildung, musikalisch-künstlerische Bildung oder Gesundheitsförderung, sowie Aufgaben wie die Vorschulbildung, die Umsetzung von Inklusion und Kinderrechten, die interkultureller Arbeit sowie die Zusam-

menarbeit mit Eltern wurden dabei in der Pandemie als nachrangig eingestuft (ebd.: 15).

Die Umsetzung von Förderaktivitäten verlief laut den Fachkräften in Form einer U-Kurve, deren Tief zwischen Dezember 2020 und Februar 2021 während der zweiten Pandemiewelle erreicht wurde (Abbildung 2). In dieser Tiefphase fielen die Vorschularbeit, die Zusammenarbeit mit Eltern und die interkulturelle Arbeit besonders stark ab (ebd.: 15). Für fast alle pädagogischen Aktivitäten konnte aber im Zeitraum von Mai bis Juni 2021 wieder das Niveau von Oktober 2020 erreicht werden. Ausnahmen bildeten die Aufgaben zur Erziehungspartnerschaft mit den Eltern sowie zur interkulturellen Arbeit, die auch im Mai bis Juni 2021 auf einem niedrigen Niveau blieben (ebd.: 15). Ein Grund hierfür könnte sein, dass beide Aktivitäten meist die Eltern als zusätzliche externe Kontaktpersonen mit einbeziehen und daher in der Pandemie auch im Sommer weiterhin ausgesetzt wurden.

Während im Sommer 2021 die meisten pädagogischen Aktivitäten wieder mit größerer Häufigkeit stattfanden, hatten die Kinder während des ersten Lockdowns von Mitte März bis Mitte April 2020 keinen Zugang zu Kindertageseinrichtungen. Auch im Anschluss an den Lockdown konnten im Rahmen der stufenweisen Öffnung Kinder erst nach und nach in die Kindertageseinrichtungen zurückkehren. Die fehlende Förderung in diesem Zeitraum konnte ggf. durch die Wiederaufnahme der Aktivitäten nur teilweise ausgeglichen werden, insbesondere wenn Erstbetreuungen durch die Pandemie verschoben wurden oder sich der Wiedereintritt in die Kindertagesstätte für Kinder verzögert hat. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn Eltern ihre Kinder aus Sorge um eine Ansteckung nicht in die Kindertagespflege schicken oder wenn die Betreuungskapazitäten durch begrenzte Gruppengrößen aufgrund der Pandemie geringer ausfallen. Die kommentierten Daten der Kinder- und Jugendhilfe für das Jahr 2021 zeigen im frühkindlichen Bereich bei den unter Dreijährigen erstmals seit 2006 einen geringen Rückgang bei der Inanspruchnahmequote von Kindertagesbetreuung (34,4% im Jahr 2021 vs. 35% im Jahr 2020) (Meiner-Teubner 2021). Auch in Berlin ist zum Stichtag 1. März 2021 ein Rückgang der in der öffentlichen geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder im Vergleich zum Vorjahr um sogar 8,4% zu verzeichnen (Statistik Berlin Brandenburg 2021). Dementgegen stieg die Inanspruchnahmequote im frühkindlichen Bereich von unter Dreijahren aber um 0,5 Prozentpunkte, weswegen nicht von einer Verallgemeinerung des Rückgangs im frühkindlichen Bereich für Berlin ausgegangen werden kann (Meiner-Teubner 2021).

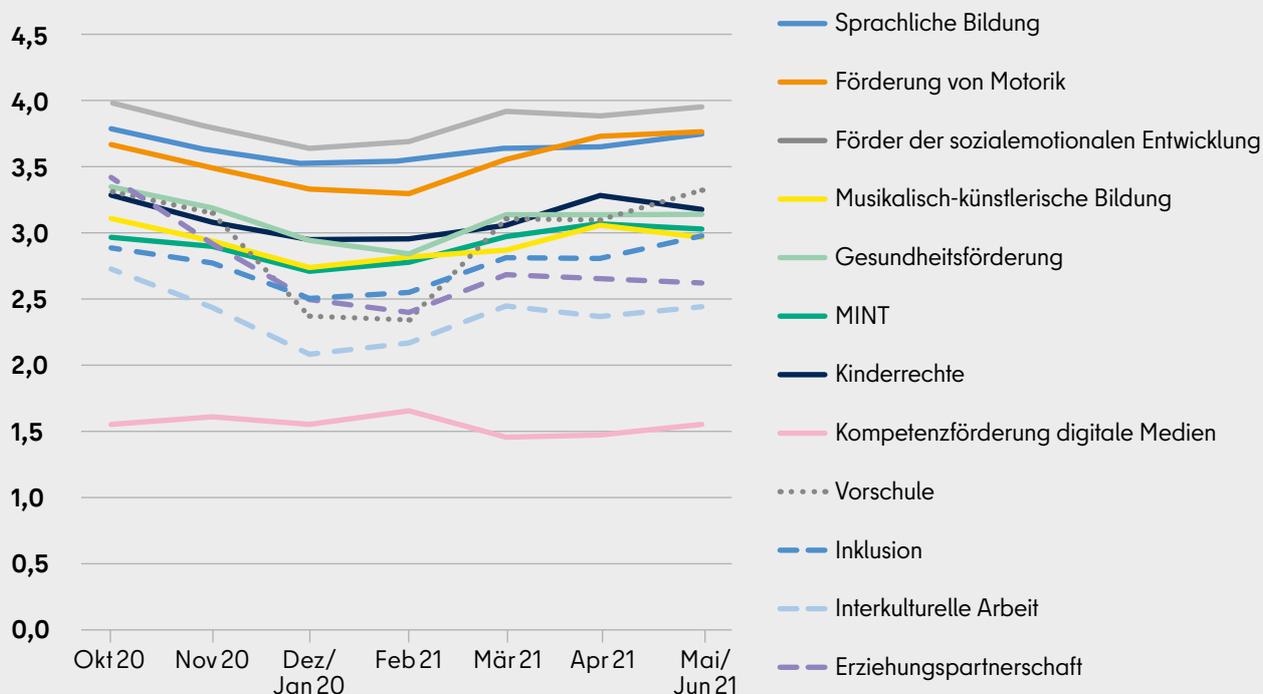
Einen Einblick in die Auswirkungen verkürzter Kita-Besuche und verringerter pädagogischer Förderung im pandemischen Zeitraum auf die Kinder bieten Schulinganguntersuchungen am Übergang zwischen Kita

²¹ Die Studie ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und dem Robert Koch-Institut (RKI) und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert. Dabei werden monatliche Kurz- und Quartalsberichte zu den Themen: Kinder, Familien, Betreuung und Infektionsgeschehen herausgegeben.

Abbildung 2: Umsetzung pädagogischer Aufgaben im Zeitverlauf

Häufigkeit der Umsetzung

„Inwieweit können Sie den folgenden pädagogischen Aufgaben derzeit nachkommen?“



Quelle: Corona-KiTa-Studien 2021b, S. 15. Einschätzung der Einrichtungsleitung, inwiefern pädagogische Aufgaben derzeit umgesetzt werden können, auf einer Skala von 0 „Gar nicht“ bis 5 „Sehr häufig“. Die Häufigkeit der Umsetzung beruht jeweils auf den berechneten Mittelwerten. CoKiss-Leitungsbefragung, Datenstand: 17.08.2021, Befragungszeitraum von Oktober 2020 bis Juni 2021, n=4.366, ungewichtete Daten.

und Grundschule. Schuleingangsuntersuchungen sind verpflichtende Untersuchungen, in denen unter anderem der motorische, sprachliche und geistige Entwicklungsstand geprüft wird und erhöhte Förderbedarfe früh festgestellt werden können (Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, o. D.). Durch die Corona-Pandemie haben für mindestens einen Teil der Erstklässlerinnen und Erstklässler in Berlin 2020 keine vollumfänglichen Schuleingangsuntersuchungen stattgefunden (rbb24 2021). Infolge der fehlenden Schuleingangsuntersuchungen sind möglicherweise viele Kinder eingeschult worden, die noch nicht schulreif sind und denen wesentliche Kompetenzen fehlen (Buchmann 2021). Die negativen Auswirkungen der Pandemie auf wichtige frühkindliche Entwicklungsbereiche bestätigt eine Vergleichsanalyse der Schuleingangsdaten der Einschulungsjahrgänge 2017/2018 und 2020/2021 in der Region Hannover. Die Daten zeigen Defizite im Bereich der deutschen Sprachkompetenz: Der Anteil der Kinder mit einem Sprachförderbedarf ist von 18 % auf 21 % angestiegen. Dabei können 22 % (vs. 18 %) der Kinder nur eingeschränkt oder gar nicht Deutsch sprechen, womit ihnen eine essentielle

Kompetenz für die Grundschule fehlt (Bantel et al. 2021: 4). Sprachauffälligkeiten haben dabei gerade bei Kindern aus Familien mit geringem Haushaltbildungsindex und/oder Migrationshintergrund überproportional zugenommen (ebd.: 9). 60 % der Kinder mit Eltern nichtdeutscher Herkunft hatten beispielweise nach dem ersten Lockdown einen auffälligen Befund in der Pluralbildung (ebd.: 6). Bei diesen Kindern erklärt sich der hohe Förderbedarf durch eine fehlende Nutzung der deutschen Sprache im nahen sozialen Umfeld (z. B. wenn Zuhause kein Deutsch gesprochen wird) sowie durch die zeitweise ausgebliebene Förderung der Sprachkompetenzen im institutionellen Rahmen infolge der Kita-Schließungen.

Kompetenzerwerb in der Schule: Wie haben sich Schulschließungen und Distanzunterricht auf die Lernzeiten und Chancen von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt?

Im Fokus der Forschung zu den Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche stand vor allem deren Funktion als Schülerinnen und Schüler. Kinder im Schulalter waren in der Pandemie wiederholt Schul-

schließungen ausgesetzt und das schulische Lernen fand über weite Strecken im Distanzunterricht und im digitalen Raum statt. Lernzeiten und Lernchancen der Kinder und Jugendlichen im Distanzunterricht unterschieden sich dabei nach Alter der Kinder, Schulfach sowie nach sozio-ökonomischen Merkmalen der Kinder.

Laut einer Online-Befragung von Eltern von Grundschulkindern erhielt die große Mehrheit der Kinder im Distanzunterricht Unterrichtsmaterialien für die Hauptfächer Deutsch und Englisch (jeweils 99%). In anderen Fachgebieten dagegen erhielten nur wenige Kinder Arbeitsmaterialien, insbesondere in den Fächern Englisch (25%), Musik (10%) und Kunst (9%) (Porsch & Porsch 2021: 70). Für ca. ein Viertel der Eltern (24%) war zudem nicht klar, ob es sich bei den Aufgaben aus der Schule um Pflichtaufgaben handelte (ebd.). Es kann angenommen werden, dass sich die Lernrückstände durch die Pandemie nach Fächern und Beteiligung der Eltern unterscheiden.

Im Rahmen der Studie „Kindsein in Zeiten von Corona“ (Langmeyer-Tornier et al. 2020) wurde erhoben, inwiefern sich der Zeitaufwand der Kinder und Jugendlichen für das Bearbeiten von schulischen Aufgaben durch die Pandemie verändert hat. Mit etwa Dreiviertel der befragten Eltern gab der Großteil an (Grundschule 78%, Sekundarstufe 76%), dass sich der Zeitaufwand für Schulaufgaben erhöht habe (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 16).²² Dabei wurde im öffentlichen Diskurs häufig vermutet, dass die Bildung der Eltern einen Einfluss auf die Lernzeiten der Kinder während der Pandemie hatte. Die Auswertung der SOEP-CoV-Studie²³ konnte diese Annahme zumindest für den Zeitraum der Schulschließungen nicht bestätigen. Bildungsniveau und Erwerbsstatus der Eltern sowie der vorpandemische Notendurchschnitt der Schülerinnen und Schüler hatten keinen wesentlichen Einfluss auf die Lernzeiten der Kinder (Zinn & Bayer 2021: 2). Lediglich in Bezug auf das Alter und die Schulform ergaben sich Unterschiede: Kinder und Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten lernten im Schnitt 15 (Gymnasium) bis 20 (ältere Jugendliche) Minuten länger pro Tag als jüngere Kinder und Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen (ebd.). Nach Wiedereröffnung der Schulen allerdings zeigte sich ein wesentlicher Einfluss des Bildungsniveaus der Eltern auf die Lernzeiten ihrer Kinder. Im erneuten Regelbetrieb lernten Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau zu Hause im Durchschnitt 50 Minuten weniger pro Tag als Kinder von Eltern mit einem hohen Bildungsniveau. Dabei war es unerheblich, ob die Kinder in dieser Zeit

regulären Unterricht oder Wechselunterricht hatten (ebd.: 3). Abbildung 3 verdeutlicht die Unterschiede zwischen den Lernzeiten während und nach dem ersten Lockdown im Detail.

Die beobachteten Unterschiede der Lernzeit nach dem Lockdown können durch mehrere Faktoren erklärt werden. Ein Faktor könnten unterschiedliche Vorstellungen von Lernen zwischen Eltern mit niedrigem Bildungsniveau und Eltern mit hohem Bildungsniveau sein (Zinn & Bayer 2021: 3). Für Eltern mit niedrigem Bildungsniveau ist Lernen vermutlich ausschließlich und explizit mit der Institution Schule verknüpft, mit den Schulöffnungen hätten diese Eltern die Aufgabe der Beschulung ihrer Kinder entsprechend sofort wieder an die Schulen zurückgegeben (ebd.). Ein weiterer Erklärungsfaktor kann die Überforderung der Eltern, insbesondere bei niedrigem Bildungsniveau, sein (ebd.). So war die verwendete Lernzeit im Distanzunterricht während des Lockdowns zwar annähernd gleich, jedoch verweisen unterschiedliche Studien darauf, dass sich nicht alle Eltern in der Lage sahen, ihre Kinder angemessen zu unterstützen. Zudem bringen Eltern unterschiedliche Zugänge zur digitalen Infrastruktur mit und verfügten über unterschiedliche Zeitkapazitäten (BMFSFJ 2020, Bujard et al. 2021, Ravens-Sieberer et al. 2021).

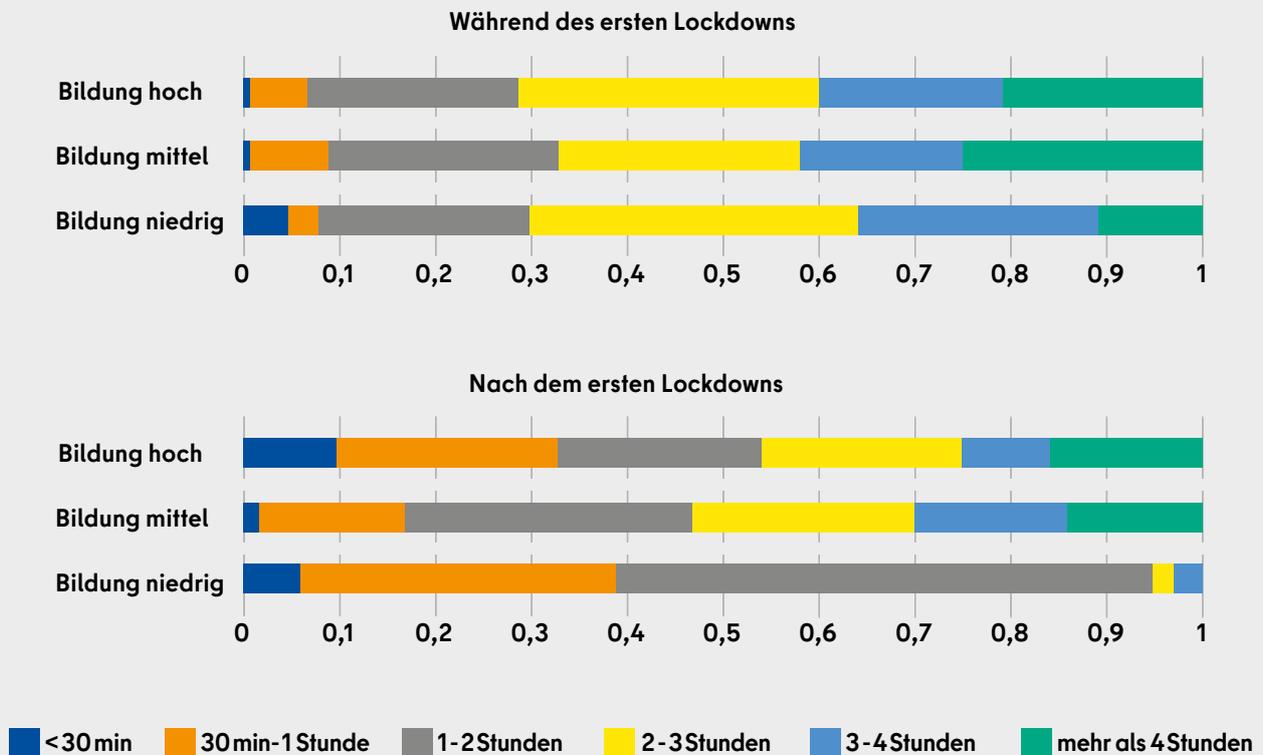
Die BMFSFJ-Studie „Familien in der Corona Zeit“ (2020) zeigte, dass nur jedes fünfte Elternteil sich zutraute, seinen Kindern zu Hause eine ähnlich gute Förderung wie in der Kita oder der Schule zu bieten (19%). 63% der Eltern gaben an, dass ihr Kind im Distanzunterricht ‚viel weniger‘ gelernt habe als in der Schule (Bujard et al. 2021: 68). Dabei wurden Unterschiede zwischen den Einschätzungen der Eltern differenziert nach ihrem sozialen Status sichtbar: Nur 10% der Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status gaben an, ihr Kind auch von zu Hause aus gut fördern zu können. Von den Eltern mit hohem Status trauten sich dies 29% zu (BMFSFJ 2020: 8f.). Alleinerziehende hatten mit 56% häufiger Sorgen um langfristige Nachteile für ihre Kinder infolge der fehlenden institutionellen Förderung als die befragten Eltern insgesamt (43%) (ebd.: 9.).

Eine besonders vulnerable Gruppe stellten dabei Schulkinder mit Migrationshintergrund dar. Bei der Auswertung der Daten des IQB-Bildungstrends 2016 (Klasse 4) und 2018 (Klasse 9), wurde festgestellt, dass zwischen 14% (Klasse 4) und 17% (Klasse 9) der Schulkinder zuhause überwiegend nicht Deutsch sprachen. Wird dies auf die Gesamtpopulation von 7,3 Mio. Schülerinnen und Schüler der Klassen 110 in Deutschland hochgerechnet, entspricht dies etwa einer Million Schulkinder (Bujard et al. 2021: 67). Da es für diese Schülerinnen und Schüler besonders wichtig ist, in anderen Kontexten Deutsch zu sprechen, kommt der Schule als zentraler Ort für den Ausbau ihrer Deutschkenntnisse eine besondere Bedeutung zu (ebd.).

²² Die Autorinnen und Autoren verweisen an dieser Stelle darauf, dass unklar bleibt, inwiefern manche Kinder weniger Arbeitsaufträge von der Schule bekommen haben.

²³ Die SOEP-CoV-Studie ist eine telefonische, repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte. Insgesamt haben an der Befragung zum ersten Lockdown n=723 Eltern von Kindern auf weiterführenden Schulen teilgenommen und n=305 Eltern in den fünf Wochen danach (Zinn & Bayer 2021: 2).

Abbildung 3: Lernzeiten nach Bildungsniveau



Quelle: Zinn & Bayer, S. 3. DIW Berlin 2021. Daten: SOEP-CoV, Wellen 1 und 2, Tranchen 2-9. Die Werte sind gewichtet mit individuellen Hochrechnungsfaktoren. Tägliche Zeit für Lernen und Schularbeiten im Frühjahr 2020 und in den ersten Wochen danach, abgebildet in durchschnittlichen Stunden pro Tag.

Die Teilnahme am Distanzunterricht setzt einen Zugang zu technischer Infrastruktur wie Internet und ein Endgerät voraus. Armutsgefährdete Personen sind dabei im Schnitt schlechter ausgestattet als nicht arme Personen (Bähr et al. 2020: 2). So hatten z. B. Personen in Grundsicherung im Jahr 2018 seltener einen Computer mit Internetanschluss als der Rest der Bevölkerung (70% vs. 87%) (ebd.). Bei Gruppe der Personen mit Kindern zeigte sich der Unterschied noch deutlicher als in der Gesamtbevölkerung: Während bei Eltern ohne Sozialbezüge mit 97% nahezu alle einen Computer mit Internetanschluss besaßen, waren es bei den Eltern im Grundsicherungsbezug mit 78% ungefähr Dreiviertel (Bähr et al. 2020: 5). Das Land Berlin hat auf diesen Bedarf im Rahmen der Pandemiebewältigungsstrategie reagiert und in digitales Lernen investiert: So wurden 50.000 Tablets für Schulen angeschafft, um insbesondere sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler für das digitale Lernen auszustatten (SenBJF 2021: 50).²⁴

²⁴ Die Verteilung der Geräte fand zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Erstmals wurden im Sommer 2020 9500 Tablets zur Verfügung gestellt und die Anzahl im Laufe der Pandemie weiter erhöht (SenBJF 2021).

Situation der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wurden bereits zu Beginn der Pandemie als Risikogruppe identifiziert, weshalb es schon früh und anhaltend zu Schließungen von Förderschulen und Behindertenwerkstätten kam (Müller & Gaupp 2021: 33, Nakao et al. 2020). Zudem sind Kinder und Jugendliche mit Behinderungen häufig in vielfältige therapeutische Kontexte eingebunden (z. B. Physiotherapie, Ergotherapie, Sprachtherapie, Lernförderung), die in vielen Fällen über schulische und berufliche Einrichtungen (wie Förderschulen, Heilpädagogische Tagesstätten oder Berufsbildungswerke) organisiert werden (Müller & Gaupp 2021: 33). Bei Schulschließungen fiel diese Form der Förderung bzw. der Zugang zu Förderung weg. Bei Schulkindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen konnte die Zusendung von Arbeitsmaterialien die wegfallende persönliche Unterstützung nicht kompensieren. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarfen etwa in den Förderschwerpunkten

„Lesen“, „Emotionalsoziale Entwicklung“ und „Sprache“ benötigen ein besonderes Maß an Unterstützung von Fachpersonal. Sie waren häufig nicht in der Lage, ihre Aufgaben selbstständig zu bearbeiten, gleichzeitig konnten Eltern diese Unterstützung nicht vollumfänglich leisten (Goldan et al. 2020: 195).

Dementsprechend fühlten sich Eltern von Schulkindern mit Behinderungen während der Pandemie häufig überfordert und unzureichend unterstützt (Goldan et al. 2020, Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020). Eine Befragung von Familien mit Kindern mit Behinderungen²⁵ zeigte, dass lediglich 35 % der Eltern von der Kita oder der Schule Beratungsangebote erhielten (Kugelmeier & Schmolze-Krahn: 5). Nur 30 % fühlten sich von ihrer Kita oder Schule gut unterstützt. Ohne die nötige Fachkompetenz durch pädagogisches Personal standen die Eltern vor der Herausforderung, ihre behinderten Kinder sonderpädagogisch zu fördern und zugleich die Lehrinhalte adäquat zu vermitteln (ebd.). Durch die Doppelbelastung über den Wegfall von Betreuungsleistungen für behinderte und pflegebedürftige Kindern nach SGB IX fühlten sich besonders alleinerziehende Eltern (meist waren dies Mütter) überfordert. Bereits die tägliche Versorgung stellte eine Überlastung dar, sodass eine Unterstützung beim Distanzunterricht nicht gewährleistet werden konnte (Goldan et al. 2020: 191).

Wie blicken junge Menschen vor dem Hintergrund der Pandemie auf ihre berufliche Zukunft und welche Auswirkungen auf die Aussichten auf eine Ausbildung zeigen sich in Berlin?

Aktuelle Studien zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Jugendliche und junge Erwachsene deuten darauf hin, dass viele junge Menschen in eine ungewisse Zukunft blicken. Diese Zukunftsängste zeigen sich dabei insbesondere an den wichtigen Übergängen, beispielsweise in die Berufsbildung. In einer Befragung von 5.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Jugend-Corona-Studien gaben 45 % der Befragten an, Angst vor der Zukunft zu haben (Zustimmung mit ‚eher‘ oder ‚voll und ganz‘) und weitere 23 % gaben an, zumindest teilweise Zukunftsängste zu haben (Andresen et al. 2020b: 14). Diese Erkenntnis wurde in einer Befragung von Schülerinnen und Schülern²⁶ weitgehend bestätigt: Der Anteil der jungen Menschen, die Sorgen um die berufliche Zukunft hatte, stieg von 25 % im Frühjahr auf 41 % im Herbst (Anger et al. 2021: 7). Dabei nahmen die Zukunftssorgen bei jungen Menschen aus nicht-akademischen Familien sowie bei Abiturientinnen und

Abiturienten mit Migrationshintergrund überproportional zu (Abbildung 4) (ebd.). Gründe für die vermehrten Zukunftsängste bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund oder aus nicht-akademischen Haushalten waren vor allem die fehlende Möglichkeit sich über die Eltern finanziell abzusichern und Sorgen, dass aufgrund der Pandemie weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen könnten.

Darüber hinaus bemängelten die befragten jungen Menschen, dass sie nicht genügend Informationen zur Berufsorientierung erhalten hätten (Anger et al. 2020: 66). So entfielen auch die Möglichkeiten für berufsorientierende Erfahrungen wie Praktika oder Freiwilligendienste (Barlovic et al. 2021, Starke-Uekermann 2020). Die Verunsicherung der jungen Menschen am Schulabschluss wirft die Frage auf, wie sie in der Pandemie bei einem gelungenen Übergang ins Studium oder in die Ausbildung unterstützt werden können. In Berlin ist die Jugendberufsagentur (JBA) an zwölf Standorten als strukturelles Angebot der Sozialdienste Anlaufstelle für die Beratung und Begleitung auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Auch für die JBA war in der Pandemie der Zugang zu den Jugendlichen erschwert. Persönliche Kontakte, die für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses mit den Jugendlichen wichtig sind, gingen zurück (Kestner & Kiepenheuer-Drechsler 2021). Insbesondere bei Jugendlichen mit bestehenden Vermittlungshemmnissen wie Sprachbarrieren stellten die Mitarbeitenden einen erschwerten Zugang durch die Pandemie fest (ebd.). Insgesamt konnten über Telefonate und Online-Kontakte aber vergleichsweise viele Jugendliche weiterhin erreicht werden (Senatskanzlei Berlin 2021).

Der Bericht „Blickpunkt Schule“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin zeigt anhand von regelmäßig erhobenen Schulstatistiken, wie sich die Pandemie auf die Anzahl von Auszubildenden sowie Schülerinnen und Schülern an beruflichen Schulen in Berlin ausgewirkt hat. Im Schuljahr 2020/21 besuchten laut Statistik 4,7 % weniger Schülerinnen und Schüler eine berufliche Schule als noch im Vorjahr (SenBJF 2021: 92). Besonders hoch fiel der Rückgang bei den Auszubildenden aus: Im Schuljahr 2020/21 gab es im Vergleich zum Schuljahr 2019/20 einen Rückgang von 13,5 % (ebd.). Somit war die Möglichkeit nach dem Schulabschluss eine Ausbildung zu beginnen infolge der Corona-Pandemie in Berlin nachweislich reduziert. Die Anzahl der Abiturientinnen und Abiturienten in Berlin, die ein Studium beginnen, wurde in dem Bericht nicht erfasst, sodass hierzu keine Aussage möglich ist.

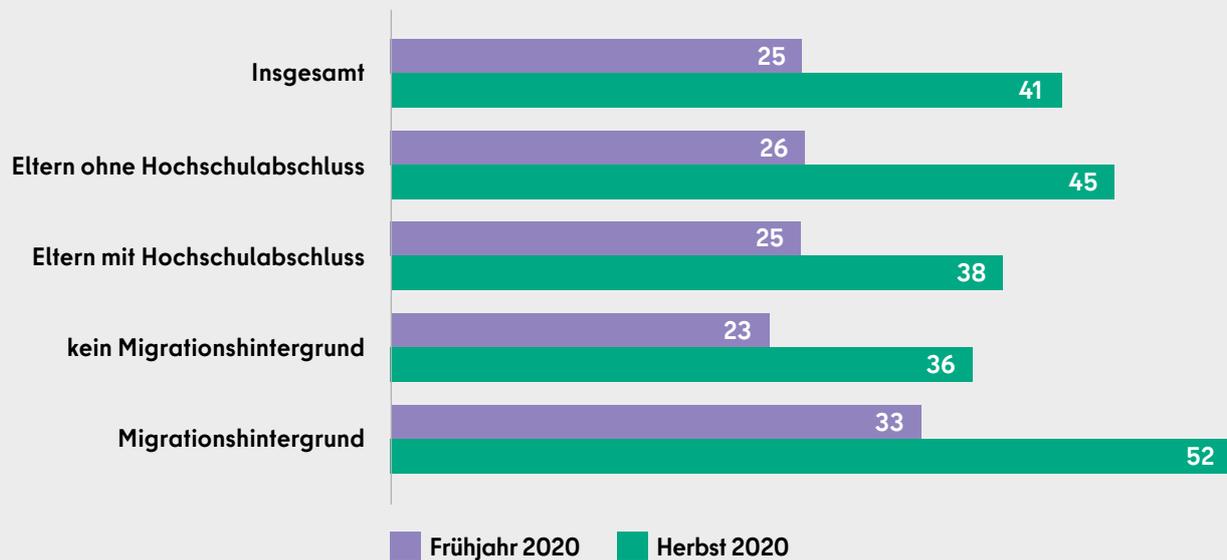
Auswirkungen der Corona-Pandemie im Handlungsfeld „Bildung“:

- Von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie waren auch Stätten der (früh)kindlichen Betreuung und Bildung betroffen. In Berlin sank die

²⁵ Untersuchung des Fraunhofer-Instituts und des Inclusion Technology Lab (2020) mit 1.767 befragten Familien mit behinderten Kindern in ganz Deutschland.

²⁶ Die IAB-Studie „Berufliche Orientierung: Berufs- und Studienwahl (BerO)“ fand im März und April 2020 mit mehr als 1.000 Gymnasialisten der beiden Abschlussjahrgänge (11. und 12. Klasse) von 195 Schulen in acht Bundesländern während der Schulschließungen auf Basis von Online-Befragungen statt. Eine zweite Befragung fand im Herbst mit 567 Teilnehmenden statt (Anger et al. 2020; 2021).

Abbildung 4: Sorgen um berufliche Zukunft



Beobachtungen: Frühjahr 2020: Befragte ohne Präsenzunterricht (N=1.079), Herbst 2020: Befragte mit Einschränkungen im Präsenzunterricht (N=567). Quelle: Studie Berufliche Orientierung; Berufs- und Studienwahl (BerO), 2020.

Quelle: Anger et al. 2021, S. 7. IAB. Anteil der Befragten des Abiturjahrgangs 2021 die sich große Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen in Prozent.

Anzahl von in der öffentlichen geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % (Statistik Berlin Brandenburg 2021). Die Kernaufgabe der **Förderung der kindlichen Entwicklung** konnte in Kindertagesstätten während der Pandemie nicht in allen Bereichen durchgängig gewährleistet werden (Corona-KiTa-Studie 2021b: 14). Insbesondere im zweiten Lockdown zeigte sich ein Rückgang der Förderung, vor allem in den Bereichen Elternarbeit, interkulturelle Angebote und Vorschularbeit (ebd.: 15). Das Prä-Lockdown-Niveau von 2020 konnte aber 2021 in fast allen Bereichen wieder erreicht werden (ebd.: 15).

- Daten aus Schuleingangsuntersuchungen aus dem Schuljahr 2020/2021 zeigen negative Auswirkungen der Pandemie auf die Sprachkompetenzen in Deutsch von Kindern. Der Anteil der Kinder mit **Sprachförderbedarf** ist im Vergleich zu 2017/2018 von 18 % auf 21 % angestiegen²⁷ (Bantel et al. 2021: 4). Bei Kindern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status oder

mit **Migrationshintergrund** haben Sprachauffälligkeiten dabei überproportional zugenommen (ebd.: 9). So zeigten beispielsweise 60 % der Kinder von Eltern nicht-deutscher Herkunft nach dem ersten Lockdown einen auffälligen Befund in der Pluralbildung (ebd.: 6).

- Während des ersten Lockdowns haben **Lernzeiten zu Hause**, insbesondere bei älteren Kindern und bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zugenommen (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 16; Zinn & Bayer 2021: 2). Das Bildungsniveau der Eltern spielte dabei während des Lockdowns keine Rolle (Zinn & Bayer 2021). Ein anderes Bild zeigte sich nach der (stufenweisen) Wiedereröffnung der Schulen: Kinder und Jugendliche von Eltern mit hoher Bildung lernten im Schnitt 50 Minuten länger pro Tag als Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedriger Bildung (ebd.: 3). Insgesamt schätzten Eltern die Lernerfolge ihrer Kinder im Distanzunterricht geringer ein: 63 % der Eltern gaben an, dass ihr Kind im Distanzunterricht ‚viel weniger‘ gelernt habe als in der Schule (Bujard et al. 2021: 68). Die **Förderung der Kinder im Distanzunterricht** schätzten benachteiligte Elterngruppen dabei geringer

²⁷ Die Daten liegen nur für Schulen der Region Hannover vor, nicht für den gesamtdeutschen Bereich oder spezifisch für Berlin.

ein als gut gestellte Elternhäuser: 10 % der **Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status** und 29 % der Eltern mit hohem sozioökonomischen Status gaben an, ihr Kind auch von zu Hause aus gut fördern zu können (BMFSFJ 2020: 8f.). Alleinerziehende hatten mit 56 % häufiger Sorgen um langfristige Nachteile für ihre Kinder infolge der fehlenden institutionellen Förderung als die befragten Eltern insgesamt (43 %) (ebd.: 9.).

- Auch hinsichtlich der **Ausstattung mit Endgeräten mit Internetanschlüssen** waren Familien mit Kindern ohne Grundsicherungsbezug vor der Pandemie besser gestellt als Familien mit Grundsicherungsbezug (78 % vs. 97 %) (Bähr et al. 2020: 5). Kinder und Jugendliche aus **armutsbetroffenen Familien** waren dadurch bei der Umsetzung des Distanzunterrichts deutlich häufiger eingeschränkt als ihre Altersgenossen aus nicht armen Familien. Das Land Berlin reagierte auf diesen Bedarf im Rahmen der Pandemiebewältigungsstrategie mit der Verteilung von rund 50.000 Tablets an sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler (SenBJF 2021: 50).
- Förderschulen und Behindertenwerkstätten wurden in der Pandemie früh und anhaltend geschlossen, um die Risikogruppe der **Kinder und Jugendlichen mit Behinderung** vor einer Ansteckung zu schützen (Müller & Gaupp 2021: 33, Nakao et al. 2020). Damit fielen nicht nur das schulische Lernen, sondern auch weitere institutionell angebundene sozialtherapeutische Angebote wie Sprachförderung oder Ergotherapie weg (Müller & Gaupp 2021: 33). **Eltern von Schulkindern mit Behinderungen** fühlten sich durch den Wegfall der institutionalisierten Betreuungs- und Förderungsleistungen während der Pandemie häufig überfordert (Goldan et al. 2020, Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020). Lediglich 35 % der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen erhielten von der Kita oder Schule Beratungsangebote, dementsprechend fühlte sich lediglich ein Drittel (30 %) gut unterstützt (Kugelmeier & Schmolze-Krahn: 5). Die Eltern standen vor der Herausforderung, ihre behinderten Kinder gleichzeitig zu betreuen, zu pflegen und sonderpädagogisch zu fördern (ebd.). Durch die **Doppelbelastung** fühlten sich besonders alleinerziehende Eltern, meist Mütter, überfordert (Goldan et al. 2020: 191).
- Der Möglichkeiten zur **Berufsorientierung** und die Chancen auf **Berufsausbildung und einstieg** wurden für junge Menschen durch die Pandemie negativ beeinflusst. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen, stieg von 25 % im Frühjahr 2020 auf 41 % im Herbst 2020 (Anger et al. 2021: 7). Bereits benachteiligte Personengruppen waren dabei besonders betroffen: 45 % der Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss

und 38 % der Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss machten sich **Sorgen um ihre berufliche Zukunft**.

Noch deutlicher war der Unterschied bei Kindern mit Migrationshintergrund (52 %) und Kindern ohne Migrationshintergrund (36 %) (ebd.). Unsicherheiten wurden für junge Menschen dadurch verstärkt, dass Möglichkeiten zur Berufsorientierung eingeschränkt waren (Anger et al. 2020: 66; Barlovic et al. 2021, Starke-Uekermann 2020). In Berlin ist die Jugendberufsagentur (JBA) als strukturelles Angebot Anlaufstelle für die Beratung und Begleitung auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Auch hier brach der Kontakt in der Pandemie insbesondere zu **Jugendlichen mit bestehenden Vermittlungshemmnissen** wie Sprachbarrieren ab (Kestner & Kiepenheuer-Drechsler 2021). Die Möglichkeit, eine Ausbildung nach dem Schulabschluss zu beginnen, war infolge der Corona-Pandemie in Berlin insgesamt reduziert. Die Zahlen der Auszubildenden und der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen ging in Berlin in der Pandemie zurück: Im Schuljahr 2020/21 besuchten 4,7 % weniger Schülerinnen und Schüler eine berufliche Schule als noch im Vorjahr, gleichzeitig gab es einen Rückgang von Auszubildenden um 13,5 % (SenBJF 2021: 92).

2.4 Gesund aufwachsen

Im Handlungsfeld Gesund aufwachsen werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder, Jugendliche und ihre Eltern in den Themenbereichen (1) Bewegung und Ernährung sowie (2) seelische Gesundheit und Gesundheitsvorsorge in den Blick genommen.

Handlungsziele im Feld ‚Gesund aufwachsen‘: Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche ...

- ... sind in der Lage, sich gesund und ausgewogen zu ernähren.
- ... sind in der Lage, sich altersgemäß zu bewegen.
- ... erhalten Unterstützung zur Steigerung der seelischen Gesundheit.
- ... erhalten Unterstützung, Angebote der Gesundheitsversorgung zu nutzen.

Wie hat sich die Corona-Pandemie auf das Sportverhalten und die Ernährung von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt?

Sportliche Aktivitäten und eine ausgewogene Ernährung sind wichtige Faktoren für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Im Zuge der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie konnten institutionell

organisierte Sportangebote beispielsweise an Schulen oder Vereinen gar nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. Im Vergleich zum vorpandemischen Zeitraum hat dementsprechend die genutzte Zeit für organisierte Sportaktivitäten bei Kindern und Jugendlichen während des ersten Lockdowns stark abgenommen (Schmidt et al. 2020).²⁸ Die genutzte Zeit für sogenannte nichtorganisierte Sportaktivitäten dagegen nahm um achtzehn Minuten pro Tag zu (ebd.: 2). Nichtorganisierte Sportaktivitäten konnten den Wegfall von organisierten Sportaktivitäten für Kinder und Jugendliche aber nicht vollständig kompensieren: Insgesamt hat sich die durchschnittliche sportliche Aktivität pro Tag um elf Minuten reduziert (ebd.: 2). Gleichzeitig nahm die Bewegung durch Alltagsaktivitäten, wie z. B. Spaziergehen, Fahrradfahren oder draußen spielen, während des ersten Lockdowns zu. Kinder und Jugendliche bewegten sich durchschnittlich 36 Minuten länger pro Tag aktiv als vor dem Lockdown (Bujard et al. 2021: 37). Allerdings muss dabei beachtet werden, dass Alltagsaktivitäten nicht die gleiche Intensität wie sportliches Training haben und auch der soziale Aspekt bei dieser Art von Bewegung entfällt (ebd.). Zudem konnte der Wegfall organisierter sportlicher Aktivitäten nicht von allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen kompensiert werden. So hatten Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau beim ersten Lockdown im Frühjahr 2020 ein geringeres Aktivitätsniveau als Kinder von Eltern mit einem höheren Bildungsniveau (ebd.).

Im zweiten bundesweiten Lockdown Ende 2020 veränderte sich die Situation: Sowohl organisierte Sportaktivitäten als auch nichtorganisierte Sportaktivitäten gingen im Vergleich zu vorpandemischen Werten insgesamt zurück (Schmidt et al., 2021). Die kompensatorische Wirkung von nichtorganisierten Sportaktivitäten im Sommer-Lockdown konnte somit für den Winter-Lockdown nicht bestätigt werden (ebd.). In einer weiteren Befragung von Kindern und Jugendlichen zu sportlichen Aktivitäten während der Corona-Pandemie wurde festgestellt, dass jede fünfte Person gar keinen sportlichen Aktivitäten nachgeht (Ravens-Sieberer et al. 2021: 7).

Eine Verschlechterung des Gesundheitsniveaus bzw. Gesundheitsverhaltens der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf die Ernährung wurde empirisch dokumentiert (Ravens-Sieberer et al. 2021; Profeta et al. 2021). Insgesamt gab es in der deutschen Bevölkerung signifikante Rückgänge in der Verzehrhäufigkeit von Obst/Gemüse und Fisch/Fleisch bei gleichzeitig signifikanten Anstiegen bei dem Verzehr von Konserven, Fertiggerichten, Keksen/Gebäck, Süßwaren und Alkohol (Profeta et al. 2021: 9). Die pandemiebedingten Veränderungen in der Ernährung

trafen Kinder und Jugendliche differenziert nach sozioökonomischem Status ungleich. Familienhaushalte mit pandemiebedingten Einkommensverlusten reduzierten ihren Obst und Gemüsekonsum häufiger (18 %) als vergleichbare Haushalte ohne Einkommenseinbußen (11%) (ebd.). Analog steigerten sie häufiger den Konsum von Fertigprodukten (28 % vs. 17%) und Alkohol (21% vs. 12%) und konsumierten mit 29 % (vs. 18 %) überproportional weniger Fleisch (ebd.). In der COPSY-Studie wurde eine Zunahme beim Verzehr von Süßigkeiten bei einem Viertel der befragten Kinder bzw. Jugendlichen festgestellt; inwiefern sich dieser Befund nach sozioökonomischem Status der Familien unterscheidet, lässt sich nicht beurteilen (Ravens-Sieberer et al. 2021: 7).

Vor dem Hintergrund der allgemein zunehmenden Ernährungsarmut bei Kindern (Biesalski 2021, Dunn et al. 2021, Liffon & Beavers 2021), stellt die Zunahme an ungesunder Ernährung infolge der Corona-Pandemie insbesondere in armutsgefährdeten Familien eine Herausforderung dar. Seit 2019 hat jedes Grundschulkind in Berlin – im Rahmen des Bildungspakets – Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen; in Kindertageseinrichtungen besteht dieser Anspruch für Kinder mit einem BuT-Pass²⁹ (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin o. D.). Infolge der Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen fiel das kostenlose Mittagessen für viele Berliner Kinder weg. Die zusätzliche wöchentliche Belastung pro Kind, die durch ausfallende kostenlose oder kostengeringe Schulverpflegung entstanden ist, lag in Deutschland bei fünfzehn bis 25 Euro (Biesalski 2021: 319). In armutsbetroffenen oder -gefährdeten Familien reichen die finanziellen Mittel kaum aus, um Kinder und Jugendliche gesund zu ernähren. Zusätzlich fehlen in manchen Haushalten die Kenntnisse in Bezug auf kostengünstige gesunde Ernährung, sodass stattdessen zu Fast Food gegriffen wird (Biesalski 2021: 318). Ernährungssicherheit³⁰ konnte in der Pandemie demnach insbesondere für armutsbetroffene Familien nicht gleichermaßen wie für sozioökonomisch besser gestellte Familien gewährleistet werden (ebd.). Das zeigte sich auch an der steigenden Anzahl von Menschen und Familien, die in der Pandemie die Tafeln genutzt haben (ebd.). Die meisten Tafelnutzerinnen und Tafelnutzer bezogen ALG II (Zunahme um 33 %) oder waren in Kurzarbeit (Zunahme um 35 %) (Tafel 2021). Insbesondere Alleinerziehende waren vor der Pandemie von Ernährungsunsicherheit betroffen: In einer Umfrage mit Tafelnutzerinnen und Tafelnutzern gaben 81% der Alleinerziehenden an, in den letzten zwölf

28 In der Motorik Modul-Studie (MoMoStudie), wird seit 2003 die motorische Leistungsfähigkeit, körperlich-sportliche Aktivitäten sowie ihre Wirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen untersucht. Daher können während der Pandemie entstandene Veränderungen mit den Erkenntnissen aus den vorpandemischen Zeiten verglichen werden.

29 Der Berlinpass Bildung und Teilhabe (BuT) ermöglicht Personen die Leistungen nach SGB II beziehen, vergünstigte oder kostenlose Teilhabe am öffentlichen Leben sowie Bildung.

30 Gemäß der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) besteht dann eine Ernährungssicherheit, wenn alle Menschen zu allen Zeiten physischen sozialen und ökonomischen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln haben, die ihren Nahrungsbedarf und ihre Nahrungspräferenzen für ein aktives und gesundes Leben sichern. Das Gegenteil von Ernährungssicherheit wird als Ernährungsunsicherheit oder auch als Ernährungsarmut bezeichnet (Biesalski 2021: 318).

Monaten Ernährungsunsicherheit erlebt zu haben (Depa et al. 2018: 100). Für den pandemischen Zeitraum liegen hierzu keine Daten vor, es kann aber angenommen werden, dass die Pandemie die Situation auch für Alleinerziehende weiter verschärft hat.

Wie hat sich die Corona-Pandemie auf die psychische Gesundheit und die gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihren Familien ausgewirkt?

Die Corona-Pandemie stellt für Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern eine besonders hohe Belastungssituation dar. Nicht nur war die soziale und kulturelle Teilhabe eingeschränkt, auch die Lebenswelt Zuhause veränderte sich für viele Familien durch beispielsweise die Schließung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen oder durch Kurzarbeit. Insgesamt zeigen Studien zur psychischen Gesundheit und Lebensqualität von Familien in der Pandemie, dass es zwar individuell positive Veränderungen wie beispielsweise weniger Schulstress gab, die negativen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche aber deutlich überwiegen (z. B. Ravens-Sieberer et al. 2021, Cohen & Oppermann 2020, Bernuber & Gaupp 2021, Andresen et al. 2020). Dementsprechend hat sich die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zum Zeitraum vor der Pandemie deutlich verschlechtert (Ravens-Sieberer et al. 2021: 4).³¹ In der Pandemie gaben 40 % der Kinder und Jugendlichen an, eine geringe gesundheitsbezogene Lebensqualität zu haben, im vorpandemischen Zeitraum betrug der Anteil noch 15 % (Ravens-Sieberer 2020, 2021).³²

Auch die Prävalenz für psychische Auffälligkeiten ist in der Pandemie von 18 % vor Krisenbeginn auf 30 % während der Krise gestiegen (ebd.: 6). Kinder und Jugendliche gaben in der Befragung höhere Ängstlichkeitswerte an als vor der Pandemie (ebd.). Die Zunahme von psychischen Störungen und Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen lässt sich auch für das Land Berlin bestätigen. Die Auswertung von Krankenhausdaten³³ zeigte, dass sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit depressiven Episoden in Berliner Krankenhäusern stationär behandelt wurden, im 1. Halbjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr mit einer Steigerung um 84 % nahezu verdoppelt hat (DAK-Studie 2021). Analog gaben Berlinerinnen und Berliner in

einer großen Befragung³⁴ an, dass ihre psychische Belastung während der Pandemie gestiegen ist (Singer et al. 2021). Dabei zeigten sich insbesondere junge Berlinerinnen und Berliner durch die Pandemie belastet: Jüngere Personen zwischen 18 und 25 Jahren gaben im Durchschnitt zu allen Messzeitpunkten höhere Werte in Bezug auf Depressivität, Ängstlichkeit und Einsamkeit an als ältere Personengruppen (Singer et al. 2021: 59). Neben depressiven Erkrankungen und suizidalen Krisen kam es durch überlastete Familiensysteme bundesweit sowie auch in Berlin vermehrt zu häuslicher Gewalt, insbesondere in Familien mit finanziellen Sorgen oder Einbußen (bundesweit: Steinert & Ebert 2020; Berlin: Hübgen et al. 2021: 117). Gleichzeitig waren Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und ihre Familien während der Pandemie nur eingeschränkt zugänglich. Analog gaben Eltern und Jugendliche in Befragungen an, sich während der Pandemie nicht ausreichend unterstützt gefühlt zu haben (siehe: Anger et al. 2021; Andresen et al. 2020; Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020; BMSFJ 2020).

Die Auswirkungen der Pandemie auf die körperliche und psychische Gesundheit haben dabei insbesondere vulnerable Kinder und Jugendliche getroffen. Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten Familien, Elternhäusern mit niedrigen Bildungsniveau, Familien mit Migrationshintergrund sowie Kinder mit Behinderungen sind auch im Bereich „Gesund aufwachsen“ besonderen Risiken ausgesetzt. So berichteten Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss mehr als doppelt so häufig, dass die Veränderungen durch die COVID-19-Pandemie äußerst belastend seien (Ravens-Sieberer et al. 2021: 6). Eltern mit hoher Bildung gaben zu 71 % an, dass ihr Kind die aktuelle Situation eher gut oder sehr gut bewältigen würden, Eltern mit niedriger bis mittlerer Bildung dagegen zu 59 % (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 22). Auch das Haushaltseinkommen spielte bei der Einschätzung der Eltern eine wesentliche Rolle: 15 % der Eltern, die nach eigenen Angaben sehr schwer mit ihrem Einkommen zurechtkamen, aber nur 2 % der Eltern, die gut von ihrem Einkommen leben konnten, gaben an, dass ihr Kind gar nicht gut mit der aktuellen Situation zurechtkomme (ebd., siehe Abbildung 5).

Auch bei einer Befragung von Jugendlichen selbst zeigten sich Unterschiede nach Bildungsniveau der Eltern und Migrationshintergrund. Jugendliche aus nicht-akademischen Elternhäusern waren einem höheren Risiko für eine psychische Erkrankung ausgesetzt als Jugendliche aus akademischen Elternhäusern (56 % vs. 49 %)³⁵ (Anger et al. 2021: 9). Ebenso waren

31 Befragung von 1.586 Eltern von 7 bis 17jährigen Kindern und Jugendlichen sowie 1.040 Kindern im Alter von 11 bis 17 Jahren.

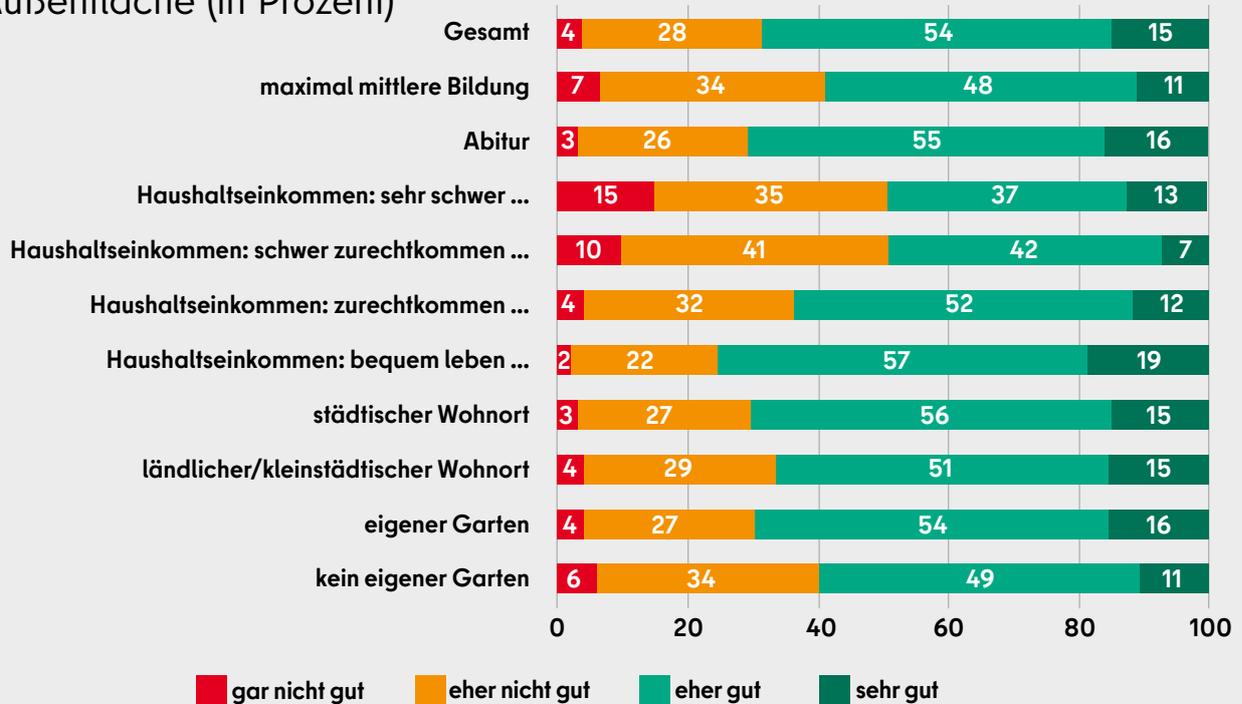
32 Die BELLA-Studie ist das Modul zur Messung der psychischen Gesundheit aus der Gesamtstudie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS), welche seit 2003 in Kooperation mit dem Robert Koch-Institut durchgeführt wird (Lange et al 2018). In der COPSY-Studie wurden zur Vergleichbarkeit die gleichen etablierten Fragebögen genutzt, wie in der BELLA-Studie (Ravens-Sieberer et al 2021).

33 Im Rahmen einer DAK-Sonderanalyse im Jahr 2020 wurden die anonymisierten Krankenhausdaten von mehr als 38.000 Berliner Kinder und Jugendlichen im Alter von null bis 17 Jahren untersucht und mit den Daten von 2019 verglichen.

34 Die breit angelegte Studie der Max-Planck-Gesellschaft „CovSocial“ untersuchte die psychische Gesundheit, Widerstandsfähigkeit und Veränderungen im sozialen Gefüge von insgesamt 1.259 Berlinerinnen und Berlinern zu sieben Messzeitpunkten.

35 Für die Erfassung der psychischen Belastung wurde die Skala der Hopkins Symptom Checklist (HSCL) verwendet, die bei einer Häufung von Symptomen, ein erhöhtes Risiko für Angststörungen und Depressionen anzeigt (Anger et al. 2021).

Abbildung 5: Bewältigung der Corona-Krise durch die Kinder nach Bildung der Auskunftsperson, Haushaltseinkommen, Wohnort, eigener Außenfläche (in Prozent)



Quelle: Langmeyer-Tornier et al. 2020, S. 23. Daten aus der Studie „Kindsein in Zeiten von Corona“, n = 158 - 8.022. Fragewortlaut: Wie kommt Ihr Kind mit der aktuellen Situation zurecht?

Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger starker psychischer Belastung ausgesetzt als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (58 % vs. 49 %) (ebd.: 10).

In einer Befragung von Eltern von Kindern zwischen null und sechs Jahren berichteten Eltern mit finanziellen Sorgen insgesamt häufiger über negative Auswirkungen der Pandemie als Eltern, die sich keine Sorgen über finanzielle Probleme machten (Cohen & Oppermann 2020: 14).³⁶ Beispielsweise stimmten Eltern mit finanziellen Sorgen eher den Aussagen zu, dass sie sich durch die Vielzahl der Belastungen häufig gestresst fühlten, dass sie sich den neuen Aufgaben und Anforderungen oft nicht gewachsen fühlten oder dass sie oft am Ende ihrer Kräfte wären und durch die Situation daheim durch das aufeinander Hocken angespannter sei, als Eltern ohne finanzielle Sorgen (Cohen & Oppermann 2020: 14).

Auch wenn armutsgefährdete Familien von Krisen in der Regel stärker betroffen sind, nahmen nur vereinzelt

Studien explizit armutsgefährdete Familien und ihre Lebenslagen in den Blick. Die Umfrage des Netzwerkes Frühe Hilfen Bonn, bei der die Ergebnisse von Eltern mit Sozialleistungsbezug gesondert ausgewertet wurden, verdeutlicht, dass jede zweite armutsbetroffene Familie (50 %) existenzielle Sorgen hatte. In der Gesamtgruppe aller Familien berichteten dagegen nur 20 % von existenziellen Sorgen (Absalon et al. 2020). Existenzielle Sorgen können sich dabei negativ auf die Gesundheit auswirken. Zusätzlich konnten ein Fünftel der von Armut betroffenen Familien keine positiven Aspekte der Pandemie benennen und empfand die Situation ausschließlich als belastend, in der Gesamtgruppe stimmten diesen Aussagen nur jede zehnte Person und damit nur halb so viele der Befragten zu (ebd.: 30).

Situation der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen

Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen waren in der Pandemie stark belastet. Über 46 % der Familien fühlten sich im Frühjahr 2020 mit der Betreuung ihres Kindes überfordert (Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020: 3). Eine Hauptursache ist die multiple Belastung

³⁶ Die Studie „Familien & Kitas in der Corona Zeit“ der Universität Bamberg mit insgesamt 9.436 Eltern von Kindern zwischen null und sechs Jahren untersucht, wie sich finanzielle Sorgen auf die Wahrnehmung der Corona-Situation auswirken. Die befragten Eltern stammen dabei aus allen 16 Bundesländern, wobei Bayern (25 %), Baden-Württemberg (13 %), Nordrhein-Westfalen (13 %) und Berlin (9 %) am stärksten vertreten waren (Cohen & Oppermann 2020: 14).

dieser Familien: der Wegfall der Betreuungs-, Pflege- und Therapiemaßnahmen, die Vereinbarkeit von Haushalt und Beruf, geschlossene Schulen, Kitas und Werkstätten und der Abbruch des Kontaktes zu Bezugspersonen der Kinder mussten gleichzeitig bewältigt werden. Für die Eltern mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sei diese Situation nun ein 24-Stunden-Job (ebd.). Die qualitativen Aussagen der Eltern spiegelten die Belastung wider: Eine Mutter beantwortete im Interview die Frage, was sie sich am meisten in dieser Situation wünsche, mit „wenigstens eine Stunde am Tag Auszeit“ und sie ist mit diesem Wunsch nicht allein (ebd.). Besorgniserregend sind dabei auch die Befunde der Folgebefragungen. Sie verdeutlichen, dass die Überforderung für die Gruppe der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im Laufe der Pandemie gleichbleibend hoch war: Im Sommer 2020 fühlten sich 53 % der Eltern überfordert, bei der Befragung im Sommer 2021 lag der Wert mit 50 % annähernd gleich hoch (Calahorrano et al. 2021: 25). Eltern von Kindern mit Behinderungen konnten demnach keine Verbesserung ihrer Situation über den Pandemie-verlauf wahrnehmen. Zudem zeigte die Studie, dass die Gesundheitsvorsorge der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in der Pandemie nicht sichergestellt werden konnte. Durch den Wegfall von Therapien und sozialmedizinischer Versorgung kam es teils zu Stagnation oder sogar Rückschritten in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen (Calahorrano et al. 2021). In dieser Ausnahmesituation fühlten sich die Eltern allein gelassen, die fehlende Perspektive führte zu körperlichen und psychischen Belastungssymptomen (Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020: 4). Eine weitere Barriere für Eltern von Kindern und Jugendlichen stellten fehlende oder unverständliche bzw. nicht barrierefreie Informationen dar (DVfR 2021). Beispielsweise war für Eltern nicht immer klar verständlich, welche Erkrankungen als coronarelevante Vorerkrankungen gelten. Die Sorge der Eltern, dass entweder ihre Kinder oder sie selbst an COVID-19 erkranken und schwere Verläufe erleiden könnten oder die Betreuung und Pflege der Kinder nicht mehr gewährleisten können, wurde somit verstärkt (Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020: 3).

Die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung unterscheiden sich je nach Art und Schwere der Beeinträchtigung. Lehrkräfte aus inklusiven Sekundarschulen in der Steiermark verwiesen beispielsweise darauf, dass für Kinder und Jugendliche mit einer Autismus-Spektrum-Störung der veränderte Alltag eine besondere Herausforderung darstellte. Zeitliche Rhythmen und feste Bezugspersonen sind für diese Kinder und Jugendliche besonders wichtig. Ein Abweichen von gewohnten Abläufen führt zu Unsicherheiten und Problemen (Bešić & Holzinger 2020). Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen benötigen in der Krise daher unter anderem Unterstützung bei der Betreuung und Pflege sowie eine möglichst genaue Planung von Abläufen (z. B. durch Wochenpläne der Lehrerenden etc.).

Auswirkungen der Corona-Pandemie im Handlungsfeld „Gesund aufwachsen“:

- Im ersten Lockdown hat die genutzte Zeit für organisierte **Sportaktivitäten** bei Kindern und Jugendlichen stark abgenommen, dieser Rückgang konnte aber noch durch eine Zunahme von nichtorganisierten Sportaktivitäten und Alltagsaktivitäten wie Fahrradfahren oder Spaziergehen annähernd kompensiert werden (Bujard et al. 2021: 37; Schmidt et al. 2020). Das Aktivitätsniveau unterschied sich dabei nach **Bildungsniveau der Eltern**: Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau hatten ein geringeres Aktivitätsniveau im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 als Kinder von Eltern mit einem höheren Bildungsniveau (ebd.). Im zweiten bundesweiten Lockdown Ende 2020 konnte keine kompensatorische Wirkung entfaltet werden: sowohl die verwendete Zeit für organisierte Sportaktivitäten, als auch nichtorganisierte Sportaktivitäten sank unter vorpandemische Werte unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern (Schmidt et al., 2021). Gar keinen sportlichen Aktivitäten gingen 19 % der befragten Kinder und Jugendlichen an (Ravens-Sieberer et al. 2021: 7). Es sollten Maßnahmen zur Steigerung des Aktivitätsniveaus, vor allem für Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen bzw. armutsgefährdeten Familien, ergriffen werden (Bujard et al. 2021: 76).
- Das **Ernährungsverhalten** von Kindern und Jugendlichen verschlechterte sich in der Pandemie: Der Verzehr von Konserven, Süßwaren und Fertiggerichten stieg insgesamt, während der Verzehr von Obst und Gemüse sowie Fisch und Fleisch abnahm (Profeta et al. 2021: 9; Ravens-Sieberer et al. 2021: 7). **Familienhaushalte mit pandemiebedingten Einkommensverlusten** reduzierten dabei ihren Obst und Gemüsekonsum häufiger (18 %) als vergleichbaren Haushalten ohne Einkommenseinbußen (11 %) (Profeta et al. 2021: 9). Analog steigerten sie häufiger den Konsum von Fertigprodukten (28 % vs. 17 %) und Alkohol (21 % vs. 12 %) und konsumierten mit 29 % (vs. 18 %) überproportional weniger Fleisch (ebd.). Für Kinder und Jugendliche aus **armutsbetroffenen Familien** in Berlin fielen infolge der Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kostenlose Mittagessen, auf die alle Schulkinder und Kita-Kinder mit BuT-Pass Anspruch haben, weg (Biesalski 2021: 319; Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin o. D.). Dadurch entstanden zusätzliche Kosten für Familien. **Ernährungssicherheit** konnte in der Pandemie demnach insbesondere für armutsbetroffene Familien nicht gleichermaßen wie für sozioökonomisch besser gestellte Familien gewährleistet werden (ebd.). So stieg in der Pandemie die Anzahl der Personen an, die auf die Tafel zurückgriffen und zwar insbesondere bei Menschen in ALG II- oder Kurzarbeitergeld-Bezug

sowie bei Alleinerziehenden (Depa et al. 2018: 100; Tafel 2021).

- In der Pandemie gaben mit 40 % deutlich mehr Kinder und Jugendliche als im vorpandemischen Zeitraum (15 %) an, eine geringe gesundheitsbezogene **Lebensqualität** zu haben (Ravens-Sieberer 2020, 2021). Auch die Prävalenz für **psychische Auffälligkeiten** ist in der Pandemie von 18 % vor Krisenbeginn auf 30 % während der Krise gestiegen (ebd.: 6). Zahlen zu Behandlungen in Krankenhäusern von Kindern und Jugendlichen wegen depressiver Episoden (mit 84 % fast doppelt so hoch wie im Vorjahr) und Befragungserkenntnisse bestätigen die Zunahme von psychischen Störungen und Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen auch für Berlin (DAK-Studie 2021; Singer et al. 2021). Auffälligkeiten häuften sich dabei bei Kindern und Jugendlichen aus **sozial benachteiligten Personengruppen**. Jugendliche aus nicht-akademischen Elternhäusern waren einem höheren Risiko für eine psychische Erkrankung ausgesetzt als Jugendliche aus akademischen Elternhäusern (56 % vs. 49 %) ³⁷ (Anger et al. 2021: 9). Ebenso waren Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger starker psychischer Belastung ausgesetzt als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (58 % vs. 49 %) (ebd.: 10). Eltern mit niedriger Bildung bewerteten die Krisenbewältigung ihrer Kinder seltener als gut (59 % vs. 71 %) und Eltern mit nicht ausreichendem Einkommen gaben eher an, dass ihr Kind sehr schlecht mit der Situation zurechtkomme (15 % vs. 2 %) (Langmeyer-Tornier et al. 2020: 22).
- Über 46 % der **Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen** fühlten sich im Frühjahr 2020 mit der Betreuung ihres Kindes überfordert (Kugelmeier & Schmolze-Krahn 2020: 3). Diese Überforderung blieb im Laufe der Pandemie auf einem anhaltend hohen Niveau: Im Sommer 2020 fühlten sich 53 % der Eltern überfordert, im Sommer 2021 lag der Wert fast gleichbleibend hoch bei 50 % (Calahorrano et al. 2021: 25). Die **Gesundheitsversorgung** der Kinder und Jugendlichen konnte durch den Wegfall von Therapien und sozialmedizinischer Versorgung nicht vollständig gewährleistet werden, sodass es teils zu **Stagnation oder sogar Rückschritten in der Entwicklung** der Kinder und Jugendlichen (Calahorrano et al. 2021). Die gesundheitlichen Auswirkungen unterscheiden sich dabei unter anderem nach Art und Schwere der Beeinträchtigung. Als Beispiel verwiesen Lehrkräfte aus inklusiven Sekundarschulen auf die Bedeutung fester Alltagsstrukturen und Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche mit einer Autismus-Spektrum-Störung der (Bešić & Holzinger 2020). ▶

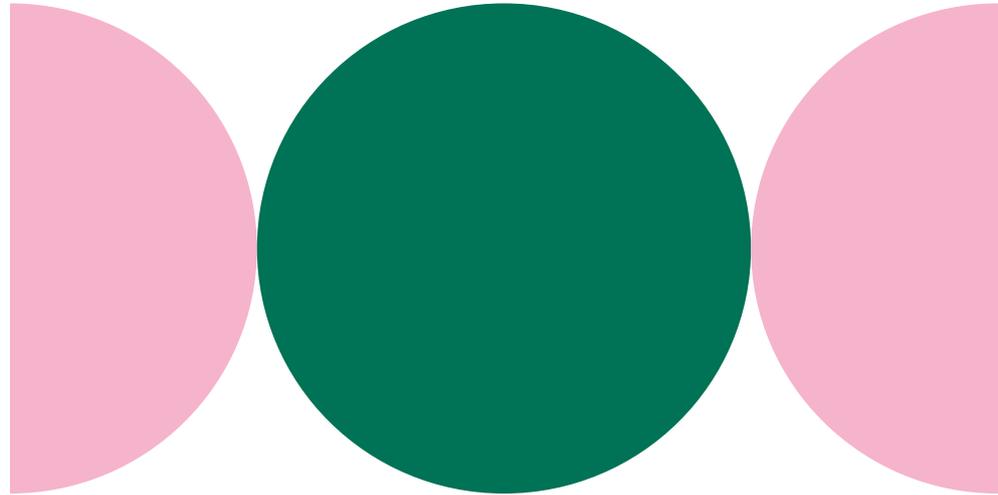


³⁷ Für die Erfassung der psychischen Belastung wurde die Skala der Hopkins Symptom Checklist (HSCL) verwendet, die bei einer Häufung von Symptomen, ein erhöhtes Risiko für Angststörungen und Depressionen anzeigt (Anger et al. 2021).

3. Empirische Untersuchung von Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Wie in dem vorangegangenen Kapitel dargelegt wurde, hat die Corona-Pandemie armutsbetroffene Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen vor große Herausforderungen gestellt. Die Herausforderungen und Hürden sind dabei teilweise die gleichen wie in der Allgemeinbevölkerung und teilweise sehr spezifisch.

Wie in diesem Kapitel nochmals verdeutlicht wird, erschweren Pflege oder sonderpädagogische Bedarfe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sowie fehlende materielle Ressourcen der Familien eine Krisenbewältigung. Das für die Krisenbewältigung zur Verfügung stehende Unterstützungssystem ist gleichzeitig stark an den Sozialraum gekoppelt. Um die Zielgruppe bedarfsgerecht zu unterstützen, braucht es strukturelle Maßnahmen, die an der tatsächlichen Lebensrealität und den Bedarfen der Familien und Kinder in Berlin ansetzen. Nachfolgend wird angestrebt, sich dieser Lebensrealität mithilfe von Interviews mit Expertinnen der Selbsthilfe und vier armutsbetroffenen Müttern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen exemplarisch anzunähern. Im Mittelpunkt stehen die nachfolgenden Fragen:



- Welche bestehenden Probleme sind durch die Pandemie verschärft worden?
- Wie wirkte sich die Pandemie auf unterschiedliche Lebenslagen der Familien aus?
- Was wünschen sie sich und was erwarten sie von der Politik, damit ihre Gesamtsituation verbessert werden kann?

Nachfolgend werden die interviewten Personen kurz vorgestellt.

Expertin I ist seit 2020 als Beraterin in einem Berliner Selbsthilfeverein tätig. Ihre Haupttätigkeiten sind die Beratung zur Beschulung der Kinder sowie die Beratung der Eltern mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen rund um das Thema Unterstützungssystem. Sie ist seit zehn Jahren in der Selbsthilfe aktiv, unter anderem bei der Bundesvereinigung Eltern blinder und sehbehinderter Kinder, beim Berliner Bündnis für schulische Inklusion und sie hat als Arbeitsassistentin gearbeitet. Zudem ist sie Mitglied im Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen. Ihre Klientel besteht überwiegend aus Eltern mit

akademischem Hintergrund, das Alter und die Art der Beeinträchtigung der Kinder sind durchmischt. Sie ist Mutter eines 13-jährigen Sohnes mit geistiger Behinderung und Blindheit.

Expertin II ist seit 2013 in Teilzeit bei einem Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin tätig und für die Netzwerkarbeit sowie kollegiale Fachberatung insbesondere in sozial- bzw. teilhaberechtlichen Fragen zuständig. Darüber hinaus arbeitet sie seit mehreren Jahren ehrenamtlich in der Selbsthilfe. Seit 2011 ist sie Mitglied im Landesbeirat für Menschen mit Behinderung, im Landesjugendhilfeausschuss (stellvertretend für die Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen) sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen für Menschen mit Behinderungen nach dem Landesgleichberechtigungsgesetz im Berliner Senat. Ein Sohn aus dem Autismus-Spektrum lebt in der Familie.

Expertin III ist seit 2014 in einem Berliner Verein als Koordinatorin angestellt. Ihre Hauptaufgabe besteht in der

Koordination der Freizeitangebote des Vereins (aktuell sechs Gruppenangebote). Die Angebote des Vereins richten sich primär an Migrantinnen und Migranten und geflüchtete Personen mit Behinderungen sowie deren Angehörige. Der Verein bietet über Freizeitangebote auch Beratung und Selbsthilfe an. Die Altersgruppen und die Art der Beeinträchtigung sind bei der Klientel gemischt. Sie ist Mutter eines Sohnes mit Behinderung.

Frau E. ist gebürtige Berlinerin und lebt als alleinerziehende Mutter mit ihrem zwölf Jahre alten Sohn in einer Hausgemeinschaft. Sie hat einen Masterabschluss, seit 2018 ist sie aber fast vollzeitpflegend für ihren Sohn da. Einen Vormittag die Woche arbeitet Frau E. als Minijobberin in der Behindertenhilfe. Die Familie lebt von dem Einkommen aus dem Minijob sowie Sozialbezügen. Der Sohn von Frau E. hat infolge einer infantilen Zerebralparese eine starke motorische Behinderung (Muskelhypotonie, leichte Spastik, Koordinationsstörung) sowie Epilepsie. Er braucht daher bei fast allen Alltagsaktivitäten Unterstützung und besucht eine Förderschule.

Frau Z. ist gebürtige Berlinerin, die Eltern haben einen Migrationshintergrund aus der Türkei. Sie ist alleinerziehende Mutter von zwei Söhnen im Alter von 20 und 22 Jahren; beide Söhne leben weiterhin in ihrem Haushalt. Frau Z. hat einen Schulabschluss aber keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von Anfang 2020 bis Ende 2021 hat sie im Bereich Integration gearbeitet, den Beruf jedoch Ende 2021 aufgrund von psychischer Belastung aufgegeben. Aktuell lebt die Familie von Sozialbezügen und Krankengeld. Beim älteren Sohn von Frau Z. lassen sich bereits seit dem 13. Lebensjahr Anzeichen für eine geistige Behinderung identifizieren, diese wurden jedoch bisher nicht diagnostiziert. Zu Beginn der Pandemie verschärften sich die Symptome. Er verlässt kaum sein Zimmer und zeigt Verhaltensauffälligkeiten wie Paranoia/Verfolgungswahn, Drohverhalten gegenüber der Familie, sozialen Rückzug und depressive Symptome. Die Verdachtsdiagnose lautet Depressionen und Autismus. Der jüngere Sohn hat keine Behinderung und besucht noch die Schule.

Frau H. ist vor einigen Jahren nach Berlin gezogen. Sie ist geschieden und teilt sich für ihre drei Kinder das Sorgerecht mit dem Ex-Mann. Frau H. hat einen Masterabschluss, sie ist aber fast vollzeitpflegend für ihr ältestes Kind tätig. Seit 2020 geht sie einer Teilzeitbeschäftigung mit wenigen Stunden die Woche nach. Neben den Einnahmen aus der Teilzeitbeschäftigung lebt die Familie primär von Sozialbezügen. Die beiden jüngeren Kinder von Frau H. sind im Vorschulalter und besuchen die Kita. Das älteste Kind ist im Schulalter und hat einen Grad der Behinderung von 100. Das Kind ist mehrfachbehindert, vor allem körperlich, und kann daher nur zeitweise die Schule besuchen.

Frau L. ist gebürtige Berlinerin. Sie hat zwei Kinder, die sie gemeinsam mit ihrem Mann großzieht. Der ältere Sohn, der eine Behinderung hat, stammt aus einer vorherigen Beziehung. Es besteht guter Kontakt zum Ex-Mann. Seit 2011 ist sie vollzeitpflegend für ihren älteren Sohn tätig. Zuvor hat Frau L. in verschiedenen Bereichen, beispielsweise in der Pflege gearbeitet. Die Familie lebt vom Einkommen des Mannes aus seiner Anstellung im Bereich Lieferservice sowie von Sozialbezügen. Der ältere Sohn von Frau L. ist 20 Jahre alt und besucht eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung, er lebt noch im Haushalt der Mutter. Er hat infolge eines Gendefektes eine körperliche und geistige Behinderung. Der jüngere Sohn ist vier Jahre alt und besucht noch die Kita.

3.1 Bestehende Probleme, die durch die Pandemie verschärft wurden

Die Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen waren in der Corona-Pandemie mit vielfältigen Hürden und Problemlagen konfrontiert. Einige Problemlagen standen im direkten Bezug zu der Pandemie, wie beispielsweise die Schließung von Bildungseinrichtungen im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus. Nicht alle Probleme, denen sich die Familien gegenübersehen, lassen sich aber direkt auf die Pandemie zurückführen. Viele Probleme, wie der Fachkräftemangel im sozialpädagogischen und pflegerischen Bereich, bestanden bereits vor der Pandemie. In der Krisenbewältigung spürten die Familien diese Probleme besonders, oft wurden sie durch die Pandemie nochmals verstärkt oder wie in einem Brennglas in den Fokus gerückt. In diesem Kapitel werden grundsätzliche Probleme, die durch die Pandemie verschärft wurden, zuerst als übergeordnete Kernaussagen der Interviews eingeführt und nachgehend anhand der Aussagen der Interviewpartnerinnen beispielhaft näher ausgeführt. Im ersten Abschnitt werden strukturelle Problemlagen im Unterstützungssystem aufgezeigt, denen die Familien in ihrem Lebensalltag begegnen. Der zweite Abschnitt verweist auf die Verschränkung von multiplen Benachteiligungen bei den Familien, wie Armutsbetroffenheit und Behinderungen.

3.1.1 Strukturelle Problemlagen im Unterstützungssystem

Bereits vor Beginn der Corona-Pandemie begegneten Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien strukturellen Barrieren im Unterstützungssystem, die den Zugang zu bedarfsgerechten Hilfen und tatsächlicher gesellschaftlicher Teilhabe erschweren. In den Interviews benannten die Expertinnen und die Familien ein allgemeines Informationsdefizit, die Verteilung von Zuständigkeiten auf viele verschiedene Stellen sowie den Fachkräftemangel als Kernproblematiken. Diese werden im Folgenden dargestellt.

3.1.1.1 Informationsdefizit

Bei den betroffenen Familien bestehen ein erhebliches Informationsdefizit und Zugangshürden in Bezug auf das Unterstützungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Insbesondere in der Pandemie wurde deutlich, dass es in der Regel nur gut vernetzten Familien mit strategischem Wissen über das Hilfesystem gelingt, ihnen zustehende Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Bei den Familien, die zu den Beratungsstellen und Vereinen kommen, besteht ein erhebliches Informationsdefizit in Bezug auf das Unterstützungssystem. Es gibt aktuell laut den Expertinnen in Berlin keine gebündelten, übersichtlichen und zielgruppengerecht aufbereiteten Informationen für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Diese Einschätzung spiegelt sich in den Erfahrungen der Familien wider, die die Informationssuche als ressourcenzehrend wahrnehmen. Die Expertinnen benennen dieses Defizit als strukturelles Problem, das in der gesamten Bundesrepublik eine Hürde für Betroffene darstellt. In Berlin verschärft sich die Situation durch bezirksspezifische Unterschiede im Unterstützungssystem, die ein Zurechtfinden erschweren. Insgesamt müssen sich die Betroffenen an viele verschiedene Anlaufstellen wenden, um adäquate Unterstützung zu erhalten. Die Verortung von Ansprüchen auf Leistungen oder Hilfsmittel bei verschiedenen Anlaufstellen stellt eine weitere strukturelle Hürde für die Familien dar. In den nachfolgenden Zitaten werden diese Missstände ausführlich beleuchtet:

„Das ist ein grundsätzlicher Bedarf. [...] Und das liegt darin begründet, dass die verschiedenen Leistungen unterschiedlichen Kostenträgern zugeordnet sind. Es gibt die unterschiedlichen Sozialgesetzbücher und aus Nummer 5 kriegt man das von der Krankenkasse, aus Nummer 11 das von der Pflegekasse, aus Nummer 8 kriegt man Unterstützung für die Familie und aus Num-

mer 9 bekommt man Leistungen, um überhaupt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können. Und das sind ja schon einmal vier Gesetzbücher. Und wenn es dann noch um ALG II oder so was geht, wegen Berufsunfähigkeit, man muss ja alles wuppen. Man kann dann also nicht arbeiten, also muss man sich noch mit SGB 2 beschäftigen. Und das ist ein strukturelles, generelles Problem. Und dass es keine zentrale Anlaufstelle gibt, sondern so und so viele Stellen. Und niemand, der das mit den Familien macht.“ (Expertin II: 28)

„Also man könnte fast wie eine eigene Ausbildung oder so ein Studium noch mal irgendwie dazu belegen und auch sich eben im Sozialgesetzbuch eigentlich fortbilden und auskennen müssen, weil halt die Informationen so wenig transparent dargestellt sind.“ (Expertin I: 43)

Sowohl für die Familien als auch für die Fachkräfte bedeutet es einen hohen Aufwand, die relevanten Informationen bezogen auf die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen aus vielen unterschiedlichen Dokumenten, Formularen und Verordnungen herauszufiltern und auf die eigene Situation anzuwenden. Eine Mutter bezeichnet die Informationslage als „Klecker-Problem“: Informationen müssten sich die Familien stückchenweise selbst zusammensuchen, das brauche Vernetzung und gute Ressourcen.

„Ich bin jemand, der unglaublich viel recherchiert und unglaublich viel auch fordert. Also ich fordere auch ein. Aber ich kenne so viele Familien, die das nicht können oder nicht wollen oder keine Kapazitäten haben oder das auch überhaupt nicht wissen und auch nicht recherchieren können. Und all die, [...] von den Hilfen nichts wussten, das irgendwie alleine hingekriegt haben und da auch nicht kämpfen für. Ich habe gesagt, ich kriege es, weil ich gekämpft habe. Aber das darf es doch nicht sein. Also es darf ja nicht sein, dass nur, weil ich kämpfen kann, es dann kriege. Und all die Familien, die nicht kämpfen können, die kriegen es nicht.“ (Frau E.: 126)

Diese Problematik ist für die Betroffenen und die Expertinnen nicht neu, die Situation hat sich allerdings während der Pandemie weiter verschärft. Die Expertinnen berichten beispielsweise von Problemen, Informationen zu Themen wie der Zugehörigkeit zu priorisierten Gruppen bei der Impfung oder Ansprüche auf Notfallbetreuung zu erhalten. Die nachfolgenden Zitate gestatten einen Einblick in die Praxis der Beratungsstellen. Eine Expertin berichtet von der Überlastung der Beratungsstellen durch die hohe Bedarfslage bei den Familien:

„Sie [Familien mit Kindern mit Behinderungen, Anm. d. V.] wurden eigentlich komplett vergessen

am Anfang. Und das ist etwas, wo wir von Beginn an gesagt haben und dann auch nach ungefähr eineinhalb Monaten im April, gerade ich, das war mir das größte Bedürfnis zu meiner eigenen Entlastung und der Entlastung der Elternvereine auch, diese irre Flut von Notrufen bewältigen zu können, daran zu arbeiten, einzufordern, wir hätten gerne, wir brauchen separat für diese Zielgruppe Informationen im Internet, wo wir die Eltern auch darauf hinweisen können.“ (Expertin II: 40)

Auf die fehlenden zielgruppengerechten Informationen für die Familien weist auch eine weitere Expertin hin:

„Diese Zielgruppe [Kinder mit Behinderungen, Anm. d.V.] steht doch in allen Unterlagen. [...] Und wir haben aber eingefordert oder gesagt: Das ist oft missverständlich. Da steht irgendwo zwischendrin mal: Ja, für Schüler an den Förderschulen trifft dann das und das zu. In einem dreiseitenlangen Dokument, wo es um Gymnasiasten geht und Grundschüler und weiß ich nicht was. [...] Und wir haben immer wieder gesagt, das finden Eltern nicht. Diese Eltern finden so was nicht. Ist sowieso alles erschlagend.“ (Expertin II: 50)

Auch für die Familien selbst waren die relevanten Informationen in der Pandemie nicht transparent. Die Informationen der Schulen bezüglich Kindern mit Behinderungen wurden von den Müttern ähnlich wie von den Expertinnen beschrieben und als nicht ausreichend, intransparent und nicht spezifisch genug wahrgenommen. Die Familien bräuchten zeitnahe und bedarfsgerechte Hilfen und Informationen. Eine Mutter kritisiert, dass gerade in der Pandemie Familien, die keine Ressourcen für die Informationssuche und das Durchsetzen von Ansprüchen bzw. Stellen von Anträgen hatten, nicht an adäquate Unterstützung gelangt sind:

„Und auch da hat es erst mal lange gedauert, bis ich verstanden habe, dass ich zum Beispiel die Einzelfallhilfe, die Förderung am Nachmittag aufstocken kann. Ich kenne Familien, die haben das überhaupt nicht im Blick gehabt und haben erst nach einem Jahr, in dem sie auch kein Schulhelfer – also die meisten haben eben über das SIBUZ, das heißt klassenbezogene Schulhelfer. Die können die Schulhelfer gar nicht nach Hause holen, weil es eben nicht fürs Kind ist, sondern klassenbezogen. Das heißt, die mussten zu Hause das irgendwie stemmen und haben noch nicht mal begriffen, dass die Eingliederungshilfe aufgestockt werden könnte. Das hat uns auch keiner gesagt.“ (Frau E.: 98)

Gleichzeitig weist die Mutter darauf hin, dass auch eine bessere Informationslage das Grundproblem des Mangels an qualifiziertem Personal für Pflege, Betreuung und Förderung nicht lösen könne.

Aufgrund der komplexen und unübersichtlichen Angebots- und Informationslandschaft sind Unterstützungsangebote der Selbsthilfe und der Beratungsstellen für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen aus Sicht der Expertinnen existenziell wichtig. Deren zentrale Aufgabe besteht daher in einer Lotsenfunktion.

Die betroffenen Familien werden neben den üblichen familiären Aufgaben mit vielen verschiedenen spezifischen Aufgaben konfrontiert: Pflege und Betreuung der Kinder mit Behinderungen gewährleisten, Informationen über ihre Rechte und Hilfsmöglichkeiten finden, Anträge stellen, Behördengänge sowie die Finanzierung der Pflege, der Hilfsmittel und der Lebenshaltungskosten der Familie organisieren. Dabei bleibt ihnen häufig unbekannt, welche Ansprüche ihnen zustehen und welche Leistungen es gibt. Genauso besteht oft Unsicherheit, wo sich die Familien für bestimmte Hilfsansprüche oder Anträge hinwenden können, wie die Anträge gestellt werden und wie sie ihre Rechte auf Leistungen durchsetzen können. Die Mütter berichten von Überlastung durch die bürokratischen Aufgaben³⁸, Ansprüche einklagen zu müssen, von fehlenden Informationen und von einem Hilfesystem, in dem sie mit unzähligen Stellen, Behörden, Einrichtungen gleichzeitig in Kontakt stehen müssen.

„Nicht dieses Pingpong, von hier nach da. Warum gibt es nicht nur eine Stelle, die spezifisch für diese ganze Fachrichtung da ist. Warum ist es so, wenn man irgendwo ist – sagen wir mal Sozialberatung ist nur für eine bestimmte Sache zuständig. Ah, da müssen Sie woanders hin. Warum? Warum hat man nicht nur eine bestimmte Stelle, wo man alles bereden kann, alles vorlegen kann, aber so? Was hat das mit Datenschutz zu tun, wenn meine Daten überall sind, weil ich die verteilen muss. Weil der hat mit dem nichts zu tun, der hat mit dem nichts zu tun. Und dann sitzt man da, von da kommen Mails, von da und da kommen Briefe.“ (Frau Z.: 149)

Dieser Bedarf der Familien ist in den Beratungsstellen der Selbsthilfe bekannt. Die befragten Fachstellen bieten verschiedene Angebote zur Vernetzung, Beratung und Teilhabe von Familien mit Kindern mit Behinderungen an. Während die Beratungsangebote offen gestaltet sind und auch auf psychosoziale Problemstellungen eingehen,

³⁸ Unter bürokratische Aufgaben fallen für pflegende Angehörige solche Aufgaben, wie z.B. Anträge stellen, Termine bei Ämtern wahrnehmen, Kommunikation und Absprachen mit Schulen/Therapeuten/Einzelhilfen, Hilfen und Betreuungen organisieren, Informationen zu ihren Ansprüchen/Rechten und zu Verordnungen/Gesetzen/Zuständigkeiten herausfinden, Hilfsmittel organisieren, Widersprüche und Klagen einreichen.

nimmt die Lotsenfunktion im Unterstützungssystem einen besonders wichtigen Stellenwert in der Tätigkeit der Beraterinnen ein. In den nachfolgenden Zitaten werden die konkreten Beispiele aus der Praxis dargestellt:

„Also die Themen sind eigentlich vor Corona immer gewesen, dass eine Familie oder ein Kind einen besonderen Unterstützungsbedarf hat und auf der Suche ist, sei es Therapie oder auch Entlastung oder nach der Schule, den Nachmittag gestalten zu können, also zusätzliche Leistungen zu beantragen. Was gibt es denn überhaupt? Worauf hat mein Kind Anspruch? Wie beantragt man das? Wer hilft mir? Und daraus folgt eigentlich fast immer [...]: Nein, Sie können jetzt nicht noch eine Leistung bekommen. Oder: Da ist jemand anders zuständig. Das ist immer so ein roter Faden, a) wie wenig die Eltern Informationen haben, auf was sie Anspruch haben, was gibt es überhaupt, wie löse ich denn jetzt mein Anliegen. Und b) wie bekomme ich das durch?“ (Expertin II: 16)

„Wie ist das Unterstützungssystem? Also zum Thema Pflege, Schwerbehindertenausweis, dann die Übergänge in bestimmte Systeme in Kita, Schule, generell: Was gibt es für Unterstützungsleistungen in Berlin? Also welche Anbieter gibt es? Wo kann ich dazu Anträge stellen? Auch welche Förderungen oder Therapiemöglichkeiten gibt es? Kann man Therapeuten empfehlen? Auch durchaus, welche Freizeitangebote gibt es für die Familien? Wo der Wunsch schon auch manchmal nach exklusiven Freizeitangeboten da ist und auch der Austausch der Familien untereinander spielt eine ganz große Rolle, also: Wo kann man sich treffen? Wo kann man jemanden finden, der in einer ähnlichen Situation ist?“ (Expertin I: 39)

Die Zitate verdeutlichen, dass viele Familien sich ohne die Hilfe der Beratungsstellen nicht im Unterstützungssystem zurechtfinden würden. Fehlendes Wissen um Zuständigkeiten, Möglichkeiten und Wege im Unterstützungssystem führt dazu, dass keine bedarfsgerechte Unterstützung eingeholt werden kann.

3.1.1.2 Versäulung und verteilte Zuständigkeiten

Die breit verteilten Zuständigkeiten im Unterstützungssystem und die vielen verschiedenen Anlaufstellen und Regelungen erschweren sowohl für betroffene Familien, als auch für beratende Fachkräfte das Zurechtfinden im System.

Der Bedarf nach Unterstützung besteht nach den Erfahrungen der Expertinnen insbesondere bei neuen Diagnosen

und an wichtigen Übergängen, beispielsweise von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule. Es besteht bei den betroffenen Familien ein großes Bedürfnis nach Informationen und Kontakt zu anderen Betroffenen. Die Expertinnen sehen es als Aufgabe der Fachstellen, die Unsicherheit der Betroffenen aufzufangen und die Familien über Gesetze, das Hilfesystem und rund um das Thema Behinderungen zu informieren. Dabei brauchen viele Familien langfristig oder wiederholt Unterstützung, um sich im System zurechtzufinden. Als weiteren hinderlichen Faktor benennen die Expertinnen die Verteilung der Zuständigkeiten auf viele verschiedene Ämter und Anlaufstellen, wodurch für die Familien weiterer Aufwand und Belastung bei der Suche nach Hilfe entstehen. Darüber hinaus wünschen sich die betroffenen Familien mehr Zusammenarbeit im System, um Hilfen bedarfsgerechter und flexibler zu verteilen. Auch in der Pandemie war die fehlende Vernetzung des Systems ein Thema für die Familien, wie das folgende Zitat zeigt:

„Also auch diese ressortübergreifende, das fand ich in der Pandemie jetzt wirklich sehr bezeichnend. Die Ressorts von Sozialhilfe, Schule, Bildungsministerium, Sozialministerien, also die Zusammenarbeit dieser Ministerien und so, das war katastrophal in der Pandemie. Und dadurch war es für uns als Familien eben auch katastrophal, weil wir diese Hilfen, die wir / also für Schule konnten nicht flexibel aus anderen Ressourcen genommen werden.“ (Frau E.: 98)

Ein Beispiel hierfür sei das (von den Befragten so wahrgenommene) System zur Zuteilung von Schulhilfen.³⁹ Diese würden über die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) klassenbezogen – nicht auf einzelne Kinder bezogen – den Schulen zugeteilt. Demnach hätten Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die Anspruch auf eine Schulhilfe hatten, in der Pandemie dennoch keine ambulante Betreuung über die Schulhilfe beantragen können. Für die Zuteilung von auf einzelne Kinder bezogenen Schulhilfen sei eine andere Stelle verantwortlich. Für eine der interviewten Mütter war eine ambulante Schulhilfe für ihr Kind nur möglich, da sie zuvor mehrfach auf ihr Kind bezogene Einzelhilfen eingeklagt hatte. Sie bemängelt in dem Prozess eine fehlende Zusammenarbeit der beiden zuständigen Stellen. Die Vermittlung zwischen den Stellen und die Feststellung, welche Stelle wann für ihr Kind verantwortlich sei, habe sie selbst übernehmen müssen.

Wie schwer es ist, sich in dem bestehenden Unterstützungssystem zurechtzufinden, zeigt sich auch in der Fachkräfteberatung. Eine Expertin berichtet, dass auch in der Beratung für ihre Kolleginnen und Kollegen das zentrale

³⁹ Es handelt sich hierbei um die Bereitstellung von Schulförderinnen und Schulförderern für Maßnahmen der ergänzenden Pflege und Hilfe. Antragsberechtigte Schülerinnen und Schüler erhalten grundsätzlich dem Antrag entsprechende Unterstützung, die während der Pandemie auch zu Hause in Anspruch genommen werden konnte.

Thema das Zurechtfinden im Unterstützungssystem bleibt. Sie übernimmt hier für die Fachkräfte ebenfalls eine Lotsenfunktion und unterstützt bei Anträgen, Zugangswegen oder der Suche nach den entsprechenden Informationen, damit die Familien an ihnen zustehende Leistungen kommen können. Sogar für die Fachkräfte selbst sind die richtigen Zugangswege nicht immer klar. Sie verwenden viel Zeit darauf, Informationen herauszufinden und Familien bei Anträgen zu unterstützen, wodurch Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Familien verloren geht.

Einige Kinder und Jugendliche mit Behinderungen können die typischen Entwicklungsschritte des jungen Erwachsenenalters wie Auszug, Integration in den Arbeitsmarkt und Erlangen der Selbstständigkeit nicht vollziehen. Für sie bleibt eine Abhängigkeit von der Familie und vom Staat häufig auch nach dem 18. Geburtstag bestehen. Für die Eltern geht die Volljährigkeit des Kindes mit neuen bürokratischen Hürden und Aufgaben einher.

Mit der Volljährigkeit fallen auch Kinder mit Behinderungen zunächst in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters. Wird eine Arbeitsunfähigkeit nachgewiesen, fallen sie in den Grundsicherungsbezug des Sozialsystems. Dieser wird allerdings wie alle Sozialbezüge mit den Bezügen und Einkommen der Eltern als Bedarfsgemeinschaft verrechnet. Die finanziell meist schon prekäre Situation der betroffenen Familien wird somit weiter verschärft. Zudem werden die Eltern mit neuen Aufgaben bei der Inanspruchnahme von Hilfen konfrontiert.

Zwei der Jugendlichen mit Behinderungen in den untersuchten Familien sind im Pandemieverlauf 18 Jahre alt geworden und haben damit den rechtlichen Eintritt in die Vollmündigkeit vollzogen. Einer der Jugendlichen ist geistig und körperlich schwerbehindert. Für ihn blieb trotz des Wechsels ins junge Erwachsenenalter weiterhin eine hohe Pflegebedürftigkeit bestehen. Er wohnt weiterhin zuhause, besucht eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen und ist abhängig von der Pflege und Finanzierung der Eltern. Mit dem 18. Geburtstag standen sowohl für ihn Wechsel an – von der Förderschule in die Werkstatt – als auch für seine Eltern die Neubeantragung von Hilfen im staatlichen System. Der Wechsel an eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen gestaltete sich schwierig, da Praktika, um Werkstätten kennenzulernen, kaum möglich waren. Damit der Sohn in einem bekannten Umfeld bleiben kann, beantragte seine Mutter eine Verlängerung der Schulzeit; diese wurde jedoch aufgrund der erreichten Volljährigkeit abgelehnt. Dass es der Familie gelungen ist, trotz der Einschränkungen aufgrund der Pandemie eine geeignete Werkstatt zu finden, beschreibt die befragte Mutter als Glück. Diese Umstellung wurde von der ganzen Familie nicht zuletzt aufgrund von fehlenden Informationen als belastend erlebt.

„Das Schwierigste war diese ganze Umstellung als er 18 geworden ist, also als er erwachsen geworden ist. Da musste ich sehr, sehr viel beantragen. [...] Als ich mich dann als Betreuer für ihn beantragen musste und diese ganzen Amtssachen, das war wirklich schwer. Und ich habe mich da immer wieder versucht, schlau zu machen, immer angerufen, dort gefragt, dort gefragt, da hat mir keiner geholfen. Es gab Sozialdienste. Wir mussten den ja auch bei dem sozialpsychologischen Dienst vorstellen, ob er denn überhaupt in der Lage ist zu arbeiten, hier und da. Das mussten wir bei dem Jobcenter auch machen. [...] Da musste ich zu der Rente und vieles beantragen und das alles vorweisen, dass er eben in dieser Lage ist.“ (Frau L.: 237)

Ein weiterer Jugendlicher aus einer der untersuchten Familien, der während der Pandemie 18 Jahre alt geworden ist, hat eine sozialemotionale Behinderung und lebt sozial isoliert. Mit der erreichten Volljährigkeit musste seine Mutter für ihn nun eine Vorsorgevollmacht beantragen. Dieser Prozess war für die Mutter mit hohen Barrieren verbunden, da die Mitwirkung des nun volljährigen Kindes bei der Bereitstellung von Nachweisen und Antragsstellung bei Ämtern gefordert wird. Wenn die betroffene Person allerdings nicht in der Lage ist, die nötige Mitwirkung zu leisten, so ist es auch Eltern nicht mehr möglich, Hilfen für sich und ihr Kind zu organisieren.

„Leider ist in Deutschland das Problem, auch wenn die Kinder eine Behinderung haben, [...] wenn man volljährig ist, kann man ja nicht viel machen. Überall stolpert man, egal wo, auch wenn man die Vorsorgevollmacht hat, man stolpert. Man muss wirklich rennen und diskutieren und kämpfen, damit man endlich mal da was macht.“ (Frau Z.: 27)

Im nachfolgenden Zitat erläutert eine der befragten Expertinnen die Besonderheiten der Problematik bei jungen Menschen mit Behinderungen am Übergang ins Erwachsenenalter:

„Aber bei den Kids ab 17, 18 Jahren, so im Übergang, bei denen kam eine besondere Problematik dazu, wenn sie gerade im Übergang stecken, aus Schule, in Arbeit, Beschäftigung, Ausbildung. Da gab es noch einmal explizit Schwierigkeiten, weil für die ist es noch mal schwerer, irgendwie ein Praktikum zu machen, sind oft auch Kids, die im Bereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder auch im Beschäftigungs- und Förderbereich, also noch die Stufe weiter unten. Und wir haben viele Kinder oder Jugendliche in dieser Altersgruppe, die überhaupt keine Anschlussperspektiven haben und hatten.“ (Expertin II: 82)

Hinzu komme laut der Expertin, dass aufgrund des allgemeinen Schulplatzmangels in Berlin, der durch die Pandemie weiter verstärkt wurde, gerade junge Menschen mit schweren Beeinträchtigungen früher aus den Abschlussklassen entlassen wurden seien. Die Möglichkeit zur Berufsvorbereitung an den Förderschulen habe ihnen nicht offen gestanden.

3.1.1.3 Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel im Unterstützungssystem und den Ämtern steht einer effektiven und bedarfsgerechten Unterstützung der Familien mit Kindern mit Behinderungen entgegen. Ansprüche auf Einzelfallhilfen können oft nicht umgesetzt werden, weil qualifiziertes Personal fehlt. In der Pandemie konnten zusätzliche Betreuungsbedarfe aufgrund des Fachkräftemangels kaum aufgefangen werden.

Die von den Expertinnen und Müttern bemängelten Systemprobleme – Informationsdefizite, fehlende Beschwerdestellen und fehlende Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung – werden durch den zunehmenden Fachkräftemangel weiterhin verstärkt. Dies führe dazu, dass bestehende Ansprüche nicht erfüllt werden können und/oder die angefragte Unterstützung nicht im benötigten Umfang umgesetzt werden kann. Als Beispiel führen die Expertinnen den Anspruch auf Notbetreuung an Kitas und Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen während der Pandemie an. Die politische Entscheidung, Kindern mit Behinderungen eine Teilnahme an der Notbetreuung zu ermöglichen, loben die Expertinnen. Aufgrund des Informationsdefizits – sowohl Familien als auch Fachkräfte wussten teilweise nicht von dieser Entscheidung – und dem Fachkräftemangel hat die praktische Realisierung der Notbetreuung oft nicht funktioniert. Auch bei der Wiedereröffnung der Schulen für den Regelbetrieb berichten die Expertinnen von Ausschlusserfahrungen der Familien infolge des Fachkräftemangels: In den Schulen fehlten teilweise Personalressourcen, um die Familien zu informieren oder gar durch die Betreuung zu unterstützen. Insgesamt erleben die Expertinnen immer wieder, dass Ansprüche aufgrund des Fachkräftemangels nicht umgesetzt werden können:

„Es sollte eigentlich auch möglich sein, bei diesen Familien, also so wurde es uns zugesichert, dass dann zum Beispiel mehr Einzelfallhelfer*innen, also quasi andere externe Unterstützungssysteme mehr leisten können. Ja, aber da haben wir wieder den Fachkräftemangel. Wenn da einfach die Mitarbeiter*innen so überlastet sind, was die Anträge angeht. Familien haben monatelang nichts von ihrem Amt gehört und sie sind halt ressourcenmäßig nicht in der Lage, dort nachzufassen und zu fragen: Ja, was ist denn mit meinem Antrag?“ (Expertin I: 127)

Aufgrund des Fachkräftemangels fällt es Familien schwer, qualifiziertes Personal zu finden, das die Betreuung über einen längeren Zeitraum übernehmen würde. Gründe dafür sehen die Mütter unter anderem darin, dass der Beruf als Einzelfallhelferin oder Einzelfallhelfer nicht anerkannt ist und nicht angemessen entlohnt wird. So wechseln Einzelfallhilfen oft. Eine Mutter berichtet, dass sie alle paar Monate oder spätestens nach einem Jahr neues Fachpersonal anleiten muss und es an Konstanz für ihr Kind fehlt. Zudem fehlt es ihnen an einer zentralen Verteilungsstelle, an die sich die Familien bei Bedarf z. B. bei der Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen über das Budget für zusätzliche Betreuungsleistungen wenden können.

Konstante Betreuungspersonen sind für einige der Kinder und Jugendlichen allerdings aufgrund ihrer Behinderungen besonders wichtig. Bei dem Kind einer der interviewten Mütter besteht durch die starke körperliche Behinderung und fehlende Körperkontrolle ein Hilfebedarf bei fast allen alltäglichen Aufgaben. Zu den Pflegeaufgaben gehört auch, nachts die Windeln des zwölfjährigen Kindes zu wechseln. Zeit um Vertrauen zu der pflegenden Person aufzubauen ist aufgrund der körperlichen Nähe in der Betreuung besonders wichtig. Bei einem weiteren Kind bestehen aufgrund der sowohl geistigen als auch körperlichen Behinderung stark eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten. Das Kind kann nur über Laute mitteilen, wenn es etwas stört oder ihm nicht guttut. Auch hier berichtet die Mutter, dass es für eine gute und vertrauensvolle Beziehung zu Fachpersonal vor allem einen konstanten Beziehungsaufbau über einen längeren Zeitraum braucht.

Der Fachkräftemangel führt des Weiteren dazu, dass insbesondere sozial benachteiligte Familien oft nicht erreicht werden. Ihnen fehlten häufig die nötigen Ressourcen, wie Zeit, und das Wissen, um vorhandene Stellen und Hilfsangebote, um den Weg zu einer Anlaufstelle selbst zu finden. Den Beratungsstellen fehlen für die aufsuchende Arbeit hingegen die Personalressourcen. Im Ergebnis profitieren mehrfachbelastete Familien weniger vom Unterstützungssystem als sozioökonomisch besser gestellte Familien.

In der Pandemie wurde das Problem des Fachkräftemangels zusätzlich durch das neue Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG)⁴⁰ verschärft, das Oktober 2020 in Kraft getreten ist. Durch die Änderung wurde der stationären Pflege durch eine Verringerung der Eigenanteile Vorzug gegeben und gleichzeitig die ambulante Pflege durch strengere Vorgaben im Hinblick

⁴⁰ Ziel des IPReG war es, die Intensivpflege und die Selbstbestimmung der Betroffenen zu stärken und den Zugang zu Rehabilitation zu verbessern. Der Entwurf wurde dabei von Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, nicht zuletzt in einer gemeinsamen Erklärung der Beauftragten der Länder für Menschen mit Behinderungen, stark kritisiert. Hauptkritikpunkt war, dass der Gesetzentwurf in das verfassungsmäßig verbrieft Wunschk- und Wahlrecht des Wohnortes und der Wohnform eingreife. Quellen: <https://www.lbbp.nrw.de/gemeinsame-erklaerung-ipreg>; <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/intensivpflegegesetz.html>.

darauf, wer und unter welchen Umständen ambulant pflegen darf, weiter ausgehöhlt. Für Personen mit Behinderungen, die Intensivpflege benötigen, wird es dadurch schwieriger, ambulante Betreuung beispielsweise in den Familien zu bekommen. Für die betreffende Mutter hat diese Gesetzesänderung ganz konkrete Folgen.

„Weil früher war immer so meine Planung, ich verzichte jetzt auf Job, Karriere, eigenes Geld für 18 Jahre. Mit 18 hat dann irgendwie [Name behindertes Kind, Anm.d.V.] einen eigenen Anspruch auf persönliche Assistenz. Und dann ermöglicht mir irgendwie der Vater und die Umstände, dass ich halt wieder einsteigen kann. Mit dem IPReG fällt das halt weg. Ich überlege gerade, es fällt mir gerade nicht mehr konkret ein warum/was das Problem war. [...] Aber es war immer so diese Zahl, dass mit 18 [behindertes Kind] eigene Ansprüche hat. Und das ist jetzt dadurch jetzt weggefallen. Irgendwie hatte ich gerade das Gefühl, ich habe da eine Lücke drin. Auf jeden Fall ist das Ding, dass diese Zukunftsplanung zusammengebrochen ist.“ (Frau H.: 142)

Neben der Gesetzesänderung führten Corona-Erkrankungen und Quarantänezeiten zu weiteren Ausfällen bei den Fachkräften. So war es für die Familien nicht nur schwer, qualifizierte Fachkräfte für die Einzelhilfen zu finden. Gleichzeitig waren auch bereits laufende Einzelhilfen in ihrem Umfang und der Umsetzbarkeit durch die Pandemie eingeschränkt.

3.1.2 Multiple Benachteiligung bei armutsbetroffenen Familien sowie bei Familien mit Migrationshintergrund

Während alle Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen grundsätzlich höheren Belastungen ausgesetzt sind als Familien mit gesunden Kindern, verschärft finanzielle Armut die allgemein schwierige Lebenssituation weiterhin. Für armutsbetroffene Familien bedeutet es einen Mangel an Ressourcen im Umgang mit Problemlagen insgesamt und der Corona-Krise im Besonderen. Gleichzeitig führt der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt und die unzureichende Vergütung für vollzeitpflegende Angehörige von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oft erst in die Armutsbetroffenheit. Diese negativen Auswirkungen spitzen sich bei weiteren Risikofaktoren wie zum Beispiel Migrationshintergrund der Familie weiterhin zu. Für solche Familien bedeutet es eine Verstärkung der Zugangsbarrieren zum Hilfesystem zum Beispiel

aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse der Familie und mangelhafter interkultureller Öffnung des Hilfesystems. Nachfolgend werden zunächst die Verschränkungen multipler Problemlagen bei armutsbetroffenen Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen insgesamt und anschließend mit Fokus auf Familien mit Migrationshintergrund exemplarisch aufgezeigt.

Die Betreuungs- und Pflegeaufgaben sowie Aufgaben, die mit der Antragstellung für Behindertenhilfen verbunden sind, stellen für viele pflegende Angehörige von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einen Vollzeitjob dar. Ihre Pflegefähigkeiten werden finanziell nicht entlohnt, eine Erwerbsbeteiligung auf dem Arbeitsmarkt ist kaum möglich. In der Folge entsteht eine Abhängigkeit von Sozialbezügen und ein dauerhafter Verbleib in finanzieller Armut.

Die Pflege- und Betreuungsaufgaben für ihre Kinder nehmen je nach Grad der Behinderung viel Zeit im Alltag der pflegenden Personen, meist Mütter, ein. Der Arbeitsaufwand für die Anträge und Wege im Hilfesystem ist auch sehr hoch, sodass es diesen Personen kaum möglich ist, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Wird das Haushalteinkommen nicht über eine Partnerschaft abgesichert, sind die Betroffenen auf die staatliche Unterstützung angewiesen. Unter den befragten Müttern sind drei von vier alleinerziehend; sie sind beim Jobcenter als vollzeitpflegende Angehörige angemeldet. Bei einer vierten Familie handelt es sich zwar um ein Paar mit einer erwerbstätigen Person, aufgrund des niedrigen Einkommens ist aber auch diese Familie auf die Aufstockung und Bezüge vom Sozialamt angewiesen.

Die Befragten kritisieren, dass pflegende Angehörige aus ihrer Sicht nicht in das System Jobcenter und Grundversicherung gehören. Stattdessen wünschen sie sich, dass die Pflegearbeit, die sie leisten, vergütet wird und sie nicht als arbeitslos oder -suchend geführt werden. Durch die fehlende Vergütung der pflegenden Angehörigen entsteht in manchen Familien die Situation, dass Gelder, die für die zusätzlichen Bedarfe der Kinder gedacht sind, wie beispielsweise Pflegegeld, zur Sicherung des Lebensunterhaltes genutzt werden. Dadurch kann weniger von dem Geld für den eigentlichen Verwendungszweck, nämlich Förderung und Therapien für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen, genutzt werden.

Die Information, ab wann das Jobcenter eine pflegende Angehörige nicht mehr zur Mitwirkung bei der Arbeitssuche heranziehen darf, ist für die Betroffenen nicht transparent genug. Eine Person musste z. B. eine Eingliederungsvereinbarung unterschreiben, um das Geld zu beziehen. Trotz der Feststellung, dass sie aufgrund des hohen Pflegegrads ihres Kindes nicht als arbeitssuchend gilt, bleibt bei ihr eine Nachweispflicht und der bürokratische Aufwand bei der Neuantragstellung weiterhin bestehen. Im nachfolgenden Zitat wird die Situation aus Ihre Sicht als Betroffene verdeutlicht:

„Und wir alle [pflegende Angehörige, Anm. d.V.] sagen, das ist eigentlich unzumutbar und eigentlich nicht okay, dass wir da reingehören. Wir müssen immer wieder auch Angaben machen. Also mich lassen die jetzt mittlerweile in Ruhe, weil sie um meine Situation wissen und wissen, dass sie auch an mich nicht ran können. Und trotzdem muss ich Abwesenheiten immer angeben. Also ich muss im Grunde ähnliche Bürokratie machen wie jemand, der eben arbeitssuchend ist oder arbeitslos ist. Das bin ich aber nicht. Also das ist ein großer Punkt für mich, der da verbesserungswürdig ist.“ (Frau E.: 45)

Sich einen Weg aus der finanziellen Armut vorzustellen, fällt den betroffenen Familien schwer. Für eine der alleinerziehenden Mütter ist die Berufstätigkeit im Niedrigstundenbereich zwar möglich, allerdings nicht in ihrem ursprünglichen Berufsfeld, in dem sie mit Diplomabschluss hochqualifiziert ist. Eine weitere Mutter ist seit ca. 20 Jahren alleinerziehend für ihre Söhne. Vom Kindesvater erhält sie keinen Unterhalt, ihren eigenen Beruf hat sie längst hinter der Betreuung zurückgestellt. Aktuell sieht sie für sich kaum mehr eine Möglichkeit, über eine Ausbildung und Berufstätigkeit den Weg aus der Armut zu schaffen.

„Nein, das [Arbeit im sozialen Bereich, Anm.d.V.] geht nicht, auch wenn Sie eigentlich dafür talentiert sind und das können. Sie haben aber keinen Abschluss dafür. Und Sie sind auch nicht qualifiziert. Und dann sehe ich so Freundinnen, ich gönne denen das auch, die verheiratet sind, keinen Bezug vom Arbeitslosengeld I oder II sind und einfach so mal eine Ausbildung machen können. Warum? Weil es entweder vom Mann finanziert wird oder weil sie gar keinen Bezug von Hartz IV sind vom Arbeitslosengeld I. Und dann können die da durchstarten. Und ich kann da nirgendwo durchstarten, weil ich immer gebunden bin.“ (Frau Z.: 117)

Auch eine Abhängigkeit für pflegende Angehörige von einem berufstätigen Partner – wie bei der vierten Mutter – kann keine dauerhafte Absicherung gewährleisten. Sie hatte auf die finanzielle Absicherung über ihren Mann und die Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg über die Intensivpflege des Kindes ab dem 18. Geburtstag im Rahmen der Ansprüche aus dem IPReG gebaut. Durch die Änderungen im IPReG und infolge einer Scheidung von ihrem Ex-Mann ist es unwahrscheinlich, dass sie nun wieder in den Beruf einsteigen kann.

Für Familien mit Migrationshintergrund stellen darüber hinaus kulturelle Unterschiede und Sprachbarrieren erhebliche Hürden bei der Hilfesuche dar. Es braucht eine interkulturelle Öffnung von Anlaufstellen und Ämtern, um alle Betroffenen bedarfsgerecht und individuell zu unterstützen.

Eine Expertin kritisiert, dass Familien mit Migrationshintergrund ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nicht an relevante Informationen gelangen. Interkulturelle Öffnung der Beratungsstellen, inklusive der Bereitstellung der Informationen und Beratungsleistungen in verschiedenen Sprachen, hält die Expertin für besonders wichtig:

„Genau, dass sie nicht zufällig hören, sondern dass man sagt: [...] Sie haben ein Kind mit Behinderung. Gleich eine Anlaufstelle nennen: Gehen Sie dorthin, die sprechen Ihre Sprache, Sie können sich dort austauschen, Sie können sich informieren, nehmen Sie an den Informationsabenden teil. [...] dass man ihnen wirklich automatisch einen Zettel in die Hand drückt, also nicht irgendwie Zettel, sondern in ihrer Sprache irgendwie einen Flyer oder so: Gehen Sie mal dort. Da hilft man Ihnen. Ja, das fehlt noch. Ich denke, dann wäre schon sehr viel getan, wenn man das machen würde.“ (Expertin III: 223)

Die Kritik spiegelt sich in den Erfahrungen einer der Mütter wieder:

„Ich habe bis heute, egal wo ich war, war es wirklich immer nur Deutsch. Und die können unsere Kultur nicht verstehen, auch wenn sie das studieren, versuchen jetzt jeden, der mit Migrationshintergrund hier sitzt, denjenigen zu verstehen, das geht gar nicht. Bei uns ist es eingewachsen. Wir sind damit geboren, auch wenn wir hier leben, auch die dritte Generation, auch wenn wir mit unserem Land nichts zu tun haben, aber es ist nun mal da. Die können uns nicht verstehen.“ (Frau Z.: 125)

Die Mutter hat einen Migrationshintergrund aus der Türkei. In den Fachstellen sowie bei sozialen Diensten und Ämtern in Berlin, beispielweise den ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungen, habe sie keine interkulturelle Kompetenz erlebt. Die kulturellen Differenzen nahm die Mutter als Hindernis in der Suche nach Hilfe für sich und ihr Kind mit Behinderung wahr.

3.2 Direkte Auswirkungen der Corona-Pandemie auf betroffene Familien

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien wurden in der Pandemie nicht nur mit einer Verschärfung von bereits bestehenden Problemlagen konfrontiert, sondern sahen sich auch durch die Pandemie

neu entstandenen Problemen gegenüber. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens, Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und eine Veränderung der medizinischen Versorgungslage stellten armutsbetroffene Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen vor besondere Herausforderungen. Die Auswirkungen der Pandemie werden anhand der Aussagen der Interviewpartnerinnen aufgezeigt. Das Unterkapitel ist dabei gegliedert nach den vier Bereichen des Lebenslagenmodells – materielle Versorgung, Teilhabe, Bildung und Gesundheit.

3.2.1 Materielle Versorgung

Besonders armutsbetroffene oder sozioökonomisch benachteiligte Familien haben die Auswirkungen der Pandemie finanziell deutlich gespürt. Durch die Sonderbedarfe infolge der Behinderungen der Kinder und die Kostenbeteiligung an Leistungen wie Assistenzen entstanden für Familien finanzielle Zusatzbelastungen.

Die gleichzeitige Betreuung der Kinder daheim wegen des Ausfalls der institutionellen Betreuung und eine Arbeitstätigkeit der Eltern im Homeoffice stellten viele Familien in Deutschland vor große Herausforderungen. Bezogen auf ihre Klientel insgesamt weisen die befragten Expertinnen darauf hin, dass es ihren sozioökonomisch besser gestellten Familien zwar leichter fiel, sich an die neue Situation anzupassen und ihren Alltag umzustrukturieren als finanziell schlechter gestellten Familien. Dennoch verloren auch einige erwerbstätige Eltern aufgrund der erschwerten Betreuungssituation von Kindern mit Behinderungen ihre Anstellung und rutschten in prekäre finanzielle Lagen, wie eine der Expertinnen darlegt:

„Also wir haben so viele Familien gehabt, die tatsächlich auch ihre Jobs verloren haben, also gerade aufgrund dessen, dass so spät diese ganze Notfallbetreuung auf den Weg gekommen ist, die so kompliziert gemacht wurde, die zu kriegen. [...] Es sind fast ausschließlich Mütter. Also wer den Job behalten hat, ist der Vater, wenn überhaupt. Und rein finanziell, dadurch, dass die Leistungen auch nicht bewilligt wurden, um den Job abzusichern – manche Familien haben dann aus allergrößter Not sich irgendwoher noch einen Cent geholt, um irgendwie wenigstens so eine Stunde am Tag den Einzelfallhelfer privat zu bezahlen oder so was. Also Wahnsinn.“ (Expertin II: 78)

Neben dem Mangel an finanziellen Ressourcen geht Armut auch oft mit einem Mangel an materiellen Ressourcen wie Hilfsmitteln, beispielsweise Sprachcomputer oder speziellen Sitzvorrichtungen, und immateriellen Ressourcen wie Wissen um Unterstützungsmöglichkeiten im Sozialsystem einher:

„Und ja, ich würde schon sagen, dass sich quasi da die Problemlagen, die man vielleicht sonst nur leicht erkannt hat, da tatsächlich doch schon verschärft haben. Also das würde ich schon so sagen, dass es da Familien, die halt von Armut betroffen sind, schon noch mal stärker getroffen hat, weil all diese Aspekte, die auf die vorher zutrifft, natürlich jetzt noch mal verstärkt wurden. Also Informationsdefizit, Materialien zur Beschulung oder auch Hilfsmittel, also: Wie bekomme ich Hilfsmittel? Wer unterstützt mich da? Auch das ist ja ein Wissen um Anträge, um bestimmte materielle Dinge, wo ich auch einen Zugang zu brauche, den ich dann nicht habe.“ (Expertin I: 91)

Gleichzeitig entstanden durch die sonderpädagogischen Bedarfe der Kinder mit Behinderungen für die Familien finanzielle Zusatzbelastungen. Einzelfallhilfen selbst zu finanzieren, war für die Familien teilweise nur schwer zu ermöglichen.

„Und zusätzlich – also selbst wenn die Eltern ihren Job irgendwie behalten konnten, haben sie enorm zusätzlich investieren müssen, was sie eigentlich nicht haben, also einige Eltern haben auch gesagt, dafür ist unser Urlaub weggefallen, damit ich arbeiten gehen kann, das Land hat mir nichts gegeben, also haben wir das selber finanziert. [...] Also auch zusätzliche finanzielle Belastungen.“ (Expertin II: 80)

In armutsbetroffenen Familien fehlten hingegen die Ressourcen (z. B. Hilfsmittel daheim für den Distanzunterricht, Möglichkeiten der Betreuung, gute Informationslage), um sich schnell an die neue Situation anzupassen. Diese Familien müssten ohnehin stets ihre Finanzen im Blick behalten, um nicht über ihr finanzielles Limit zu gehen. Aus finanziellen Gründen greifen sie auf Secondhandware zurück, verzichten auf viele Aspekte von Teilhabe bis hin zur gesunder Ernährung. In der Pandemie wurden die bestehenden Problemlagen bei ihnen weiter verschärft:

„Also ich spare am Essen. Also diesen Monat ist es leider tatsächlich so, dass ich hungere. [...] Aber selbst wenn jetzt nicht so eine Extremsituation ist wie nach diesem Monat, ist es halt ... naja, ich spare. Also klar, sowieso an allen Möglichkeiten. [...] Also ich habe verschiedene Vereine gekündigt zum Beispiel. Ich hatte früher auch noch ein kleines Zeitungsabo, alle möglichen Fixkosten, Rechtsschutzversicherung gekündigt, solche Sachen.“ (Frau H.: 130)

Eine Expertin berichtete insbesondere bei geflüchteten Familien von vermehrter existenzieller und finanzieller Not. Vor der Pandemie war es dem Verein z. B. möglich, kostenloses Frühstück und Reiseaktivitäten für Gering-

kosten vorzuhalten und damit die Familien zu entlasten. Dies war aufgrund der Einschränkungen zum Eindämmen der Pandemie nicht mehr umsetzbar. Die befragten Expertinnen plädieren für mehr staatliche Hilfen für armutsbetroffene Familien, wie z. B. im Bereich der Mobilität und eine Abschaffung der Kostenbeteiligung von Eltern an Hilfeleistungen ohne Bedürftigkeitsprüfung:

„Tatsächlich dieses ganze Thema Kostenbeteiligung der Eltern an bestimmten Leistungen sofort abschaffen. Also das ist einfach so eine Benachteiligung und zusätzliche finanzielle Belastung, die diese Familien einfach auch oft genug erst in Armut stürzt. [...] Ganz wichtig, wenn ein Kind am Leben teilhaben will, ob nachmittags nach der Schule oder in der Kita oder in der Schule, egal wo, ein Bedarf hat an einer zusätzlichen Unterstützung darf nicht geguckt werden. Also a) muss es das wirklich bedarfsgerecht bekommen und b) die Eltern dürfen nicht herangezogen werden, sich an diesen Kosten eine Assistenzleistung noch beteiligen zu müssen. Weil jedes andere Kind kann an allem ganz normal ohne diesen Bedarf teilnehmen. Da müssen die Eltern auch nicht einen Sonderobolus zahlen. Und diese Familien müssen nur, damit dieses Kind nachmittags in den Park, in den Jugendklub gehen kann, zum Trommelkurs, zum Violinenkurs oder wo auch immer es inklusiv hingehen sollte und könnte, dürfen die Eltern nicht mehr an den Kosten beteiligt werden.“ (Expertin II: 124 – 126)

Die Kostenbeteiligung formuliert sie als Diskriminierung der Familien mit Kindern mit Behinderungen. Soziale Teilhabe solle ihrer Meinung nach kostenfrei sein.

Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist Mangelware. Die beengten Wohnsituationen stellten für die Familien und ihre Kinder eine zusätzliche Belastung in der Pandemie dar. Die Familien wünschen sich mehr Hilfe bei der Suche nach bedarfsgerechtem Wohnraum.

Verschiedene Behinderungsarten bringen teilweise besondere Bedarfe und Anforderungen an den Wohnraum mit sich. Damit sich ein Kind mit dem Rollstuhl zwischen den Räumen frei bewegen oder bestimmte Hilfsmittel, wie z. B. Spezialstühle, nutzen kann, braucht es Platz. Solche Wohnräume sind insbesondere für armutsbetroffene Familien aufgrund der hohen Kosten häufig unzugänglich. Die Familien müssen teilweise sehr lange (eineinhalb Jahre) nach einer passenden Wohnung suchen und verwenden im Endeffekt fast die Hälfte ihres geringen Monatsbudgets auf die Miete. Externe Hilfe bei der Suche nach familien- und behindertengerechten Wohnungen erhalten die Eltern nicht. Diese herausfordernde Situation wird in dem nachfolgenden Zitat beispielhaft erläutert:

„Also das ist von meiner Seite vor und nach der Pandemie, es ist schwierig mit einem behinderten Kind zu leben und dann noch in Pandemie. Ich kann noch dazu sagen, an die Politik kann ich wirklich das noch sagen bei der Wohnungssuche: Es hat mir keine Stelle geholfen, weil ich ein behindertes Kind habe. Das hat niemanden interessiert. Und wir waren wirklich in einer Zwicelage. Ich habe mir Hilfe gesucht, wie eine Irre. Keiner hat uns geholfen.“ (Frau L.: 469)

In der Pandemie war das Leben der Familien deutlich stärker auf den eigenen Wohnraum beschränkt als zuvor. Die Beschränkung auf den eigenen Wohnraum war für die Familien gut aushaltbar, die noch auf externe Betreuungs-/Beschäftigungsmöglichkeiten ausweichen konnten und wenn es in ihren Wohnräumen ausreichend Rückzugsmöglichkeiten gab. Bei den befragten Familien fehlten aber solche Möglichkeiten.

„Die räumliche Beengtheit, die auch mit den Behinderungen zu tun hat. Wohnungsmangel, insbesondere rollstuhlgerechte Wohnungen in Familiengröße – unbezahlbar. Dass die Kinder eben zu Hause bleiben mussten in dieser auch noch zusätzlich beengten Räumlichkeit.“ (Frau H.: 128)

So lebte eine Familie bis zum Jahr 2021 zu viert auf 62 Quadratmetern und empfand diese Einschränkung der Lebensumwelt als sehr belastend. Zwei weitere Familien mit mehreren Kindern berichten davon, dass die beengte Wohnsituation zu Spannungen in der Familie geführt hat.

Hilfreich sind für die betroffenen Familien flexible Budgets für die Versorgung der Kinder, wie z. B. die Verhinderungspflege.

Mit Blick auf hilfreiche Strukturen sind betroffenen Familien insbesondere ambulante und flexible Hilfen wichtig. Dazu zählen beispielsweise Einzelfall-, Schul- und Haushaltshilfen. Sie können an die individuellen Bedarfe und Lebenssituationen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die ihrer Familien angepasst werden. Als wichtige Bezüge werden das Budget für zusätzliche Betreuungsleistungen, über das beispielsweise Haushaltshilfen abgerechnet werden können, sowie das Budget für die Verhinderungspflege genannt. Die Verhinderungspflege wird als unbürokratische und von den Familien selbst flexibel einsetzbare Hilfe als besonders wichtig hervorgehoben:

„Wir haben noch dieses Verhinderungspflegebudget [...]. Das ist zwar ein tolles Budget, also das ist wirklich das Einzige, was wir brauchen. Da wollte Herr Spahn auch schon kürzen, wo wir sehr lautstark gesagt haben: Nein!“ (Frau E.: 78, 80)

„Die [Verhinderungspflege, Anm.d.V.] ist extrem wichtig – war und ist. Und es ist ganz schlimm für uns, dass die ja gekürzt werden soll oder ich weiß nicht, ob das jetzt schon feststeht. Weil das ist das Einzige, was wir wirklich nutzen können. Ganz viele andere Sachen und so Behörden, dass wir die gar nicht nutzen können.“ (Frau H.: 45)

Stundenlöhne für beispielsweise Einzelfallhilfen können über die Verhinderungshilfe in Absprache mit den Fachkräften selbst festgelegt und ausgezahlt werden. In der Pandemie war eine Kürzung des Budgets angedacht, für die Familien wäre damit ihre wichtigste Finanzierungsmöglichkeit für die Pflege- und Sonderbedarfe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen weggefallen.

3.2.2 Teilhabe

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen waren die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und der Freizeitgestaltung bereits vor der Pandemie stark eingeschränkt. Es fehlen sowohl Angebote, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen richten, als auch inklusive Angebote, die Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen eine Beteiligung ermöglichen.

Alle Kinder haben die Belastungen durch die Einschränkungen in der sozialen Teilhabe und den Freizeitaktivitäten durch die Pandemie gespürt. Bei schwerbehinderten Kindern war die soziale Teilhabe bereits vor der Pandemie stark eingeschränkt. So berichtete eine Mutter, dass sich durch die Pandemie keine Veränderungen in der Freizeit für ihr Kind ergeben haben, da das Kind aufgrund der fehlenden Möglichkeiten bereits vor der Pandemie wenig Teilhabe im Bereich Freizeitgestaltung erfahren hat. Es fehlen Inklusions- und Angebotsstrukturen, die Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen Teilhabe und Sozialkontakte zu Gleichaltrigen ermöglichen. Die Suche nach inklusiven Vereinen oder Kursen scheiterte wiederholt. Die Eltern machen häufig die Erfahrung, dass ihre Kinder aufgrund der Behinderung bei Freizeitangeboten abgelehnt werden. Der Zugang zu Freizeitgestaltung und zu Kontakten zu anderen Kindern im Sozialraum ist so für Kinder mit Behinderungen nicht oder nur eingeschränkt vorhanden. Das Zitat einer Mutter verdeutlicht, was die fehlende Inklusion für die Familien bedeutet:

„Also ich suche primär eigentlich immer Angebote, die eben Kinder mit Behinderungen nicht ausschließen. Und das ist so das erste Problem. [...] Aber hier gibt es halt auch kein Judo und schon gar kein Judo, wo das Kind halt mitmachen kann. Die Musikschule verweigert auch die Aufnahme. Es wird immer nur gesagt: Wir trauen uns das nicht zu. Keine Ahnung, warum die

das immer sagen und nicht bedenken, was das für einen Menschen bedeutet, der so was bei jeder Gelegenheit fast jeden Tag hört. Es ist ja nicht nur so, dass sich einmal jemand was nicht zutraut.“ (Frau H.: 92)

Die Notwendigkeit für reale Inklusion sei aus der Sicht der befragten Mütter noch nicht in der Politik und der Gesellschaft angekommen. Sie berichten von Diskriminierungs- und Ausschlussverfahren, die sie u. a. bei Vereinen und Institutionen machten, die spezifisch auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ausgerichtet sind. So beschreibt eine Mutter eine Situation aus dem Schulalltag. Ihr körperbehindertes Kind musste bei einem Hortausflug von der Förderschule zu einem Indoorspielplatz an der Seite sitzen und zusehen, wie die anderen Kinder spielten, weil in der Schule Betreuungskräfte für die notwendige Eins-zu-eins-Betreuung des Kindes beim Spielen fehlten. In einem anderen Beispiel wird verdeutlicht, wie schwer eine Anbindung an einen Sportverein ist. Solche Erfahrungen sind sowohl für die Kinder als auch für ihre Eltern besonders schmerzhaft. Nachfolgend werden diese Beispiele mit den Worten von zwei der befragten Mütter illustriert:

„Dann hat eine Erzieherin gesagt: Macht doch nichts, dann guckt er eben zu. Und ich war vollkommen entsetzt. Ich war so entsetzt. Wie brutal, wie unfassbar brutal ist das denn. Ein Kind, was nichts alleine kann und so gerne das macht, soll da zugucken, wie die anderen Kinder sich amüsieren. Die haben dann zum Glück jemanden gefunden.“ (Frau E.: 106)

„Viele [Vereine die Betreuung anbieten, Anm. d.V.] sind gar nicht auf mich zurückgekommen. Ich habe ganz viele Termine gemacht und die haben gesagt, sie werden anrufen, haben sie aber nicht gemacht. Und eine Person zum Beispiel, die ist dann gekommen zu dem ersten Besuch und mein Sohn, der war laut, der hat nicht mitgemacht. Und die Dame hatte wahrscheinlich ein bisschen Angst davor und hat gesagt: ‚Nein, wir können Ihr Kind nicht betreuen. Setzen Sie bitte Ihr Kind in irgendeine Anstalt. Er ist gar nicht in der Lage, das zu machen.‘ Das war, ich werde es niemals vergessen.“ (Frau L.: 241, 245)

Auch öffentliche Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, wie z. B. barrierefreie Spielplätze, sind aus der Erfahrung der befragten Mütter rar und/oder befinden sich nicht in direkter Nachbarschaft bzw. im Lebensraum (Kiez) des Kindes. Im Ergebnis erfahren die Kinder mit Behinderungen einen sozialen Ausschluss auf unterschiedlichen Ebenen und zwar sowohl strukturell als auch im persönlichen Umgang.

Dieser gesellschaftliche Missstand ist den befragten Expertinnen bewusst. Sie erkennen den Bedarf nach zielgruppenspezifischen Freizeitangeboten und nach Möglichkeiten für die Eltern, sich untereinander zu vernetzen:

„Wir haben meistens vier Angebote im Jahr als Familientreffen im Allgemeinen, also wir treffen uns in einem Garten oder zu einem speziellen Spielangebot oder auf dem Tempelhofer Feld, wo es wirklich hauptsächlich um Vernetzung geht der Familien untereinander. Oder wir haben eben diese regelmäßige Krabbelgruppe, wo sich ja auch die Kinder so ein bisschen untereinander kennenlernen oder wo wir auch Kontakt zu den Kindern haben. [...] Wir haben viele Familien, die ein Kind mit Down-Syndrom haben und wo schon dann persönliche Kontakte einfach entstehen, auch zu unseren Mitarbeiterinnen, die sich natürlich dann auch persönlich treffen.“ (Expertin I: 19)

Es ist ein wichtiger Teil der Selbsthilfevereins-Angebote, diese Bedarfe über verschiedene Familien- und Freizeitangebote aufzufangen. Soziale Angebote, die auf Vernetzung der Betroffenen untereinander ausgerichtet sind, werden erfahrungsgemäß von den Familien sehr gut angenommen.

Die pandemische Situation hat die soziale und kulturelle Teilhabe der Familien erheblich verschlechtert. Die bereits vor der Pandemie begrenzten Möglichkeiten für soziale Kontakte und Freizeitaktivitäten wurden für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen weiterhin eingeschränkt.

Bereits vor der Pandemie war die soziale Teilhabe von Familien mit Kindern mit Behinderungen stärker eingeschränkt als bei Familien ohne Kinder mit Behinderungen. Die wenigen Freizeitaktivitäten, die vor der Pandemie für einen Ausgleich sorgten, fielen gänzlich weg. Soziale Kontakte und Unterstützung sind zumindest zu Beginn der Pandemie bei den befragten Familien stark eingebrochen. Die Familien haben sich teilweise über längere Strecken stark eingeschränkt und beispielsweise Familienbesuche oder Kindergeburtstage ausgesetzt, um die Gesundheit der Kinder zu schützen. So fanden z. B. Beschäftigungsangebote über Einzelfallhilfen in der Pandemie nur unregelmäßig statt. Zusätzlich sind sowohl die allgemeinen Bewegungsmöglichkeiten und Sportangebote als auch spezifische Angebote wie behindertengerechte Schwimmgruppen ausgefallen.

„Und schwimmen ist komplett weggefallen. Der Ältere ist auch schwimmen gegangen mit seinem Vater. Das ist dann auch komplett weggefallen, immer noch so. [...] Aber es ist sehr schwierig halt, die Kinder zu beschäftigen. Und das Wetter im Winter hat auch nicht so gut mitgemacht dieses Jahr, ist ein langer

Winter geworden. Deswegen ist man sehr eingeschränkt gewesen. Die Kinder muss man irgendwie beschäftigen.“ (Frau L.: 225)

Die sowieso eingeschränkte soziale Teilhabe erlebten die Familien in der Pandemie als noch stärker reduziert:

„Also soziale Kontakte, seit wir in Berlin leben, sind allgemein schwer, weil wir leider in einem Bezirk leben oder in der Gegend leben, wo kaum was überhaupt angeboten wird. Also wir konnten vorher diese Ausflüge machen, die das ältere Kind auch sehr gemocht hat. Und es hat es halt schon vermisst, dass das nicht mehr ging.“ (Frau H.: 88)

Als besonders belastend empfanden die Familien den Zeitraum, in dem auch kostenfreie, niedrigschwellige Freizeitmöglichkeiten wie etwa Spielplätze gesperrt waren und es keine Ausweichmöglichkeiten gab.

„Also am Anfang, als es noch keine Spielplätze möglich waren, das war schon auch eine Belastung, wo die jüngeren Kinder das, auch formuliert haben. Es war einfach auch der Bewegungsdrang, der konnte halt zu Hause so nicht umgesetzt werden. Also durch Corona nicht. [...] Ich meine, es war vorher einfach schwierig. Das ältere Kind hat auch vorher schon viel von der Diskriminierung mitgekriegt, hat auch vorher, schon durch die Medikamente, die es nimmt, ist es oft sehr traurig. Insofern, es ist, glaube ich, nicht mehr geworden.“ (Frau H.: 149)

Da viele Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zur Risikogruppe gehören, nahmen die Vereinsamung der betroffenen Familien im Verlauf der Pandemie sowie Sorgen und Ängste rund um das Virus weiterhin zu; teilweise beschreiben die Expertinnen eine völlige soziale Isolation von einigen Familien. Darüber hinaus fiel es einigen betroffenen Familien schwer, soziale Kontakte über Telefon oder digitale Formate aufrechtzuerhalten, da diese Kommunikationsmittel für diese Personengruppe weniger zugänglich sind. Eine der befragten Expertinnen erläutert diesen Zusammenhang wie folgt:

„Also Menschen, die eben keine Behinderung haben, die können sich gut ausdrücken, die haben den Kontakt gehalten untereinander und konnten sich austauschen. Die konnten sich eben per WhatsApp und so weiter. Das geht bei denen leichter als bei den Menschen, die eben eine Beeinträchtigung haben, die eben entweder mit der Technik nicht zurechtkommen oder eben Sprache. Sie sehen sich, aber können sich nicht austauschen irgendwie.“ (Expertin III: 171)

Der persönliche Kontakt sei in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen daher besonders wichtig, um soziale Teilhabe aufrechtzuerhalten.

Für die pflegenden Angehörigen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, hier die Mütter, stellen die Pflege und die Betreuung sowie die darüber hinaus anfallenden bürokratischen Aufgaben einen Vollzeitjob dar. Freiräume für eigene Erholung oder Entspannung zu schaffen war für die Mütter insbesondere in der Pandemie kaum möglich.

In der Pandemie hat sich die ohnehin herausfordernde Situation der betroffenen Familien durch die Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Einschränkungen von ambulanten Pflegeleistungen extrem zugespitzt. Eltern fühlten sich bei ihren vielfältigen Aufgaben unter Druck gesetzt und insbesondere im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und Sonderbedarfen bei den Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen überfordert. Eine der befragten Expertinnen fasst die wahrgenommene Situation der Familien wie folgt zusammen:

„Also wenn ich materielle Verlustängste habe, mich selbst isoliert fühle, dann kann ich natürlich meinem Kind auch nicht so entspannt gegenüberstehen. Und zumal, wenn mein Kind mich dann auch noch in eine herausfordernde Situation bringt, also sprich, Pflege irgendwie die ganze Zeit oder was ich für mich eben auch persönlich sehr anstrengend fand, so diesen permanenten Anspruch von: Ich muss doch mein Kind noch irgendwie fördern. Weil für ein Kind mit [...] Behinderung eine Förderung zuhause, also da gibt es einfach keine Hausaufgaben oder keine Sachen, die ich abarbeiten kann. Das ist wirklich eine enge körperliche Begleitung auch, Förderung. [...] Und man ist halt ständig in so einem Kampf zwischen: Ist das jetzt in Ordnung oder muss ich doch noch etwas anbieten? Und was muss ich anbieten? [...] Also wenn wir uns die Zeiten freigeschaufelt haben, dann war es einfach, um dann arbeiten gehen zu können, aber einen Erholungs- und einen Entspannungseffekt haben wir noch weniger gehabt als vorher.“ (Expertin I: 109)

Freiräume für Mütter bzw. Zeit für die eigene Erholung und Entspannung wurde praktisch auf null reduziert. Einzelfallhelferinnen und Einzelfallhelfer sowie private Unterstützung ermöglichten den Müttern zwar kurze Pausen, schufen aber keine ausreichenden Erholungszeiten um beispielsweise Hobbies regelmäßig auszuüben. Besonders belastet waren die Mütter mit Kindern mit Vollzeitpflegebedarf sowie alleinerziehende Mütter. Sogar fünf Minuten für sich wurden bereits als Erholungszeiten gewertet:

„Oder ich mache das auch manchmal, nachmittags bin ich manchmal so müde, dass ich einfach wirklich nur schlafen muss. Dann lege ich mich kurz fünf Minuten oder setze mich in meinen Sessel fünf Minuten, damit ich dann nach fünf Minuten auch aufwache. Das sind dann meine Erholungszeiten. Also wirklich fünf Minuten. Weil ich bin wirklich immer am Hin- und Herlaufen oder am Machen.“ (Frau E.: 136)

Standen den untersuchten Familien vor Beginn der Pandemie zumindest niedrigschwellige Ausgleichs- und Erholungsmöglichkeiten wie Pflege von sozialen Kontakten, Teilnahme an Sportgruppen, Ausflügen o.ä. zur Verfügung, so sind diese infolge der Maßnahmen zum Eindämmen der Pandemie weggebrochen. Freiräume für sich konnten sich die Mütter teilweise nur auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit schaffen, in dem sie z. B. auf ausreichend Schlaf verzichteten. Ein der Mütter beschreibt, dass sie eigene soziale Kontakte über Chats und Sportaktivitäten nur nachts nachgehen könne, wenn ihre Kinder schlafen.

3.2.3 Bildung

Die Schließungen der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen stellte die interviewten Familien vor unüberwindbare Herausforderungen. Die Teilnahme am Distanzunterricht war für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen durch die sonderpädagogischen Bedarfe kaum möglich.

Eine bedarfsgerechte institutionelle Förderung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen an Kitas, Schulen und Werkstätten haben für betroffene Familien einen hohen Stellenwert. Diesen Einrichtungen kommt neben dem Bildungsauftrag eine besondere Rolle zu, da viele Förder- und Therapieangebote an diese angegliedert sind. Hier werden darüber hinaus soziale Kontakte aufgebaut und die speziellen Bedürfnisse, Bedarfe und Interessen der Kinder und Jugendlichen professionell adressiert. Die Zeiten, in denen Kinder institutionell betreut werden, sind den Eltern für die eigene Erholung und/oder die Erledigung der bürokratischen Aufgaben wichtig.

Aufgrund der Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie fand bei Kindern und Jugendlichen ein massiver Einbruch in der kulturellen Teilhabe, insbesondere im Bereich der Bildung statt. Die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen an formaler Bildung war aus mehreren Gründen eingeschränkt. Eine Expertin berichtet von mehreren Familien in ihrer Beratungsstelle, deren Kinder seit Beginn der Pandemie bis zum Zeitpunkt des Interviews im November 2021 keine Kita oder Schule mehr besucht haben, weil diese Kinder zur Risikogruppe gehören und nicht geimpft werden konnten. Für viele betroffene Kinder und Jugendliche war zudem

eine Teilnahme am Distanzunterricht kaum möglich, weil ihre sonderpädagogischen Bedarfe eine 1:1-Betreuung voraussetzte und durch die Eltern nicht adressiert werden konnten. Das bereitgestellte Material sowie die Zugangsplattformen seien darüber hinaus nicht barrierefrei. Wie die Mütter die Einbindung ihrer Kinder in den Distanzunterricht bewerteten, wird im nachfolgenden Zitat deutlich:

„Es war ja auch am Anfang mit der Schule wieder so deutlich, dass dann irgendwie die Kinder mit Behinderungen als Erstes abgehängt wurden und teilweise vergessen wurden. Es war insofern nicht ganz neu für uns, aber es war halt auch noch mal traurig, das zu sehen, wie das alles den Bach runtergegangen ist. Auch bei anderen Familien. [...] Für mich hat es einfach noch mal auf ein Gebiet mehr gezeigt, wie verletzlich und instabil das ganze Unterstützungssystem ist.“ (Frau H.: 163)

In der Wahrnehmung der Mütter gab es seitens der Schulen keine konkreten Ideen, wie Kinder und Jugendliche mit Behinderungen adäquat in den Distanzunterricht eingebunden und beim Lernen daheim unterstützt werden konnten.

Wie gut die Anbindung an die Schule während der Pandemie funktionierte, hing aus Sicht der befragten Mütter stark vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab.

Die Familien haben insgesamt gemischte Erfahrungen mit institutionellen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für ihre Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen gemacht. Bei engagiertem Personal bewerteten die Mütter den Kontakt als gut und für das Kind ausreichend, bei weniger engagierten Lehrkräften dagegen hatten sie das Gefühl, ihre Kinder würden abgehängt. Die nachfolgenden Zitate zeigen auf, wie sehr die Bewertung der Mütter vom Distanzunterricht von einzelnen Lehrpersonen abhing. Eine der Mütter machte sehr gute Erfahrungen mit einer engagierten Klassenlehrerin für ihr Kind mit Behinderung:

„Die Lehrerin ist wahnsinnig engagiert und hat uns wirklich immer super ausgestattet auch mit allem. Also da habe ich wirklich andere Sachen auch gehört, die ganz katastrophal gelaufen sind. Aber die jetzige Lehrerin ist da wirklich ganz toll gewesen. Also die hat es richtig gut strukturiert aufgearbeitet. Manche Fachlehrer, also zum Beispiel Englisch und so, da ist irgendwie kaum was passiert. Da fand irgendwie nichts statt. Aber die Klassenlehrerin war einfach wirklich richtig toll.“ (Frau E.: 118)

Eine andere Mutter berichtet auch von einem Distanzunterricht, dass aber die Lehrkraft hier zu einer abweichenden Bewertung kam und dementsprechend nicht regelmäßig den Kontakt suchte.

„Also mein Empfinden war das so ein bisschen, dass die Lehrkraft, die da zuständig war, das auch so ein bisschen hat schleifen lassen. Also erst war ja gar nichts. Und dann wurde eben, dass die quasi per FaceTime Kontakt hatten oder die Lehrkraft Podcasts aufgenommen hat und dann per FaceTime drüber gesprochen hat mit dem Kind. Das fand ich eigentlich ganz gut und hatte auch den Eindruck, dass das für das Kind gut funktioniert. Die Lehrkraft war da nicht so zufrieden. Aber ich fand es einfach alleine für das Kontakthalten ganz gut. Und ich hatte so ein bisschen den Eindruck, dass [das Kind mit Behinderung, Anm. d.V.] einfach runtergefallen ist und vergessen wurde oder so was. Das war halt einfach unregelmäßiger Kontakt so, der auch oft ausgefallen ist.“ (Frau H.: 81)

Wenn Kitas, Schulen oder Werkstätten geöffnet waren, wurde dies von vielen Familien zwar als große Entlastung empfunden. Gleichzeitig wurden sie aber mit der Situation konfrontiert, dass sie seitens der Schulen darum gebeten wurden, ihre Kinder noch daheim zu betreuen, da die Personalressourcen unter Pandemiebedingungen nicht für die Sonderbedarfe ausreichen würden. Eine Expertin berichtet, dass der erhöhte Personalbedarf des Wechselunterrichts dazu geführt habe, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen und mit erhöhtem Betreuungsbedarf nahegelegt wurde, die Kinder weiterhin daheim zu beschulen. Die Expertinnen kritisieren, dass trotz des rechtlichen Anspruchs auf eine Notbetreuung, bei der Wiedereröffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in der Pandemie die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen als erstes aus dem System rausgefallen sind. Gerade bei den drei Müttern mit mehreren schulpflichtigen Kindern – bei denen durch die Schließungen zeitweise nicht nur ein Kind mit Behinderung, sondern bis zu zwei weitere Kindern in der Betreuung und/oder Beschulung zuhause waren – war die Lage extrem angespannt.

Mit Blick auf die Zukunft und den weiteren Verlauf der Pandemie bestehen bei den Müttern Sorgen und Ängste um die Entwicklung und die Zukunftschancen ihrer Kinder. Eine Mutter macht sich beispielsweise Sorgen um die Sprachentwicklung ihres Kindes. Zuhause spricht die Familie türkisch, die Sozialisation in der deutschen Sprache hätte für das Kind primär in der Kita stattgefunden. Durch die langen Ausfälle beobachtet die Mutter jetzt ein Defizit in den deutschen Sprachkenntnissen bei ihrem Kind, das bis zur Einschulung kaum aufzufangen ist. Für die Mütter von Jugendlichen mit Behinderungen drehen sich Sorgen auch um die fehlenden Sozialkontakte und die akute psychische Belastung. Eine besondere Rolle nimmt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung aber die Zukunftsperspektive ein. Durch in der Pandemie eingeschränkten Möglichkeiten

zur Berufsorientierung, wie Praktika, sowie die stark eingeschränkte Unterstützung beim Erlangen von qualifizierenden Abschlüssen im Bildungssystem sehen sie sich auf dem Weg ins junge Erwachsenenalter vielen Hürden gegenüber.

3.2.4 Gesundheit

Die Einschränkungen zum Eindämmen der Pandemie führten bei den Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihren Familien mehrheitlich zu psychischer Belastung und einer Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens. Die gesundheitliche Versorgung der Kinder und Jugendlichen in der Pandemie fiel schlechter aus als zuvor.

Die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind noch nicht abschließend abzuschätzen. Die Expertinnen teilen allerdings ihre Beobachtungen von negativen gesundheitlichen und sozioemotionalen Auswirkungen (z. B. Gewichtszunahme, psychische Zusammenbrüche) bei den Kindern mit. In der Pandemie wurden Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen über die allgemein bekannte Überlastung von Familien hinaus mit weiteren spezifischen Problemen konfrontiert. Diese unterschieden sich je nachdem, welche Art und Schwere der Beeinträchtigung vorlag. Die befragten Expertinnen berichten, dass Kinder mit geistigen Behinderungen vor allem aufgrund einer fehlenden Alltagsstruktur belastet waren. Bei geistigen Behinderungen wäre eine Selbststrukturierung häufig schwierig. Für Kinder mit körperlichen Behinderungen sei hingegen vor allem die soziale Isolation gravierend. Mehrere Familien hätten ihnen von psychischen Zusammenbrüchen berichtet. Je nach Art der Beeinträchtigung haben die Kinder und Jugendlichen verschiedene Verhaltensauffälligkeiten gezeigt, wie z. B. Fremd- oder Autoaggressionen sowie normverletzende Ausdrücke von Sexualität. Das Gesundheitsverhalten verschlechterte sich durch die eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten und eine Zunahme des Medienkonsums, da andere Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten gefehlt haben.

Auch die befragten Mütter berichteten von einer Zunahme an auffälligem Verhalten bei ihren Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Bei einem jungen Mann, der in der Kommunikation und Emotionsregulation beeinträchtigt ist, zeigte sich vermehrt selbstverletzendes Verhalten. Bei Stress kratzt er sich blutige Wunden am ganzen Körper. Er befindet sich zwar in psychologischer Behandlung, es gebe aber keine Interventionsmöglichkeiten. Diese Situation ist für die ganze Familie sehr belastend. Eine weitere Mutter berichtet von einer massiven Verschlimmerung psychischer Symptome und Verhaltensauffälligkeiten bei ihrem Sohn. Vor der Pandemie stellte beispielsweise das Training im Fitnessstudio einen wichtigen

Ausgleich für ihn dar. Der soziale Rückzug, Paranoia und aggressives Verhalten haben in der Pandemie so stark zugenommen, dass der Sohn sein Zimmer gar nicht mehr verlässt und auch für soziale Hilfen nicht mehr zugänglich ist. Seine Mutter berichtet auch von eigener psychischer Belastung durch die Pandemie, in deren Zuge sie Panikattacken entwickelt hat. Insgesamt habe die Pandemie bei der Familie einen Rückzug aus der Gesellschaft zur Folge gehabt:

„Weil irgendwie – da [vor der Pandemie, Anm. d.V.] haben wir psychisch so frei gedacht, man hatte mehr Anlauf nach draußen. Und man hat sich nicht so eingedrängt gefühlt. Und ich denke mir, wegen der Pandemie hat sich der Körper und Psyche sich so dran schon gewöhnt, dass wir jetzt so wie in einem kleinen Zimmer sind [Sich psychisch und gedanklich eingeeengt fühlen, Anm. d.V.]. Und wenn wir rausgehen, auch schnell wieder zurück nach Hause gehen möchten.“ (Frau Z.: 67)

Zusätzlich zu ungesundem Gesundheitsverhalten und hoher psychischer Belastung war auch die gesundheitliche Versorgung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in der Pandemie eingeschränkt. Zwei Mütter berichten, Arzttermine und Krankenhaustermine aus Sorge vor einer Ansteckung verschoben zu haben. Damit sind notwendige medizinische Kontrollen und Behandlungen weggefallen oder wurden aufgeschoben. Viele medizinische und sozialtherapeutische Behandlungen fielen aber auch ohne die Entscheidung der Eltern weg, wenn beispielsweise an Förderschulen angebundene Therapien mit den Schulschließungen ausfielen.

Auch die Sorge vor dem Virus selbst und der Umgang mit den Pandemiemaßnahmen war für einige der Mütter schwierig. Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung konnten die Pandemie im Allgemeinen sowie die Einschränkungen des sozialen Lebens teilweise nicht begreifen. Eine Mutter stand vor der Frage, ob sie ihr Kind mit Behinderung impfen lassen sollte oder nicht: Durch die Kommunikationseinschränkung hätte er Nebenwirkungen oder Schmerzen nicht mitteilen können. Gleichzeitig bestand große Angst vor einer Ansteckung ihres Kindes. Auch bei einer Infektion könnte er Erkrankungssymptome wie Atemnot in der Nacht nicht mitteilen. Bei Kindern mit körperlichen Behinderungen dagegen bestand teilweise eine Zugehörigkeit zur Risikogruppe oder Maßnahmen zum Schutz konnten aufgrund der Behinderungen nicht eingehalten werden. So konnte z. B. ein Kind aufgrund einer motorischen Behinderung inklusive Spuckstörung keine Maske tragen. Eines der Kinder mit Behinderung infizierte sich im Laufe der Pandemie mit Corona und musste infolge dessen stationär im Krankenhaus behandelt werden. Für das Kind und seine Mutter war diese Situation schwer belastend. Zusätzlich

stand für die Mutter die Frage im Raum, ob sie die Situation hätte vermeiden können und wie sie ihren Kindern in der Pandemie Teilhabe am Leben ermöglichen und sie gleichzeitig vor gesundheitlichen Folgen schützen kann.

3.3 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Fachstellen

Im Verlauf der Pandemie konnten Kontakte zu Familien von den Beratungsstellen zwar mit viel Kreativität und Engagement insgesamt aufrechterhalten werden. Jedoch gingen insbesondere Kontakte zu multipel belasteten Familien teilweise verloren.

Die Fachstellen mussten ihre Arbeit mit dem Beginn der Corona-Pandemie umfassend umstellen, da der Regelbetrieb mit direktem Familienkontakt zeitweise nicht mehr möglich war. Als Mütter von Kindern mit Behinderungen waren auch die befragten Expertinnen selbst mit schwierigen familiären Situationen konfrontiert. Den Kontakt zu anderen Betroffenen zu halten und die Familien nicht alleine zu lassen war den Expertinnen auch aus den eigenen Erfahrungen heraus ein großes Anliegen. Da viele Anlaufstellen und Ämter in der Pandemie teilweise auch für die Beratenden selbst nicht erreichbar waren, war es für sie schwer, eine Lotsenfunktion für ihre Klientinnen und Klienten zu übernehmen und/oder Informationen einzuholen. Unsicherheiten über Regelungen in der Pandemie und fehlende Informationen für die Zielgruppe haben die Hürden für Fachkräfte und Familien weiterhin gesteigert. Im nachfolgenden Zitat wird eine durch diese Unsicherheiten ausgelöste Belastung beispielhaft beleuchtet:

„Es waren ja immer wieder neue Zahlen, immer wieder neue Sachen. Dieses Hin und Her, das hat uns sogar wahnsinnig gemacht. Also ich möchte nicht wissen, was unsere Kinder oder die Familien da durchgemacht haben in Berlin. Also dieses Unsichere einfach, das war nicht zu vertragen oder nicht zu ertragen.“ (Expertin III: 177)

Fehlende Informationen bezüglich der Umsetzung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, des Umgangs mit neuer Technik und fehlende Lizenzen für neue Kommunikationstools waren bei der Umstellung besonders hinderlich. Als hilfreich erlebten die Expertinnen hingegen den Rückhalt und das Verständnis innerhalb ihrer Teams für die Notwendigkeit einer raschen Anpassung an neue Rahmenbedingungen und die Unterstützung des Netzwerks der Selbsthilfvereine hinsichtlich der

Klärung allgemeiner Fragen. Die Kommunikation über die digitalen Medien war aus Sicht der Expertinnen bei Kurzberatungen oder Erstgesprächen eher unproblematisch. Bei längeren Beratungsgesprächen erlebten die Expertinnen die Umstellung hingegen als ungewohnt und schwierig, da sich insbesondere der Umgang mit belastenden Situationen während einer digitalen Beratung als herausfordernd herausgestellt hat. Nachfolgend wird die Bedeutung der persönlichen Begegnungen im Beratungskontext auf den Punkt gebracht:

„Also die Selbsthilfe lebt ja eigentlich schon sehr vom Austausch und eben auch diesen persönlichen Treffen. Also das wird als Familie immer als sehr heilsam und wichtig empfunden. Und da eben Formate zu finden, die irgendwie dem nahe kommen, das war einfach auch eine sehr große Hürde und ist uns, glaube ich, auch nicht so richtig gelungen, aber weil es auch so schwer machbar ist, weil persönlich zu ersetzen kann man irgendwie nicht.“ (Expertin I: 71)

Während zu Beginn der Pandemie im März 2020 die Kontakte zur Klientel der Beratungsstellen fast vollständig abgebrochen waren, konnten diese im zeitlichen Verlauf nach und nach wiederaufgebaut und aufrechterhalten werden. Besonders schwierig war dabei die Unterstützung von mehrfach oder stark belasteten Familien, wie z. B. armutsbetroffener Familien oder Familien mit Sprachbarrieren. Bei diesen Familien bestanden oft viele Unsicherheiten in Bezug auf Beratungen im Online-Format, ein zu geringes Technikverständnis und mangelhafte Ausstattung mit Endgeräten. Die Expertinnen berichteten zudem von Ängsten vor Ansteckung und Unsicherheit im Umgang mit dem Virus als Hürde im Kontakt zu vielen Familien. Diese begründeten sich darin, dass sowohl die Beratenden als auch die Beratungssuchenden häufig entweder selbst der Risikogruppe angehören oder Angehörige mit Risikofaktoren haben. Die schnell wechselnden Pandemiebedingungen und gesetzlichen Vorgaben schafften für die Expertinnen Unsicherheit in Bezug auf ihre Arbeit. Es ist ein ständiger Abstimmungsprozess innerhalb der Fachteams und mit den Familien erforderlich. Rückblickend stellen die befragten Expertinnen fest, dass ihre Leistungen – wie in vielen anderen Bereichen – allmählich ins Digitale verlagert wurden, sodass sie mittlerweile Kontakte zu Beratungssuchenden über vielfältige Kommunikationswege, wie z. B. Videoanrufe, Chat und Telefon, anbieten können.

„Also am Anfang war es natürlich schwierig, an die Zielgruppe zu kommen, aber mittlerweile merke ich, da ist so viel Vertrauen entstanden [...]. Wir haben engen Kontakt zu den Familien. Wir haben eine WhatsApp-Gruppe für unsere Mädchen eingerichtet. Wir haben eine WhatsApp-Gruppe für Familien, also für Mütter hauptsächlich

lich. Wir haben eine Selbsthilfegruppe und über die haben wir einen engen Kontakt. Und wir haben auch natürlich telefonischen Kontakt.“ (Expertin III: 15)

Eine Expertin berichtet, dass die Freizeitgruppen ihres Vereins mit unterschiedlichem Erfolg auf Online-Formate umgestellt wurden. Teilweise seien in der Pandemie neue erfolgreiche Formate des Kontaktes entstanden; teilweise erwiesen sich die erprobten Aktivitäten als wenig sinnvoll. Nachfolgend werden zwei Aktivitäten beispielhaft dargestellt:

„Ja, also was ich sehr schön fand, die Kochgruppe ist ja dadurch entstanden. Und man kann über Zoom mit den Jugendlichen prima kochen.“ (Expertin III: 89)

„Also die Schwierigkeit war natürlich, dass der persönliche Kontakt gefehlt hat [...]. Man hat dann eben auch Theater zum Beispiel über Zoom gemacht. Aber ich habe von den Müttern erfahren, die Jugendlichen saßen einfach vor dem, ob sie vor einem Fernseher saßen und die haben alles nur geguckt. Also so richtig aktiv konnten sie nicht werden. Also man konnte nicht richtig mit ihnen mit Theater zusammenarbeiten.“ (Expertin III: 85)

Nach Einschätzung einer Expertin bevorzugte im Herbst 2021 weiterhin ca. ein Viertel der Familien in ihrer Beratungsstelle den Kontakt per Video oder Telefon. Die weiteren drei Viertel und damit der Großteil der Familien würden persönlichen Kontakt bevorzugen.

3.4 Wünsche, Erwartungen und Forderungen der Befragten an die Politik

Die selbst ebenfalls betroffenen Expertinnen und die interviewten Familien kennen nicht nur die Problemlagen in ihrem Alltag und in der Pandemie genauestens. Sie haben auch konkrete Vorschläge und Vorstellungen, was getan werden soll, um die Lebensumstände für sich selbst und andere (armutsbetroffene) Kinder und Jugendliche und ihre Familien zu verbessern. Die konkreten Wünsche und Forderungen der interviewten Expertinnen und Familien werden in diesem Kapitel wiedergegeben.

3.4.1 Anlaufstellen und Strukturen im Unterstützungssystem

Die Familien und Expertinnen formulieren konkrete Bedarfe für Änderungen in den bestehenden Strukturen im Unterstützungssystem sowie für das Schaffen neuer Strukturen. Die Kernforderungen sind dabei zugänglichere Informationen zum Hilfesystem, ein Fallmanagement für die Familien und eine unabhängige Beschwerdestelle.

Um möglichst viele hilfebedürftige Familien bedarfsgerecht zu unterstützen, bräuchte es aus Sicht der Familien und Expertinnen vor allem eine gebündelte, übersichtliche und zugängliche Darstellung relevanter Informationen über Möglichkeiten und Wege im Unterstützungssystem.

Der Fachkräftemangel und das Informationsdefizit verstärken die unzureichende Versorgungslage von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihren Familien. Eine der Mütter betont, dass beide Probleme gelöst werden müssten, um für betroffene Familien eine essenzielle Verbesserung der Lebenslage zu erreichen: Ihr zufolge bräuchte es sowohl eine übersichtliche Darstellung des Hilfesystems sowie ein ausreichendes Angebot an Fachkräften.

Aus Sicht der interviewten Expertinnen würde eine gebündelte, übersichtliche Darstellung der Informationen über die zur Verfügung stehenden Hilfen den Zugang zu Leistungen für die Zielgruppe deutlich erleichtern. Um weitere Barrieren zum Unterstützungssystem abzubauen, wären folgende Schritte nötig:

- Anträge und Antragswege sowie Zugänge zu Ansprechpersonen sollen möglichst verständlich und kurzgehalten werden;
- Es braucht gebündelte und für die Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen und ihre Familien zugängliche Informationen für die Fachkräfte und Familien. Die Informationen sollen für die jeweilige Zielgruppe bedarfsgerecht (übersichtlich, einfache Sprache, barrierefreie Präsentation) zusammengestellt und in verschiedenen Sprachen digital und in Papierform angeboten werden. Bestimmungen, Informationen oder Anlaufstellen, die sich nach Bezirk unterscheiden können, sollen bezirksspezifisch aufgegliedert und dargestellt werden;
- Es bedarf einer Beschwerdestelle, an die sich Familien bei Problemen hinsichtlich der Inanspruchnahme von Leistungen und der Erhebung von Ansprüchen wenden können;

- Statt einer Verteilung der Zuständigkeiten auf viele verschiedene Anlaufstellen soll es mehr Case Management für die Betroffenen geben, sodass eine Ansprechperson gebündelt für Anfragen und Hilfebedarfe einzelner Familien zuständig ist und diese individuell begleiten kann.

Die Familien wünschen sich eine konstante Ansprechperson in Form eines Fallmanagements, die ihre besonderen Lebenslagen und Bedarfe kennt, ihre Fragestellungen bündelt und umfassend unterstützt.

Die Lebenssituationen und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die ihrer Familien sind sehr individuell. Fachspezifische Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner an verschiedenen Stellen können zwar einzelne Fragen schnell klären, werden aber der Komplexität der familiären Belange oft nicht gerecht. Die Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wünschen sich daher schnelle und unbürokratische Hilfen in Form von einem Fallmanagement. Als hilfreich werden einzelne konstante Ansprechpersonen genannt, die bei Anträgen und Wegen im Hilfesystem unterstützen und die Situation der Familie umfassend im Blick behalten würden.

„Ganz speziell die Informationen zu bekommen. Dann zeitnah Hilfen zu bekommen, Unterstützung zu bekommen. Also ich würde mal sagen [...] Familien mit behinderten Kindern brauchen gerade in solchen Zeiten viel mehr Unterstützung, sowohl Informationen als auch bedarfsgerechte [Hilfen]. Also was brauche ich und dann müsste das eben auch sehr unbürokratisch [gehen]. Da spielt aber auch eine Rolle, was wir als pflegende Angehörige schon seit Jahren fordern, so was wie ein Case Management. Also jemand, der sehr neutral ohne irgendwelche Verbandelung auf die Familie schaut und guckt, was braucht die Familie. Und dann guckt, wo sind die Töpfe, was kann man sich noch holen oder was braucht es eben noch zusätzlich, was es noch nicht gibt.“ (Frau E.: 124)

Auch die Expertinnen, die gleichzeitig auch Betroffene sind, fordern ein Fallmanagement für betroffene Familien. Sie wünschen sich, dass eine zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien geschaffen wird, die von Anfang an eine kontinuierliche Begleitung anbietet und interdisziplinär aufgestellt ist.

„Aber nicht nur Lotsenfunktion, sondern tatsächlich auch Case Manager. Es bringt den Eltern überhaupt nichts, weil das macht die ganze Stadt: Ja, da gehen Sie mal zu der Beratungsstelle, die kümmert sich um Schwerbehinderung. Oder gehen Sie mal dort hin, die kümmert sich

um das. Das funktioniert nicht, das passiert sowieso schon, das Wegverweisen irgendwie anders hin. Und dann kommen da irgendwie 28 Stellen zusammen, die irgendwie angelaufen werden. Das ist wirklich: Eltern an die Hand nehmen oder auch die Kollegen. Und mit denen aktiv machen.“ (Expertin II: 22)

Die Expertin hebt deutlich den Unterschied zwischen Fachstellen mit Lotsenfunktion und einzelnen Fallmanagerinnen und Fallmanagern, die gebündelt für die Anfragen und Hilfebedarfe einer Familie zuständig sind, hervor.

Für die Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen entstehen bei der Wahrnehmung ihrer Anrechte teilweise schwer lösbare Konflikte mit Ämtern. Ansprüche mussten seitens der Familien wiederholt auf dem Klageweg durchgesetzt werden; manche Familien verzichteten aus Sorge vor Retributionen auf ihnen zustehende Hilfen. Es braucht daher eine unabhängige Beschwerdestelle, um die Rechte der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die ihrer Familien zu schützen.

Die pflegenden Angehörigen stehen wegen ihrer Kinder mit Behinderungen im ständigen Kontakt mit verschiedenen Ämtern. Dabei kam es bei zwei Müttern zu eskalierenden Konfliktsituationen, aufgrund derer Ansprüche auf Hilfen für das Kind nur verzögert oder gar nicht wahrgenommen werden konnten. Nachfolgend werden diese beiden sehr spezifischen Situationen beispielhaft beschrieben. Inwiefern diese Beispiele die gängige Praxis abbilden, lässt sich im Rahmen der vorliegenden Expertise nicht beurteilen.

In einem ersten Beispiel bekam die befragte Mutter erst über einen Klageweg einen Schulhelfer für ihr stark körperbehindertes Kind. Zuvor musste sie bereits den Besuch der Förderschule, die von der vom Schulamt gewünschten Schule abwich, einklagen. Die erste Hürde stellten für die Mutter fehlende Informationen dar. Ihr war lange nicht klar, worauf genau ihr Kind einen Anspruch hat und wie sie diese Hilfen in Anspruch nehmen kann. Bei der Beantragung des Schulhelfers sind verschiedene Stellen zuständig: Die Schule beantragt Schulhilfen beim SIBUZ, bekommt aber nur ein Kontingent auf Klassenebene genehmigt, nicht auf Kinderebene. Die genehmigten Stunden teilt die Schule dann in der Klasse zu. Das SIBUZ stimmte der Mutter zu, dass ihr Sohn eine Einzelbetreuung benötigt. Für die Schulhilfen in Form einer Einzelbetreuung ist jedoch eine andere Stelle zuständig. Wie lange das die Hilfen für das Kind verzögert hat, zeigt das folgende Zitat der Mutter:

„Und die Senatsverwaltung beziehungsweise das SIBUZ hat dann immer gesagt: Nein, für Ihren Sohn geben wir nichts, denn er braucht eine

1:1-Betreuung. Und das ist nicht klassenbezogen. Das heißt, es fällt nicht in deren Bereich. [...] Ein Kind, was eine 1:1-Betreuung braucht, benötigt – alle sind sich da einig – hat null Stunden bekommen, null. Bis ich erst mal verstanden habe, was das bedeutet und was meine Rechte sind, sind zwei Jahre ins Land gegangen.“ (Frau E.: 92)

Da in diesem Fall die Bedarfsdeckung nicht durch die Schule erfolgen konnte, war die Eingliederungshilfe für die Genehmigung von Einzelbetreuung zuständig geworden, diese lehnte eine Einzelbetreuung jedoch ab.⁴¹ Die Mutter musste die Einzelbetreuung über den Rechtsweg bei der Eingliederungshilfe einklagen und bekam Recht. Die Hilfe muss allerdings jedes Jahr neu beantragt und bewilligt werden. Obwohl sich in der Zeit an dem Hilfebedarf des Kindes mit Behinderung nichts geändert hat, lehnte die Eingliederungshilfe die Schulhilfe erneut ab. Die Mutter musste somit erneut klagen und bekam wieder Recht bis zu einem Stundenkontingent von 28 Schulstunden die Woche. Im dritten Jahr in Folge haben sich die zuständigen Stellen auf ein Stundenkontingent geeinigt. Die Mutter führt dies auf ihre ‚Klagefreudigkeit‘ zurück.

In einem weiteren Beispiel handelt es sich um Vorbehalte einem Jugendamt gegenüber. Aufgrund eigener schlechter Erfahrungen und Skepsis gegenüber dem Jugendamt verzichtet eine Familie auf staatliche Hilfen für das Kind mit Behinderung. Die Familie lebt in einer finanziell prekären Lage; die Mutter hat Angst, dass ihr die Kinder genommen werden und/oder, dass die Beantragung der Hilfen eher negative Konsequenzen als die Verbesserung ihrer Lage nach sich ziehen würde. Nachfolgend wird die Situation aus der Perspektive der Mutter beleuchtet:

„Also es gibt viel mehr Sachen, auf die wir einen Anspruch hätten, besonders das ältere Kind Anspruch hätte, was wir halt nicht nutzen können. Weil es einerseits Aufwand ist, andererseits alles, was in Berlin über das Jugendamt läuft, ist halt einfach gefährlich für uns. Alles, was über Jugendamt, Schule läuft, da sind wir sehr, sehr vorsichtig, welche Hilfen wir überhaupt beantragen, weil das eben auch schnell nach hinten losgehen kann. Jede Hilfe, die wir beantragen, da müssen wir sagen, wir schaffen es nicht alleine. Und sobald wir dem Jugendamt sagen, wir schaffen es nicht alleine, dann kann das Jugendamt wieder Stress machen. Also da sind wir sehr, sehr vorsichtig. [...] Naja, überlastete Eltern, Kindeswohlgefährdung.“ (Frau H.: 47, 49)

⁴¹ Bevor Leistungen zur Teilhabe an Bildung durch die Teilhabefachdienste Jugend bewilligt werden, ist zunächst zu prüfen, ob eine Bedarfsdeckung durch vorrangige Dritte, wie z. B. Schule, zu erfolgen hat (vgl. Nr. 134 f. AV EH). Soweit im Einzelfall erforderlich, ist durch den Teilhabefachdienst Jugend und die zuständige Schulleitung unter Einbezug der für die schulische Förderung des Kindes/Jugendlichen zuständigen Personen im Rahmen von Kommunikation und Abstimmung sicherzustellen, dass - gemeinsam mit den Sorgeberechtigten - die Fallkonstellation gewürdigt wird und unter Beachtung der Zuständigkeiten eine abgestimmte Lösung im Interesse des Kindes erreicht wird.

Die Angst stammt sowohl aus eigenen Erfahrungen⁴² als auch Geschichten aus dem Umfeld, von anderen Familien mit Kindern mit Behinderungen. Die Mutter selbst berichtet, sie habe miterlebt, wie eine Kindeswegnahme als Drohung eingesetzt worden sei:

„Es ist eine sehr reale Bedrohung für uns. [...] Das kann ich ja sagen, weil da gibt es auch Leute, die schon vor Gericht sind deswegen, dass zum Beispiel die Schulen, Schulämter Familien mit teilweise Sorgerechttzügen drohen, wenn die ihre Kinder nicht an die Schule schicken wollen, die das Schulamt gerne hat. Also die sind da sehr schnell dabei, mit solchen Geschichten zu drohen bei Kindern mit Behinderungen. [...] Und es ist leider immer wieder ein Thema, es wird auch immer wieder damit gedroht.“ (Frau H.: 116)

Die betroffenen Mütter und auch eine der Expertinnen fordern aufgrund der oben beschriebenen Erfahrungen eine unabhängige Beschwerdestelle:

„Und aber auch tatsächlich Beschwerdemöglichkeiten [...] Also das ist halt auch ohne Corona für unsere Familien ein Problem, dass, selbst wenn ich eine Gesetzesgrundlage habe oder eine Möglichkeit, eine Vorschrift, wenn die nicht eingehalten wird von der anderen Seite: Was kann ich tun so? Ein Beschwerdemanagement. Und welche konkreten Ansprechpersonen habe ich einfach auch? Also das ist auch oft nicht vorhanden so.“ (Expertin I: 121)

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien brauchen eine Anlaufstelle, die sie bei Konflikten mit Ämtern berät und sie darin unterstützt, ihre Rechte durchzusetzen.

3.4.2 Politische Interessenvertretung und Beteiligung

Die Expertinnen und Familien fordern eine Verbesserung in der politischen Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen, als Voraussetzung für eine Veränderung im System. Sie wünschen sich dabei sowohl, dass die Interessen von Menschen mit Behinderungen politisch und gesellschaftlich in den Fokus gerückt werden, als auch, dass Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige ihre Interessen selbst politisch vertreten können. Die Forderungen nach der gezielten Beteiligung und auf verschiedenen Ebenen wird im Folgenden dargestellt.

⁴² Aufgrund des zugesicherten Datenschutzes seitens des ISS-Frankfurt a. M. kann an dieser Stelle auf die besondere Situation der Familie nicht detaillierter eingegangen werden.

Die betroffenen Familien wünschen sich, dass die Lebensrealitäten, Bedarfe und Bedürfnisse der Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bei der fortschreitenden Digitalisierung – insbesondere bei der Entwicklung neuer Formate für die Beteiligung am Arbeitsmarkt sowie kulturelle und soziale Teilhabe – seitens der Politik ausdrücklich berücksichtigt werden, damit neue Möglichkeiten der Beteiligung für die Verbesserung ihrer Gesamtsituation stärker genutzt werden können.

Die Einschränkungen und Veränderungen durch die Pandemie haben für die Familien und die Kinder mit Behinderungen zwar primär eine Belastung dargestellt, die Mütter berichten aber auch von positiven Veränderungen infolge der Digitalisierung und Flexibilisierung im Bereich Lohnarbeit und Bildung im Zuge der Pandemie. Die Möglichkeit für die Mütter im Homeoffice zu arbeiten und die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten sowie für die Kinder über den Distanzunterricht auch bei langen Krankheitszeiten am Unterricht teilzuhaben, bewerteten die Familien als Zugewinn.

So war es in der Pandemie für eine der befragten Mütter möglich, einen Teilzeitjob mit niedriger Stundenzahl anzunehmen, weil ihr flexibles Homeoffice ermöglicht wurde. Durch die hohe Flexibilität in den Arbeitszeiten und die Möglichkeit, mobil oder von Zuhause aus zu arbeiten, kann sie den Job besser in ihren vollen Alltag einplanen. Obwohl die Anstellung nur im Niedrigstundensbereich ist, ist bereits der geringe Zuverdienst für die armutsbetroffene Familie hilfreich. Die betroffene Mutter äußert die Befürchtung, die Flexibilität und Möglichkeit zur Arbeit von Zuhause aus, die sich durch die Pandemie in ihrem Nebenjob für sie ergeben haben, wieder zu verlieren. Sie thematisiert daher den Wunsch, dass von Seite der Arbeitgeber und der Politik die Möglichkeit zu flexibleren Arbeitsmodellen auch nach der Pandemie beibehalten werden soll.

Für eines der Kinder mit Behinderung, das aufgrund der Behinderung und einer Erkrankung viele Fehlzeiten in der Schule hat, war die Möglichkeit, über digitale Medien am sozialen Leben und am Distanzunterricht teilzuhaben ebenfalls eine wichtige positive Entwicklung. Das Kind hat eine körperliche Behinderung, mit der es digitale Medien und Kommunikationswege gut nutzen kann. Durch die Möglichkeit, beispielsweise über Aufzeichnungen auch asynchron am Unterricht teilzunehmen, wurde dem Kind mehr Bildungsteilhabe ermöglicht als vor der Pandemie, als eine persönliche Präsenz zwingend erforderlich war. Auch die größere Bereitschaft in der Gesellschaft, über digitale Medien soziale Kontakte zu pflegen, bewertet die Familie als Teilhabezugang für das Kind. Die Familie würde sich das Fortbestehen dieser Möglichkeiten für ihr Kind wünschen, da das Kind voraussichtlich auch nach der Pandemie weiterhin häufige Fehlzeiten haben wird.

In den Vereinen der Selbsthilfe ist viel Expertise zu den Bedarfen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen vorhanden. Diese Expertise soll gezielt und systematisch in politische Prozesse einbezogen werden.

Eine der Mütter weist darauf hin, dass die notwendige Expertise zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in den Berliner Selbsthilfevereinen bereits vorhanden ist. Das Wissen um Problemlagen und die Forderungen zur Verbesserung der Lage der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen und ihrer Familien haben sich durch die Pandemie nicht grundsätzlich erweitert, stattdessen wurden aus Sicht der Mutter bestehende Forderungen bestärkt. Sie wünscht sich, dass die bestehenden Strukturen, insbesondere die Selbsthilfeverbände, systematisch in politische Prozesse mit einbezogen werden, um bedarfsgerechte Unterstützung und Inklusion zu erreichen. Ihr Appell richtet sich dabei direkt an die Politik:

„Und dass Politik nicht immer starr nach Parteiprogrammen geht, sondern es müsste eigentlich nach Bedarfen gehen und nach Bedürfnissen gehen. [...] Politik muss viel flexibler werden, viel, viel flexibler, darf auch nicht immer nur irgendwie ein paar Jahre hinausgedacht werden und dann verändert es sich doch wieder nach vier Jahren wieder. Also all die Pläne, die Verbesserungspläne pflegender Angehörige, die im letzten Koalitionsvertrag standen und nicht umgesetzt wurden, sind jetzt wieder komplett obsolet. Klar, gibt es auch wieder neue Forderungen und neue Koalitionsvereinbarungen. Aber es muss langfristig daran gearbeitet werden und vor allem einfach viel mehr diese Betroffenen-Verbände mit einbezogen werden. Die wissen das. Wir wissen das. Also es gibt so viele engagierte pflegende Eltern, die ganz klar wissen, was sie brauchen. Und darauf muss eingegangen werden.“ (Frau E.: 154)

Pflegende Angehörige, die in dem Bereich der Behindertenhilfe tätig sind, bringen besondere Qualifikationen und Wissen mit: Sie kennen die Bedarfe der Zielgruppe und der Familien sowohl aus eigener als auch aus professioneller Perspektive. Damit die Inklusion in der Praxis besser gelingen kann, sollte mit betroffenen Gruppen regelmäßig und systematisch zusammengearbeitet werden.

„Das und natürlich Inklusion in allen Bereichen des Lebens, da muss es endlich Fortschritte geben. Ich bin hier in der Spielplatzkommission zum Beispiel auch drin gewesen, zum Glück sind die hier in meinem Bezirk auch sehr engagiert gewesen und haben auch zugehört. Und wir konnten sehr viel zu einem neugestalteten Spiel-

platz unseren Senf dazugeben. So was muss es viel, viel mehr geben, Beteiligung, Bürgerbeteiligung.“ (Frau E.: 156)

Die interviewten Expertinnen sehen ihre Expertise in den Lebensrealitäten und Bedarfen der Familien sowie mit Blick auf die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf ihre Zielgruppe. Daher soll die Expertise der Vereine aus der Selbsthilfe anerkannt, von Anfang an in den Prozess gezielt mit einbezogen und honoriert werden. Die Kritik der Expertinnen zeigt, dass aus ihrer Sicht eine aktive und zielführende Beteiligung der politischen Vertretung von Menschen mit Behinderungen aktuell kaum stattfindet.

„Punkt eins und der wichtigste überhaupt, dass die irgendwie mal auf die Idee kommen und anfangen, die wenigen Akteure, die diese Familien jetzt über die ganze Zeit ehrenamtlich begleitet haben und sozusagen den Job der Senatsverwaltung eigentlich gemacht haben, mit denen ins Gespräch zu kommen und sich mit denen einzusetzen und zu sagen, wir wollen hier ein Rundschreiben machen oder das und das rausbringen. Was ist denn aus Ihrer Sicht wichtig und auch in der Praxis gut anwendbar für die Familien? Also wirklich uns tatsächlich einbeziehen und uns fragen, was braucht es. Und vor allen Dingen tatsächlich ernst zu nehmen mit dieser Forderung, dass es irgendwie einen Informationszugang geben muss und nicht an Millionen unterschiedlichen Stellen und irgendwo in irgendwelchen anderen Schreiben, sondern da ernst genommen zu werden [...]. Auch: Wie sollen denn die Konzepte aussehen, wie kann es denn funktionieren? Da konkret fragen, mit uns reden, uns fragen. Nicht erst hinterher. Sondern sofort.“ (Expertin II: 114)

Zwei der befragten Expertinnen kritisieren, dass die Expertise der Beratungsstellen zu relevanten Gesetzesentwürfen und Verordnungen erst am Ende des Revisionsprozesses angefordert wird, wenn keine realen Einflussmöglichkeiten mehr bestehen:

„Wenn Verordnungen entstehen, wenn neue Gesetzestexte oder neue Sachen entstehen, die für unsere Zielgruppe relevant sind, dass man uns da einbezieht und nicht uns ein Papier vorlegt von zwanzig Seiten und sagt: „Jetzt guckt mal noch drüber, ob das irgendwie gut für euch wäre“, weil das einfach nicht machbar ist, sondern uns in diesem Prozess von Anfang an mit einzubinden.“ (Expertin I: 49)

Die Expertinnen beziehen ihrer Kritik nicht auf konkrete Gremien oder eine spezifische politische Ebene, vielmehr

kritisieren sie einen allgemeinen Missstand sowohl in den Ämtern, als auch in Arbeitsgruppen des Berliner Senats bzw. der Landeskommission und in der bundesweiten Politik. Als Beispiel benennt eine Expertin den Gesetzesentwurf zu Schulassistenten bzw. Schulhelfern in Berlin, bei dem zwar eine Kollegin aus der Selbsthilfe eher zufällig an der federführenden Senatsgruppe teilnahm, deren Stimme alleine jedoch kein großes Gewicht hatte. Die Expertinnen bringen ihre Kritik wie folgt auf den Punkt:

Die Zielgruppe der (armutsbetroffenen) Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen soll politisch und gesamtgesellschaftlich gezielt im Blick gehalten werden. Teilhabe und Interessenvertretung müssen gezielt gewährleistet werden.

Die Expertinnen kritisieren, dass Menschen mit Behinderungen in der politischen Arbeit oft nur ein Randthema darstellen. Es bestehe für diese Personengruppe wenig Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und in der Politik. Die Familien würden allgemein und insbesondere in der Pandemie selten explizit in den Fokus gerückt und oft sogar vergessen:

„Aber das ist schon spürbar im Allgemeinen, also auch ohne Corona, dass die Familien sehr wenig in die Öffentlichkeit gerückt werden oder wenn, dann geht es immer um so Spezial- und Sonderfälle und ganz wahnsinnig spektakuläre Geschichten irgendwie. Aber genau, die Bedarfe oder Bedürfnisse werden generell sehr wenig erfasst. Ja, und wie gesagt, wenn dann eher halt also nicht als neutrale Information, sondern halt als Story irgendwie und genau. Also zur Corona-Pandemie, würde ich sagen, also was man an dieser Impfpriorisierung sieht, wurden die wirklich einfach vergessen.“ (Expertin I: 105)

Laut einer Expertin findet die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretung insbesondere im Kinder- und Jugendbereich nicht ausreichend statt. Besonders die zu späte Einbindung in wichtige politische Entscheidungsprozesse und die fehlende gezielte Beachtung der Zielgruppe kritisieren die Expertinnen.

„Also ich möchte, dass die Politik sich ein bisschen Gedanken macht und nicht irgendwie alles dem Zufall lässt oder dass da richtige Entscheidungen getroffen werden und dass man vielleicht in bestimmten Bereichen nicht so lange warten sollte.“ (Expertin III: 227)

Die aus ihrer Sicht nicht ausreichende politische Einbindung versuchen die Expertinnen für die Familien aufzufangen. Sie behalten Gesetzesänderungen und Verordnungen im Blick und versuchen die Auswirkungen für ihre Arbeit und die Familien abzuschätzen und zu

kommunizieren. Eine der Expertinnen berichtet, dass ihr Verein Bewusstsein für Missstände in Bezug auf die Lage und Beteiligung der Familien über Pressemitteilungen zu schaffen versucht. Insgesamt sind die Expertise und das Wissen über die Bedarfe der Familien bei den Fachkräften/der Interessenvertretung bereits bekannt:

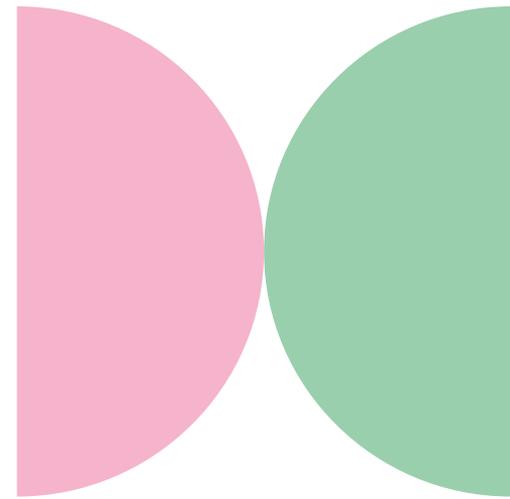
„Corona war jetzt eine neue Situation, aber ich denke eigentlich, die Bedarfe und Belange von Familien, die ein Kind mit Behinderung haben, sind eigentlich schon lange bekannt [...]. Und dass es jetzt eigentlich nicht mehr weiter darum gehen kann, mehr Studien durchzuführen und Befragungen zu erheben, sondern dass auch wirklich politisch gehandelt wird [...]. Also wenn es immer wieder neue Initiativen gibt, die sich da gründen, die Forderungen in den letzten zehn, zwanzig Jahren sind eigentlich die gleichen geblieben. Und dass ich mir da wirklich wünschen würde, dass gerade die Familien, die eh schon die wenigsten Ressourcen haben und die quasi wirklich am wenigsten dafür kämpfen können, dass die auch wirklich mal gehört werden und dort Unterstützung erhalten, wo sie es einfach schon jetzt seit Jahrzehnten einfordern.“ (Expertin I: 155)

Neben der expliziten politischen Beteiligung formuliert eine Expertin das Abbauen von Diskriminierung und Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe:

„Ja, es ist auch eine gesellschaftliche Frage. [...] Dieses Ausgrenzen, also das ist ganz schlimm. Das finde ich furchtbar, dass eben diese Aussonderungen oder eben, klar, alle gleich in einen Sack geworfen werden und ja. Also ich wünsche mir, egal ob mit oder ohne Behinderung, ein Migrant, Asylant, Deutscher, Jude, egal, sondern dass man eben für und miteinander schön leben kann. Das wünsche ich mir.“ (Expertin III: 213)

Die Expertin verweist klar darauf, dass diese Aufgabe sowohl in der Hand der Politik, als auch der Zivilgesellschaft liegt und von beiden Seiten aktive Mitarbeit erfordert. ▶





4. Fazit

Das Ziel der vorliegenden Expertise ist, einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen zu geben und sich den spezifischen Lebenslagen, Bedarfen und Wünschen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Berlin anzunähern. Hierfür wurden eine systematische Literaturanalyse der Studienlage sowie leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen der Selbsthilfe und armutsbetroffenen Müttern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen geführt.



Die Studienlage zeigt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche im Allgemeinen sowie auf sozial benachteiligte Familien im Besonderen. Diese werden nach den vier Bereichen der gesamtstädtischen Berliner Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut – materielle Versorgung, Teilhabe, Bildung und Gesundheit – differenziert. Während die Pandemie zwar alle Familien getroffen hat, zeigt die Literaturanalyse, dass Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien die Auswirkungen in besonderem Maße zu spüren bekamen. Im Bereich der materiellen Versorgung waren insbesondere Alleinerziehende und Eltern von Kindern mit Behinderungen von Einkommensverlusten und Kürzungen auf der Arbeit betroffen. Armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen stand seltener bedarfsgerechter Wohnraum als Ressource zur Verfügung, was zu einer erhöhten Belastung in der Pandemie führte. Im

Bereich der Teilhabe zeigte sich eine massive Einschränkung für Kinder und Jugendliche: Die Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung und der Kontakt zu anderen Personen gingen stark zurück. Insbesondere armutsbetroffene Kinder und Jugendliche gaben an, durch die Pandemie vermehrten Unterstützungsbedarf zu haben, gleichzeitig verloren gerade sie am häufigsten den Kontakt zu sozialpädagogischem Fachpersonal. Auch im Bereich Bildung zeigte sich eine besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Gruppen: Kinder mit Migrationshintergrund hatten einen besonderen Anstieg beim Sprachförderbedarf, Jugendliche mit Migrationshintergrund machten sich besonders starke Sorgen um ihre berufliche Zukunft und Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status gaben besonders häufig an, ihre Kinder im Distanzunterricht nicht adäquat unterstützen zu können. Bei den Eltern von Kindern und

Jugendlichen mit Behinderungen fühlte sich nur knapp ein Drittel zu Pandemiebeginn von ihrer Kita oder Schule unterstützt. Auch im Bereich Gesundheit zeigten sich die Auswirkungen der Pandemie etwa durch schlechteres Gesundheitsverhalten, wie z. B. ungesunde Ernährung, oder durch die Zunahme von psychischer Belastung, verstärkt bei armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen und bei Personen mit Migrationshintergrund.

Diese Erkenntnisse sind nicht überraschend; sie verdeutlichen nun abermals die bereits gut erforschten Ungleichheiten in unserer Gesellschaft, die durch die Pandemie verschärft wurden. Insbesondere Armutsbetroffenheit und ein niedriger sozioökonomischer Status der Eltern heben Studien wiederholt als Risikofaktoren für gutes Aufwachsen der Kinder und Jugendliche hervor. Obwohl damit bestätigt wird, dass die Pandemie nicht alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen getroffen hat und bestimmte Gruppen vor spezifischen Herausforderungen standen, ist die Studienlage zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und auf deren Familien noch stark ausbaufähig. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen tauchte in den Analysen der Studien nur sehr selten explizit als distinkte Gruppe auf. Dementsprechend sind konkrete und ausführliche Aussagen über die Auswirkungen der Pandemie auf diese Personengruppe auf Basis der Erkenntnisse aus der Studienlage nicht möglich. Während Armutsbetroffenheit zwar teilweise als Merkmal erhoben wurde, fand eine Verschränkung von Armutsbetroffenheit und Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen nicht statt. Die Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews mit den drei Expertinnen und vier Müttern aus Berlin liefern daher eine erste Annäherung an die Auswirkungen der Pandemie auf die Zielgruppe der armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen.

Die interviewten Expertinnen der Selbsthilfe und die Mütter leben in unterschiedlichen Lebenssituationen. Die meisten von ihnen sind alleinerziehend. Einige haben aber auch Partner. Sie haben jeweils mindestens ein Kind mit Behinderung; diese befinden sich allerdings in unterschiedlichen Lebensphasen – von der Kita bis zum jungen Erwachsenenalter. Einige von ihnen sind Teilzeitbeschäftigte, einige andere sind hingegen Vollzeitpflegende. Den Müttern ist allen gemein, dass sie armutsbetroffen im Sinne der Abhängigkeit von Sozialleistungen sind und aufgrund der Pflege und Betreuung ihrer Kinder maximal mit einem geringen Stundenumfang am Erwerbsleben teilhaben können. Trotz der unterschiedlichen Lebenssituationen und dem kleinen Stichprobenumfang (drei Expertinnen und vier Mütter) konnten viele übergreifende strukturelle Problemlagen, Bedarfe und Wünsche der Familien mit Kindern mit Behinderungen herausgearbeitet werden. Die Ergebnisse sind für das Land Berlin dennoch weder erschöpfend noch repräsentativ.

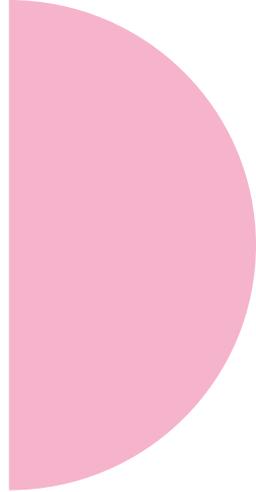
In der Befragung der Expertinnen und Mütter zeigte sich, dass sich viele Probleme in der Krisenbewältigung auf grundlegende Problemlagen in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zurückführen lassen. Diese Probleme wurden durch die Coronapandemie zwar in besonderem Maße für die Familien potenziert, bestanden aber bereits zuvor. Da davon auszugehen ist, dass diese Problemlagen auch nach einem Ende der Pandemie weiterhin bestehen würden, kommt ihnen eine besondere Bedeutung in jeder Strategie zur Verbesserung der Lebenslagen der Zielgruppe zu. Während es zwar viele verschiedene Anlaufstellen, Ämter und Sozialmittel für Kinder und Jugendliche in Berlin gibt, führen diese strukturellen Problemlagen dazu, dass eine bedarfsgerechte Unterstützung für kaum eine der Familien stattfand. Informationen seien intransparent und zu komplex, es gäbe keine übersichtlichen Darstellungen von zielgruppenrelevanten Informationen und die Zuständigkeiten im System seien weit verteilt und untereinander wenig vernetzt. Für die Familien sei das System aktuell daher kaum zugänglich oder aber der Zugang erfordere ein übermäßiges Maß an eigenem Einsatz und Ressourcen. Verstärkt wird der fehlende Zugang zum System durch den Fachkräftemangel, den sowohl die Expertinnen als Fachkräfte als auch die Mütter als grundsätzliches Systemproblem identifizieren. Hier zeigt sich ein Ansatzpunkt für einen dringenden Verbesserungsbedarf auf: Die Ressourcen des Systems und die Unterstützungsmöglichkeiten kommen bei den Familien oft nicht an. Die Familien und die Expertinnen wünschen sich daher strukturelle Änderungen: Informationen sollen gebündelt, übersichtlich und zielgruppengerecht dargestellt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Fachkräfte der Selbsthilfe und die pflegenden Angehörigen Entlastung erfahren, indem sie ihre Ressourcen nicht für aufwändige Informationssuche verwenden müssen. Eine Hauptforderung zur Entlastung der Familien ist ein Fallmanagement: Eine einzelne Fachkraft soll langfristig und umfassend für eine Familie zuständig sein. Ein Fallmanagement würde die vielen verschiedenen Wege im System, die Familien aktuell nehmen müssen, bündeln und könnte die Familien in ihren Lebenslagen und mitunter multiplen Belastungen wie Armutsbetroffenheit umfassend wahrnehmen und unterstützen.

Neben den strukturellen Problemen im Unterstützungssystem zeigte sich auch die Bedeutung davon, Familien in multiplen Problemlagen zu erfassen: Eine fehlende interkulturelle Öffnung der Fachstellen und geringere Ressourcen durch Armutsbetroffenheit erschwerten zusätzlich den Zugang zum System. Für die interviewten Mütter kam es auch immer wieder zu Konfliktpunkten mit dem System. In den Konflikten fehlte ihnen Unterstützung, daher fordern sie die Einrichtung einer Beschwerdestelle. Dabei muss die Beschwerdestelle unabhängig und neutral sein, um eine sichere Anlaufstelle für Familien darzustellen, die bereits im Konflikt mit dem System

stehen und unter Umständen Sorgen vor Retributionen haben.

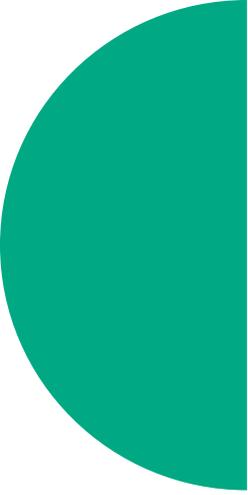
In der Pandemie entstanden für die Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zusätzliche Belastungen. Auch wenn sich Überschneidungen mit den Erkenntnissen der Literaturanalyse zeigen, etwa bei einer Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens oder einer Einschränkung im Freizeitverhalten und den Sozialkontakten, zeigt sich auch hier, dass die Gruppe der armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen und ihre Familien vor spezifischen Herausforderungen standen. Anhand der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird deutlich, dass es gezielte Erhebungen zu den Lebenslagen und Bedarfen der Familien braucht, die sie in den Fokus rücken. Der Unterschied zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien im Allgemeinen zeigte sich deutlich in den Berichten der Expertinnen und Mütter. So war die Bildungsteilhabe der Kinder und Jugendlichen im Distanzunterricht oft stark eingeschränkt, insbesondere, wenn sonderpädagogische Bedarfe bestanden. Aus Sicht der Mütter sind ihre Kinder dabei in der Gesamtstrategie zur Beschulung während der Pandemie hinten runtergefallen. Gleichzeitig konnten die pflegenden Angehörigen die Ganztagsbetreuung ihrer Kinder und Beschulung im Distanzunterricht zusätzlich zu dem Aufwand im Umgang mit dem Unterstützungssystem kaum leisten. Die Mütter sowie die Expertinnen beschreiben in der Krise einen Zustand von Überforderung und fehlender Unterstützung aus dem System. Auch in den weiteren Bereichen - materielle Versorgung, Teilhabe und Gesundheit - zeigt sich dieses Muster. Die Interviewten fordern einstimmig, dass es eine gezielte und systematische politische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien geben muss. Beide Gruppen verweisen dabei darauf, dass es in Berlin bereits viele und gut etablierte Strukturen der Selbsthilfe mit Expertise gibt.

Die vorliegende Expertise verdeutlicht: Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie ihre Familien stellen eine Gruppe mit besonderen Bedarfen dar, die sowohl vor der Pandemie als auch in der Krisenbewältigung mit vielen Herausforderungen konfrontiert wird. Aus Sicht der Autorinnen sollten Menschen mit Behinderungen in wissenschaftlichen Befragungen und Studien ausdrückliche Berücksichtigung und somit ein Gehör bei zentralen Veränderungsprozessen finden. Denn das Wissen um die Hürden im System, die Bedarfe in ihren eigenen Lebensrealitäten sowie um hilfreiche Lösungsvorschläge ist bei den betroffenen Personen vorhanden und soll verstärkt bei der Gestaltung inklusiver Politik genutzt werden. ▶



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Wohnsituation und PKW-Besitz von Personen mit und ohne Grundsicherung	25
Abbildung 2:	Umsetzung pädagogischer Aufgaben im Zeitverlauf	33
Abbildung 3:	Lernzeiten nach Bildungsniveau	35
Abbildung 4:	Sorgen um berufliche Zukunft	37
Abbildung 5:	Bewältigung der Corona-Krise durch die Kinder nach Bildung der Auskunftsperson, Haushaltseinkommen, Wohnort, eigener Außenfläche (in Prozent)	41



Literatur

Absalon, Susanne/Klug, Claudia/Henkel, Anja (2020): Onlineumfrage: Elternschaft in Zeiten von Corona. Eine Erhebung der Koordinierungsstelle von Frühe Hilfen Bonn - Das Netzwerk für Vater, Mutter, Kind. Online verfügbar unter: https://fruehehilfen-bonn.de/filesserver/detail-infos-1726/Bericht%20Onlineumfrage_Elternschaft%20in%20Zeiten%20von%20Corona%20Aktuell%202020%2006%2022%20final.pdf&securekey=58e8ee6bb0e9c9aa32ad2db053b7dd24 (letzter Aufruf: 08.11.2021).

Andreß, Hans-Jürgen (2008): Lebensstandard und Armut – ein Messmodell. In: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 473 – 487.

Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate, et al. (2020a): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Universitätsverlag, Hildesheim.

Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate, et al. (2020b): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Universität Hildesheim.

Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna et al. (2020c): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ Jugendalltag 2020 JuCo2. Universität Hildesheim.

Anger, Silke/Bernhard, Sarah/Dietrich, Hans et al. (2021): Der Abiturjahrgang 2021 in Zeiten von Corona: Zukunftssorgen und psychische Belastungen nehmen zu. IAB-Forum. IAB, Nürnberg.

Anger, Silke/Sandner, Malte/Danzer, Alexander M. et al. (2020): Schulschließungen, fehlende Ausbildungsplätze, keine Jobs: Generation ohne Zukunft? Ifo Institut München. Ifo Schnelldienst 09/2020.

Autorengruppe Corona-KiTa-Studie (2021a): 4. Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie (II/ 2021). DJI, München. Online verfügbar unter: <https://corona-kita-studie.de/quartalsberichte-der-corona-kita-studie> (letzter Aufruf: 04.11.2021).

Autorengruppe Corona-KiTa-Studie (2021b): 5. Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie (III/ 2021). München: DJI. Online verfügbar unter: <https://corona-kita-studie.de/quartalsberichte-der-corona-kita-studie> (letzter Aufruf: 04.11.2021).

Bantel, Susanne/Buitkamp, Martin/Wünsch, Andrea (2021): Kindergesundheit in der COVID-19-Pandemie: Ergebnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen und einer Elternbefragung in der Region Hannover. Bundesgesundheitsblatt. <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03446-2>.

Barlovic, Ingo/ Ullrich, Denise/Wieland, Clemens (2021): Ausbildungsperspektiven im zweiten Corona-Jahr: Eine repräsentative Befragung von Jugendlichen 2021. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2021043>.

Baumann, Menno (2020): Pädagogische Implikationen für eine sichere, balancierte Strategie der Öffnung von Kitas und Schulen unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. Online verfügbar unter: <https://www.socialnet.de/materialien/29094.php> (letzter Aufruf: 21.11.2021).

Bähr, Sebastian/Frodermann, Corinna/Stegmaier, Jens, et al. (2020): Knapper Wohnraum, weniger Ausstattung, häufiger alleinstehend: Warum die Corona-Krise Menschen in der Grundsicherung hart trifft. IAB-Forum. Nürnberg.

Behringer, Jan/Dullien, Sebastian/Gechert, Sebastian (2021): Wirkung des Konjunkturpakets 2020: Spürbarer Impuls vom Kinderbonus, wenig Wumms durch Mehrwertsteuersenkung. IMK Policy Brief, Düsseldorf. Online verfügbar unter: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9174 (letzter Aufruf: 24.11.2021).

Berngruber, Anne/Gaupp, Nora (2021): Unterstützung suchen, Unterstützung leisten - Junge Menschen in der Zeit des ersten Corona-Lockdowns. In: Gaupp, Nora/Holthusen, Bernd/Milbradt, Björn, et al. (Hrsg.): Jugend ermöglichen - auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes. S. 17- 30. DJI, München.

Bertelsmann Stiftung (2020): Factsheet: Kinderarmut in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut-in-deutschland> (letzter Aufruf: 06.12.2021).

Bešić, Edvina/Holzinger, Andrea (2020): Fernunterricht für Schüler*innen mit Behinderungen: Perspektiven von Lehrpersonen. Online verfügbar unter: <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/download/580/418?inline=1> (letzter Aufruf: 04.11.2021).

Biesalski, Hans Konrad (2021): Ernährungsarmut bei Kindern - Ursachen, Folgen, COVID-19. In: Aktuell Ernährungsmedizin, 46, S. 317 - 332. DOI: 10.1055/a-1553-3202.

Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. In absoluten Zahlen, Anteile an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2018. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> (letzter Aufruf: 06.12.2021).

Buchmann, Kirsten (2021): Erneut fallen viele Einschulungsuntersuchungen in Berlin aus. Nachrichten rbb 24. Online Verfügbar unter: <https://www.rbb24.de/politik/thema/corona/beitraege/2021/03/berlin-einschulung-untersuchung-pandemie-schuljahr-2021-2022-grundschule.html> (letzter Aufruf: 22.11.2021).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2019): Bevölkerung mit Migrationshintergrund (2005-2019). Online verfügbar unter: https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/B47-Bevoelkerung-mit-Migrationshintergrund-ab-2005.html;jsessionid=A5320AF3D5D8BEDDB05BC6CECBB044C.2_cid380?nn=9992206 (letzter Aufruf: 17.01.2022).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland Auslaufmodell oder Lebensentwurf für die Zukunft? Online verfügbar unter: https://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2019/pdf/Presseunterlagen-Kinderreiche_Familien-Ueberblick.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Aufruf: 17.01.2022).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen Teilhabe - Beeinträchtigung - Behinderung. Online verfügbar unter: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a125-21-teilhabebericht.pdf;jsessionid=9C9BDDFA9AF01D5B29B95614EAFBBEBB.delivery1-replication?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Aufruf: 25.11.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Familien in der Corona-Zeit: Herausforderungen, Erfahrungen und Bedarfe. Ergebnisse einer repräsentativen Elternbefragung im April und Mai 2020. Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/163126/62d9765b8c54986e69d0ed0eb69f21df/familien-in-der-corona-zeit-elternbefragung-2020-data.pdf> (letzter Aufruf: 04.11.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021): Allein- und Getrennterziehende fördern und unterstützen. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende> (letzter Aufruf: 17.01.2022).

Buschle, Christina/Meyer, Nikolaus (2020). Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische Forschungsnotizen zur Corona-Pandemie. In Soziale Passagen, Jg. 12, H.1, S.155 - 170. <https://doi.org/10.1007/s12592-020-00347-0>.

Blum, Sonja/Dobrotic, Ivana (2021): Die Kita- und Schulschließungen in der COVID-19-Pandemie - In: Fickermann, Detlef/Edelstein, Benjamin (Hrsg.): Schule während der Corona-Pandemie. Neue Ergebnisse und Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld. Waxmann, Münster/New York, S. 81 - 99.

Brücker, Herbert/Gundacker, Lidwina/Hauptmann, Andreas, et al. (2021): Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19- Pandemie: Stabile Beschäftigung, aber steigende Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten. IAB-Kurzbericht, No. 09/2021, Nürnberg.

Bujard, Martin/von den Driescha, Ellen/Ruckdeschella, Kerstin, et al. (2021): Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. BiB.Bevölkerungs.Studien 2/2021. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Bujard, Martin/Laß, Inga/Diabaté, Sabine, et al. (2020): Eltern während der Corona-Krise. Zur Improvisation gezwungen. BiB.Bevölkerungs.Studien 1/2020. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Bünning, Mareike/Hipp, Lena/Munnes, Stefan (2020): Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona, WZB Ergebnisbericht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

Calahorrano, Lena/Henk, Anja/Kugelmeier, Dorothea (2021): Wünsche von Familien mit beeinträchtigten Kindern an die Politik - Befragungsergebnisse vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT, Sankt Augustin.

Cohen, Franziska/Oppermann, Elisa/Anders, Yvonne (2020): Familien & Kitas in der Corona-Zeit Zusammenfassung der Ergebnisse. Universität Bamberg. Online verfügbar unter: https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/efp/forschung/Corona/Ergebnisbericht_finale_Version_Onlineversion.pdf (letzter Aufruf: 05.11.2021).

DAK-Studie (2021): Corona-Pandemie: Krankenhausaufenthalte aufgrund von Depressionen bei Berliner Kindern fast verdoppelt. Mitteilung Berlin, 16. Februar 2021. DAK Gesundheit. Online verfügbar unter: <https://www.dak.de/dak/landesthemen/kinder-und-jugendreport-berlin-2426592.html#/> (letzter Aufruf: 05.11.2021).

Depa, Julia/Gyngell, Fiona/Müller, Annalena et al. (2018): Prevalence of food insecurity among food bank users in Germany and its association with population characteristics. Preventive Medicine Reports Volume 9, March 2018, Pages 96 - 101. <https://doi.org/10.1016/j.pmedr.2018.01.005>.

- Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) (2021): Corona-Konsultationsprozess der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation „Teilhabe und Inklusion in Zeiten der SARS-CoV-2-Pandemie – Auswirkungen und Herausforderungen“. Abschlussbericht. https://www.dvfr.de/fileadmin/user_upload/DVfR/Downloads/Projektberichte/Konsultationsprozess-Berichte-6-2021/Abschlussbericht_bf.pdf (letzter Aufruf: 25.11.2021).
- Der Paritätische Gesamtverband (2021): Der Paritätische Teilhabebericht 2021. Armut von Menschen mit Behinderung. Online verfügbar unter: https://www.derparitaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Teilhabeforschung/doc/Teilhabebericht-2021_web.pdf (letzter Aufruf: 09.12.2021).
- DGB Frauen (Deutscher Gewerkschaftsbund Frauen) (2021): Office im Home. Stereotype im Kopf. Ergebnisse aus der Beschäftigtenumfrage des Instituts DGB-Index Gute Arbeit. Online verfügbar unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++0be33718-7c3a-11eb-8c94-001a4a160123> (letzter Aufruf: 27.08.2021).
- Dunn, Caroline G./Kenney, Erica/Fleischhacker, Sheila, et al. (2020). Feeding Low-Income Children during the Covid-19 Pandemic. In: *The New England journal of medicine*, 382(18), e40. <https://doi.org/10.1056/NEJMp2005638>.
- Dreer, Benjamin/Kracke, Bärbel (2021): Lehrer*innen im Corona-Lockdown 2020. Umgang mit der Distanzbetreuung im Spannungsfeld von Anforderungen und Ressourcen. In: Reintjes, Christian/Porsch, Raphaela/ im Brahm, Grit (Hrsg.): *Das Bildungssystem in Zeiten der Krise. Empirische Befunde, Konsequenzen und Potenziale für das Lehren und Lernen*. Waxmann, Münster/New York.
- Feilbach, Jörg (2019): Ergebnisse des Mikrozensus 2018 zur Wohnsituation. *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg* 4/ 2019. Online verfügbar unter: https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/3a6986ffb971d2d8/7ccec6b6bde33/hz_201904-07.pdf (letzter Aufruf: 25.11.2021).
- Fickermann, Detlef/Edelstein, Benjamin (Hrsg.) (2021): „Langsam vermisse ich die Schule ...“. Schule während und nach der Corona-Pandemie. Waxmann, Münster/New York.
- Frey, Regina (2021): Analysen von drei Maßnahmenpaketen des Bundes. WSI Study 29. Online verfügbar unter: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008189 (letzter Aufruf: 24.11.2021).
- Gaupp, Nora/Holthusen, Bernd/Milbradt, Björn et al. (Hrsg.) (2021): *Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*. DJI, München.
- Glatzer, Wolfgang/ Hübinger, Werner (1990), *Lebenslagen und Armut*, in: Döring/ Hanesch/Huster 1990, S. 31 – 54.
- Goldan, Janka/Geist, Sabine/Lütje-Klose, Birgit (2020): Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf während der Corona-Pandemie. Herausforderungen und Möglichkeiten der Förderung – das Beispiel der Laborschule Bielefeld. In: Fickermann, Detlef/Edelstein, Benjamin (Hrsg.): „Langsam vermisse ich die Schule ...“. Schule während und nach der Corona-Pandemie. Waxmann, Münster/New York, S. 189 – 201.
- Gresch, Cornelia/Schmitt, Monja (2021): Auswertungen des Projekts INSIDE zu Corona. Lernen und Wohlergehen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogische Förderbedarfe während der ersten Schulschließung 2020. LfBi Forschung kompakt. Bericht Nr. 3. 31. August 2021. Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Bamberg.
- Hans-Böckler-Stiftung (2021): Coronakrise: Weniger Minijobs. In: Böckler IMPULS 12/2021. Düsseldorf. Online verfügbar unter: https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2021_12_gesamt.pdf (letzter Aufruf: 24.11.2021).
- Helbig, Marcel/Salomo, Katja (2021): Eine Stadt – getrennte Welten? Sozialräumliche Ungleichheiten für Kinder in sieben deutschen Großstädten. *Schriften zu Wirtschaft und Soziales*, 25. Heinrich Böll Stiftung, Berlin.
- Hock, Beate/Holz, Gerda/Simmedinger, Renate/Wüstendörfer, Werner (2000): *Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a. M.

Holz, Gerda/Richter-Kornweitz, Antje (2020): Corona-Chronik. Gruppenbild ohne (arme) Kinder. Eine Streitschrift. Online verfügbar unter: https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/themenbereiche/downloads/Corona-Chronik_Streitschrift_final.pdf (letzter Aufruf: 25.11.2021).

Holz, Gerda/Richter, Antje/Wüstendörfer, Werner/Giering, Dietrich (2006): Zukunftschancen für Kinder!? - Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main.

Holz, Gerda/Skoluda, Susanne (2003): Kinder in Armutslagen. Armut im frühen Grundschulalter. Abschlussbericht der vertiefenden Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main.

Huber, Stephan Gerhard/Günther, Paula Sophie/Schneider, Nadine, et al. (2020): COVID-19 und aktuelle Herausforderungen in Schule und Bildung. Erste Befunde des Schul-Barometers in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Waxmann, Münster/New York.

Hübgen, Sabine/Eberlein, Laura/Munnes, Stefan, et al. (2021): Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin. Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

Imöhl, Sören/Ivanov, Angelika (2021, Juli 26): Covid-19: Corona in Deutschland in der aktuellen Zusammenfassung. Handelsblatt.com. Online verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/covid-19-corona-in-deutschland-in-der-aktuellen-zusammenfassung/25584942.html> (letzter Aufruf: 06.12.2021).

Jugend- und Familienministerkonferenz (2020): Gemeinsamer Rahmen der Länder für einen stufenweisen Prozess zur Öffnung der Kindertagesbetreuungsangebote von der Notbetreuung hin zum Regelbetrieb im Kontext der Corona-Pandemie. Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) gemeinsam mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 28.04.2020.

Kauer-Berk, Oliver/Burmann, Ulrike/Derecik, Ahmet et al. (2020): Das Virus, der Sport und die Herausforderungen. In: Forum Kind Jugend Sport 1, H. 2, S.100 -109. DOI: 10.1007/s43594-020-00016-3.

Kestner, Sylvia/Kiepenheuer-Drechsler, Barbara (2021): Evaluierung der Jugendberufsagentur Berlin - Abschlussbericht. Forschungsinstitut Betriebliche Bildung für Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/3645. Online Verfügbar unter: <https://www.f-bb.de/unsere-arbeit/publikationen/evaluierung-der-jugendberufsagentur-berlin-abschlussbericht/> (letzter Aufruf: 16.02.2022).

Kroll, Lars Eric/Schumann, Maria/Hoebel, Jens, et al. (2017): Regionale Unterschiede in der Gesundheit - Entwicklung eines sozioökonomischen Deprivationsindex für Deutschland. Journal of Health Monitoring 2017 2(2). Robert Koch-Institut, Berlin. DOI 10.17886/RKI-GBE-2017-035.2.

Klundt, Michael/Müller, Nobert (2020): Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement? Auswirkungen der Corona-Krise auf die Lebensbedingungen junger Menschen. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/200608_Studie_Corona_Kinderland.pdf (letzter Aufruf: 25.11.2021).

Kugelmeier, Dorothea/Schmolze-Krahn, Raimund (2020): Schulöffnungen: Ein Tropfen auf den heißen Stein. So leiden beeinträchtigte Kinder und ihre Eltern unter der Corona-Krise. Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT und Inclusion Technology Lab e.V. DIPF, Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Frankfurt am Main.

Lange, Michael/Hoffmann, Robert/Mauz, Elvira, et al. (2018): KiGGS: Wave 2 longitudinal component-data collection design and developments in the number of participants in the KiGGS cohort. J Health Monit 3:92-107. <https://doi.org/10.17886/RKI-GBE-2018-035>.

Langmeyer-Tornier, Alexandra/Guglhör-Rudan, Angelika/Naab, Thorsten/Urlen, Marc/Winkhofer, Ursula (2020): Kindsein in Zeiten von Corona. Ergebnisbericht zur Situation von Kindern während des Lockdowns im Frühjahr 2020. DJI, München.

- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Seddig, Nadine (2016): Armutfolgen für Kinder und Jugendliche Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Dittmann, Jörg/Sthamer, Evelyn (2012): Von alleine wächst sich nichts aus... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Endbericht der 4. AWO-ISS-Studie im Auftrag des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main.
- Laubstein, Claudia/Sthamer, Evelyn (2020): Armutslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Berlin. Expertise des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS). Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/familienpolitik/kinder-und-familienarmut/> (Letzter Aufruf: 09.11.2021).
- Lenz, Anne (2021): Alleinerziehende weiter unter Druck. Bedarfe, rechtliche Regelungen und Reformansätze. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Alleinerziehende_weiter_unter_Druck_2021.pdf (letzter Aufruf: 07.04.2022).
- Litton, Michelle M./Beavers, Alyssa W. (2021): The Relationship between Food Security Status and Fruit and Vegetable Intake during the COVID-19 Pandemic. *Nutrients* 13, no. 3, p. 712. <https://doi.org/10.3390/nu13030712>.
- Lietzmann Torsten/Wenzig Claudia (2020): Materielle Unterversorgung von Kindern. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/Graue-Publikationen/294-2020_BST_IAB_Studie_Kinderarmut_2020_ID983.pdf (letzter Aufruf: 01.12.2021).
- Lohaus, Arnold/Wild, Elke (2021): Extracurriculare Förderangebote für benachteiligte Kinder und deren Eltern: Ein Angebot-Aneignungs-Modell zur Inanspruchnahme und Wirkung. In: *Zeitschrift für Pädagogische Psychologie*, 35, S.1-10.
- Loss, Julika/Kuger, Susanne/Buchholz, Udo, et al. (2021): Infektionsgeschehen und Eindämmungsmaßnahmen in Kitas während der COVID-19-Pandemie - Erkenntnisse aus der Corona-KiTa-Studie. *Bundesgesundheitsblatt*. doi: <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03449-z>.
- Meiner-Teubner, Christiane (2021): Kindertagesbetreuung in Zeiten der Pandemie. Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe. November 2021, 24. Jg, H. 2.
- Müller, Jasmin/Gaupp, Nora (2021): Jugendliche mit Behinderung in Corona-Zeiten - eine Annäherung an offene Forschungsfragen. In: Gaupp, Nora/Holthusen, Bernd/Milbradt, Björn et al. (Hrsg.) (2021): *Jugend ermöglichen - auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*. DJI, München.
- Nahnsen, Ingeborg (1975): Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: M. Osterland (Hrsg.): *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktbereitschaft*, Frankfurt/Main, S.145 - 166.
- Nahnsen, Ingeborg (1992): Lebenslagenvergleich. Ein Beitrag zur Vereinigungsproblematik, in: Henkel, H. A. (Hrsg.): *„Magdeburger Erklärung“*. Neue Aufgaben der Wohnungswirtschaft, Regensburg, S.101 - 144.
- Nakao, Christiane/Preissing, Sonja/Sen, Katrin/Essen, Fabian van (2020): Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Handlungsfelder der sozialen Arbeit in der Lebensspanne. Perspektiven aus Forschung und Lehre. In: *IUBH Discussion Papers - Sozialwissenschaften*, 1. Jg., H. 6, S.1-33.
- Porsch, Raphaela/Porsch, Torsten (2020): Fernunterricht als Ausnahmesituation. Befunde einer bundesweiten Befragung von Eltern mit Kindern in der Grundschule. In: Fickermann, Detlef/Edelstein, Benjamin (Hrsg.): *„Langsam vermisste ich die Schule ...“*. Schule während und nach der Corona-Pandemie. Waxmann, Münster/New York.
- Profeta, Adriano/Enneking, Ulrich/Smetana, Sergiy, et al. (2021): Der Einfluss der Corona Pandemie auf den Lebensmittelkonsum der Verbraucher. *Berichte über Landwirtschaft*. Band 99, H. 1, Mai 2021.

Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane, et al. (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. Bundesgesundheitsblatt 64, 1512-1521 (2021). <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3>

Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane, et al. (2020): Mental health and quality of life in children and adolescents during the COVID-19 pandemic—results of the COPSY study. Deutsches Ärzteblatt 117:828-829. <https://doi.org/10.3238/arztebl.2020.0828>.

RBB24 (2021): Erneut fallen viele Einschulungsuntersuchungen in Berlin aus. Online verfügbar unter: <https://www.rbb24.de/politik/thema/corona/beitraege/2021/03/berlin-einschulung-untersuchung-pandemie-schuljahr-2021-2022-grundschule.html> (letzter Aufruf 15.02.2022).

Robert Koch-Institut (2021): Soziale Unterschiede in der COVID-19-Sterblichkeit während der zweiten Infektionswelle in Deutschland. RKI-Faktenblatt. Online verfügbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html (letzter Aufruf: 25.11.2021).

Schmidt, Steffen C. E./Anedda, Bastian/Burchartz, Alexander, et al. (2020): Physical activity and screen time of children and adolescents before and during the COVID-19 lockdown in Germany. A natural experiment. In: Scientific reports 10 (1), p. 1-12. doi: 10.1038/s41598-020-78438-4.

Schmidt, Steffen/Burchartz, Alexander/Kolb, Simon/Niessner, Claudia/Oriwol, Doris/Hanssen-Doose, Anke/Worth, Annette/Woll, Alexander (2021): Zur Situation der körperlich-sportlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19 Pandemie in Deutschland. KIT Scientific Working Papers 165. KIT, Karlsruhe.

Schmidt-Hertha, Bernhard/Barbara Lindemann (2021): Professionelle in pädagogischen Feldern während der Pandemie. In: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik 97, H. 1, S. 3 - 18, <https://doi.org/10.30965/25890581-09701002>.

Senatskanzlei Berlin (2021): Berliner Senat nimmt Bericht der Jugendberufsagentur Berlin zur Kenntnis. Pressemitteilung. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1112282.php> (letzter Aufruf: 16.02.2022).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin (2021): Blickpunkt Schule Bericht. Schuljahr 2020/2021. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungsstatistik/> (letzter Aufruf: 21.11.2021).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin (2021): Berlin aktiv gegen Kinderarmut. Erster Bericht der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/familienpolitik/kinder-und-familienarmut/> (letzter Aufruf: 25.11.2021).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin (o. D.): Das Bildungspaket. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/bjf/bildungspaket/> (letzter Aufruf: 16.02.2022).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (o. D.): Einschulungsuntersuchung. Online verfügbar unter: <https://service.berlin.de/dienstleistung/324254/> (letzter Aufruf: 24.02.2022).

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2020): Werkstätten für Menschen mit Behinderung dürfen ab dem 18. Mai begrenzt öffnen. Pressemitteilung. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.929945.php> (letzter Aufruf: 02.03.2022).

Singer, Tania/Koop, Sarah/Godara, Malvika (2021): Das CovSocial Projekt. Wie haben sich die Menschen in Berlin während der COVID-19-Pandemie gefühlt? Veränderungen der psychischen Gesundheit, der Resilienz und der sozialen Kohäsion. Forschungsgruppe Soziale Neurowissenschaften. Max Plank Gesellschaft, Berlin.

Starke-Uekermann, Silke. (2020): Coronakrise: Wie geht es eigentlich den Jugendlichen...in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen? Jugendsozialarbeit News. Online verfügbar unter: <https://jugendsozialarbeit.news/coronakrise-wie-geht-es-eigentlich-den-jugendlichenin-berufsvorbereitenden-bildungsmassnahmen/> (letzter Aufruf: 16.02.2022).

Statistik Brandenburg Berlin (2019): Schwerbehinderte Menschen im Land Berlin und im Land Brandenburg. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/k-iii-1-2j> (letzter Aufruf: 19.10.2021).

Statistik Berlin Brandenburg (2021): Mehr Kitaplätze in Berlin und Brandenburg. Pressemitteilung 195. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/195-2021> (letzter Aufruf: 15.02.2022).

Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/pressebroschuere-alleinerziehende.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Aufruf: 06.12.2021).

Statistisches Bundesamt (2020): Familien und Familienmitglieder mit minderjährigen Kindern in der Familie nach Bundesländern. Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/2-7-familien-bundeslaender.html;jsessionid=C1C394F0FB69485DC2AE845668EC5B4C.live732> (letzter Aufruf: 10.12.2021).

Statistisches Bundesamt (2021): Ergebnis 22711-0002. Statistisches Bundesamt. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abruffabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1644916265878&auswahloperation=abruffabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=22711-0002&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf#abreadcrumb> (letzter Aufruf: 15.02.2022).

Steinert, Janina/Ebert, Cara (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. TUM School of Governance. Online verfügbar unter: <https://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053> (letzter Aufruf: 15.03.2022).

Tafel Deutschland e.V. (2021): Die Tafeln während der Corona-Pandemie. Tafel-Umfrage zur Kund:innen-Entwicklung 2021. Online verfügbar unter: https://www.tafel.de/fileadmin/media/2021-05-11_TAFEL_Corona_Grafiken.pdf (letzter Aufruf: 01.12.2021).

Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia/Lietzmann, Torsten (2015): Kinder- und Familienarmut: Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Nürnberg.

TUI-Stiftung (2020): Junges Deutschland in Zeiten von Corona mit Einordnung im europäischen Vergleich. Studie: Junges Europa. YouGov. Hannover.

Volf, Irina/Sthamer, Evelyn/Laubstein, Claudia et al. (2019): Wenn Kinderarmut erwachsen wird... AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf. Endbericht der 5. AWO-ISS-Studie im Auftrag des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main.

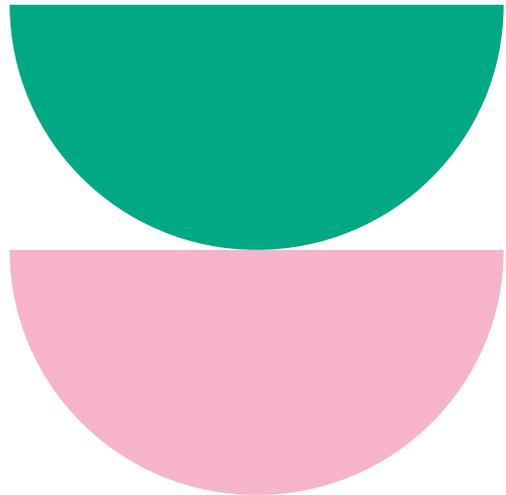
Volf, Irina (2020): Zentrale Befunde zur Ausgangslage im Modellprojekt: Wie entwickeln sich (arme) Kinder im Alter von vier Jahren. In: Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen. Zwischenergebnisse und Impulse aus dem Modellprojekt „Zukunft früh sichern!“. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main, S. 27 - 39.

Wanger, Susanne (2020): Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Alter und Geschlecht (AZR AG) für die Jahre 1991-2019. IAB-Forschungsbericht, 16/2020, Nürnberg.

Weisser, Gerhard (1956): Artikel „Wirtschaft“. In: W. Ziegenfuss (Hrsg.), Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956.

Zinn, Sabine/Bayer, Michael (2021): Schule in der Pandemie: Lernzeiten der Kinder hängen auch von der Bildung der Eltern ab. DIW aktuell Nr. 63 – 11.05.2021.

Züchner, Ivo/Arnoldt, Bettina (2011): Schulische und außerschulische Freizeit- und Bildungsaktivitäten. Teilhabe und Wechselwirkungen. In: Fischer, Natalie/Holtappels, Heinz Günter/Klieme, Eckhard/Rauschenbach, Thomas/Stecher, Ludwig/Züchner, Ivo (Hrsg.): Ganztagschule: Entwicklung, Qualität, Wirkungen. Längsschnittliche Befunde der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG). Beltz Juventa, Weinheim/Basel.



Anhang

Literatur zur Auswirkung der COVID-19-Pandemie auf Kindern, Jugendliche und ihre Familien

			Kategorien			
NR.	Autor:innen	Name der Studie	Frühe Kindheit	Mittlere Kindheit	Jugend	Familie/ Eltern
Empirische Studien						
1.	Absalon, et al. 2020	Elternschaft in Zeiten von Corona. Eine Erhebung der Koordinierungsstelle von Frühe Hilfen Bonn				G, M
2.	Autorengruppe Corona-KiTa-Studie 2020; 2021	Corona-KiTa-Studie	T, B, G			T, G, M
3.	Andresen et al. 2020, 2021	KiCo-Studie: Kinder und Corona	T, B, G			T, B, G, M
4.	Andresen et al. 2020; 2021	JuCo-Studie 1, 2 und Anschlussstudie: Junge Menschen und Corona		T, B, G	T, B, G	
	Anger et al. 2021	Der Abiturjahrgang 2021 in Zeiten von Corona			B, G	
5.*	Bešić/ Holzinger 2020	Fernunterricht für Schüler*innen mit Behinderungen. Perspektiven von Lehrpersonen		B		
6.	Bremm 2021	Bildungsbenachteiligung in der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse einer multiperspektivischen Fragebogenstudie		T, B		
7.	Brose et al. 2020	PACO-Studie: Psychologische Anpassung an die COVID-19-Pandemie				G
8.	BMFSFJ 2020	Familien in der Corona-Zeit: Herausforderungen, Erfahrungen und Bedarfe				T, G, B, M

			Kategorien			
NR.	Autor:innen	Name der Studie	Frühe Kindheit	Mittlere Kindheit	Jugend	Familie/ Eltern
9.	Bünning et al. 2020	Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona				G, M
10.*	Calahorrano et al. (2021)	Wünsche von Familien mit beeinträchtigten Kindern an die Politik - Befragungsergebnisse vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie.	B, G	B, G		T, B, G, M
11.	Cohen/ Oppermann 2020	Familien & Kitas in der Corona-Zeit	T, B			T, G
12.	Damen et al. 2020	Schützende Maßnahmen gegen Infektionen in Kindertagesbetreuung.	T, B			
13.	Dawid 2020	Armutsbetroffene und die Corona Krise.		B		T, G, M
14.*	Deutsche Vereinigung für Rehabilitation 2021	Teilhabe und Inklusion in Zeiten der SARS-CoV-2-Pandemie - Auswirkungen und Herausforderungen			T	T
15.*	Dukes et al. 2021	Introducing the COVID-19 crisis. Special Education Needs Coping Survey		B, G		T, G
16.	Fickermann/ Edelstein 2020	„Langsam vermissen ich die Schule ...“. Schule während und nach der Corona-Pandemie		T, B, G	T, B, G	
17.	Gaupp et al. 2021	Jugend ermöglichen - auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes			T, B, G, M	
18.*	Goldan et al 2020	Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf während der Corona-Pandemie		T, B, G		

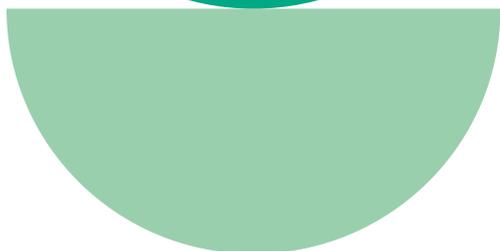
			Kategorien			
NR.	Autor:innen	Name der Studie	Frühe Kindheit	Mittlere Kindheit	Jugend	Familie/ Eltern
19.*	Gresch/ Schmitt 2021	INSIDE- Studie: Inklusion in der Sekundarstufe I in Deutschland		T, B, G		
20.	Grewenig et al. 2020	COVID-19 and Educational Inequality: How School Closures Affect Low- and High-Achieving Students		B	B	
21.	Huber et al. 2020	SchuBa: Schul-Barometer COVID-19 - aktuelle Herausforderungen in Schule und Bildung		T, B, G		
22.	Hübgen et al. 2021	Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin				T, G, M
23.*	Kugelmeier/ Schmolze- Krahn 2020, 2020	Studie: Schulöffnungen: Ein Tropfen auf den heißen Stein. So leiden beeinträchtigte Kinder und ihre Eltern unter der Corona-Krise / Folgestudie: Nach dem Frühjahrs Lockdown: Entspannung in der Corona-Lage bleibt aus.	T, B, G	T, B, G		T, G, M
24.	Langmeyer- Tornier et al. 2020	Kindsein in Zeiten von Corona	T, B, G	T, B, G	T, B, G	T, B, G
25.	Lochner 2020	Thüringer Familien in Zeiten von Corona	T, G	T, B, G		T, G
26.	Mairhofer et al. 2020	Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern.	T, G	T, B, G	T, B, G	T, G
27.	Möhring et al. 2020	Mannheimer Corona-Studie				T, G, M
28.*	Müller/ Gaupp 2021	Jugendliche mit Behinderung in Corona-Zeiten. Eine Annäherung an offene Forschungsfragen			T, G, B	
29.	Ravens-Sieberer et al. 2021	COPSY-Studie: Corona und Psyche	G	G	G	
30.	Reintjes et al. 2021	Das Bildungssystem in Zeiten der Krise		T, B	T, B	B
31.	Renk et al. 2021	Typically asymptomatic but with robust antibody formation: Children's unique humoral immune response to SARS-CoV-2	G	G		G
32.	Schmidt et al. 2021	MoMo-Studie: Motorik-Modul-Studie während Corona	T, G	T, G	T, G	
33.	Singer et al. 2021	CovSocial-Studie			G	
34.	Steinert/ Ebert 2020	Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen				G

			Kategorien			
NR.	Autor:innen	Name der Studie	Frühe Kindheit	Mittlere Kindheit	Jugend	Familie/ Eltern
35.	TUI-Stiftung 2020	Junges Deutschland in Zeiten von Corona			T	
36.	Volkshilfe 2020	Umfrage zu Corona und Kinderarmut in Österreich	T, G	T, G		T, G, M
37.	Wößmann et al. 2020, 2021	Befragung 2020: Bildung in der Coronakrise. Befragung 2021: Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021?		B	B	T
Systematische Literaturanalyse						
38.	Anger et al. 2020	Schulschließungen, fehlende Ausbildungsplätze, keine Jobs: Generation ohne Zukunft?		T, B, G	T, B, G, M	
39.	Bantel et al. 2021	Kindergesundheit in der COVID-19-Pandemie: Ergebnisse aus der Schuleingangsuntersuchung		B, G		
40.	Bähr et al. 2020	Knapper Wohnraum, weniger Ausstattung, häufiger alleinstehend: Warum die Corona-Krise Menschen in der Grundsicherung hart trifft				T, G, M
41.	Behringer et al. 2021	Wirkung des Konjunkturpakets 2020				G
42.	Biesalski 2021	Ernährungsarmut bei Kindern - Ursachen, Folgen, COVID-19	G	G		G, M
43.	Bujard et al. 2020	Eltern während der Corona-Krise.	B	B		T, G, M
44.	Bujard et al. 2021	Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie	B, G	B, G		T, G, M
45.*	BMAS 2021a	Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen	T	T	T	T, B, G, M
46.	BMAS 2021b	Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	T, B, G	T, B, G	T, B, G	T, B, G, M
47.	DAK Gesundheit 2021	Corona-Pandemie: Krankenhausaufenthalte aufgrund von Depressionen bei Berliner Kindern fast verdoppelt		G	G	
48.	Dohmen/ Hurlmann 2021	Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden			T, B, G	
49.	Frey 2021	Analysen von drei Maßnahmen-Paketen des Bundes				G
50.	Geis-Thöne 2020	Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung	T, B, M	T, B, M		T, M

			Kategorien			
NR.	Autor:innen	Name der Studie	Frühe Kindheit	Mittlere Kindheit	Jugend	Familie/ Eltern
51.	Holz, Richter-Kornweitz 2020	Corona-Chronik. Gruppenbild ohne (arme) Kinder	T, B	T, B	T, B	T, M
52.	Huebener/ Schmitz 2020	Corona-Schulschließungen: Verlieren leistungsschwächere SchülerInnen den Anschluss?		T, B	T, B	
53.	Huebener et al. 2020	Wohlbefinden von Familien in Zeiten von Corona				T, G, M
54.	Kludt/ Müller 2020	Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement?	T, B	T, B	T, B	M
55.	Laubstein/ Sthamer 2020	Armutslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Berlin	T, B, G	T, B, G	T, B, G	M
56.	Li/ Heisig 2020	Der Teufelskreis von Infektion und Ungleichheit	G	G	G	G
57.	Maier 2020	Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die duale Berufsausbildung			T, B	
58.	Profeta et al. 2021	Der Einfluss der Corona-Pandemie auf den Lebensmittelkonsum der Verbraucher				G, M
59.	Rauschenbach 2021	Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe Heft 2 / 2021	T, B	B		G
60.	Reintjes et al. 2021	Lehren aus der Corona-Krise für Schule und Hochschule		B	B	
61.	SenBJF 2021	Berlin aktiv gegen Kinderarmut. Erster Bericht der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut	T, B, G	T, B, G	T, B, G	T, G, M
62. *	United Nations 2020	A Disability-Inclusive Response to COVID-19	T	T	T	T, B, G, M
63.	Wößmann 2020	Folgekosten ausbleibenden Lernens		B, M	B, M	
64.	Zierer 2021	Effects of Pandemic-Related School Closure		B	B	
65.	Zinn/ Bayer 2021	Schule in der Pandemie		B	B	

Quelle: eigene Darstellung.

Legende: T=Teilhabe, B=Bildung, G=Gesundheit, M=Materielle Dimension. Nummern, die mit einem Sternchen (*) versehen sind, stellen Studien dar, die Menschen mit Behinderungen in den Fokus stellen.





Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin
Tel.: 030 90227-5050